

Nr. 8/9
DM 7,80
Oktober 1989

Texte aus der DDR:

- Plattformen neuer Organisationen
- Stephan Bickhardt: Das Jahrzehnt der Gruppenbildung
- Erklärung des Arbeitskreises Gesundheitswesen Ost/West
- Beiträge zu deutschlandpolitischen Fragen

Internationales Tribunal in Lima

- Beiträge aus Polen und der DDR

Polen: Interview mit Jan Kostecki

Ungarn: Interview mit Julliana Matrey

Rumänien: Proteste gegen Ceausescu

Sowjetunion:

- Georgien: „Der Schmerz wird immer bleiben“
- Streik der Bergarbeiter

China:

- Interview mit Lin Xi Ling
- Für eine Internationale Untersuchungskommission über die Repression in China

Inhalt

Impressum

Herausgeber: Ost-West-Gesellschaft e.V., Sternstr. 50, 4000 Düsseldorf

Redaktion, Mitarbeiter und Förderer:
Annette Bahner; Köln
Carla Boulboullé; Düsseldorf
Reinhard Büttner; Regensburg
Carsten Hahn; Berlin (West), vormals Jena
Max von Heckel; München
Dr. Dietrich Hoß; Frankfurt
Karl-Heinz Gerhold; München
Dorothea Goldhammer; Bremen
Hans-Georg Grothe; Kefenrod-Burgbracht, vormals DDR
Frithjof Heller; Heidelberg, vormals Greifswald
Uwe Kahlenberg; Berlin (West), vormals Weimar
Tomislav Kedmenec; Jugoslawien
Jörg Knaack; Berlin (West), vormals Apolda
Gotthard Krupp-Boulboullé; Düsseldorf
Hinrich Olsen; Schwäbisch-Gmünd
Jiri Pelikan; Rom, vormals CSSR
Bernhard Peters; Heidelberg, vormals Halle
Lothar Ratei; Frankfurt
Zbigniew Sadlak; München, vormals Polen
Prof. Dr. Herta Schmidt; München
Christiane Seitz; DDR
Torsten Sielaff; Oberhausen, vormals Wittenberg
Frank Wolfgang Sonntag; Berlin (West), vormals Leipzig
Andreas Stiegele; Heidelberg
Gerd Stöcklein; Wiesbaden, vormals Halle
Ulrich Thöne; Berlin (West)
Gerd Wichert; Berlin (West), vormals Templin
Peter Wilke; (DDR)

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

Preis pro Exemplar: 4.80 DM
Abopreis: Abholer jährlich: 20,- DM (6 Nr.)
Postabo (Drucksache) 28,40 DM
ab 10 Exemplare: 1 Freiexemplar
ab 20 Exemplare: 4 Freiexemplare

Bankverbindungen:

Für Materialien: Postgiro Köln, 24 63 85 – 509

Für Spenden: Postgiro Essen, 41 05 54 – 436

V.i.S.d.P.: Gotthard Krupp-Boulboullé, Sternstr. 50; 4000 Düsseldorf

40 Jahre danach

1961 wurde die Mauer gebaut, um im Namen der Rettung des Friedens die deutsche Teilung und damit die Teilung Europas zu stabilisieren. Diese Mauer richtete sich gegen eines der ältesten Menschenrechte, die Freizügigkeit und die freie Wahl des Wohnortes. Aber in der Geschichte kann nicht „endgültig" und „normal" sein, was auf Unfreiheit und Unterdrückung beruht – im Gegenteil: der Wille zur Freiheit und Demokratie bricht sich immer früher oder später Bahn. Signale dafür gab und gibt es genug.

Pfingsten 1987 riefen Tausende Jugendliche am Brandenburger Tor spontan: *„Die Mauer muß weg"* und sangen die »Internationale«. Die Antwort der bürgerlichen Presse darauf war eindeutig: *„Wir haben zur Schadenfreude keinen Anlaß... Krawalle in Kreuzberg (West), Prügeleien auf dem Pariser Platz (Ost), in der geteilten Stadt wird vieles doppeldeutig – und doppelt deutlich."* (»Zeit«, 12. 6. '87.) Ja, doppelt deutlich – die Mauer hat ihre Funktion für Ost und West.

Hans Jürgen Fischbeck hat die Bedeutung der Mauer für die DDR eindringlich beschrieben: *„...(die Mauer) hat unser Selbstverständnis, unser Lebensgefühl und unser gesellschaftliches Verhalten viel tiefer geprägt und deformiert... Die Mauer... ist der sichtbare Beweis für den inneren Unfrieden."* (Siehe den vollständigen Wortlaut der Rede im »Ost-West-Diskussionsforum« Nr. 1, S. 7 f.)

Die vielen Flüchtlinge, die unter Einsatz ihres Lebens die Grenze überwanden, die Übersiedler, die hunderttausende Ausreiseanträge haben die Unerträglichkeit der Situation deutlich gemacht.

Dagegen hat Honecker vor einem halben Jahr erklärt: *„Die Mauer wird... so lange bleiben, wie die Bedingungen nicht geändert werden, die zu ihrer Errichtung geführt haben. Sie wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben."*

Und Gorbatschow ergänzte während seines Besuchs in Bonn: *„Die gegenwärtige Situation resultiert aus der Geschichte. Allerlei Versuche, das durch die Geschichte Hervorgebrachte umzustoßen oder die Entwicklung durch unrealistische Politik zu forcieren, sind ein unkalkulierbares und sogar gefährliches Unterfangen."*

Aber auch die Reden von Kanzler Kohl, die die Mauer anklagen, sind reine Demagogie. So konnte Honecker Helmut Kohl während seines Besuches daran erinnern, daß dieser *„vor einiger Zeit die DDR gebeten habe, die Türen zwischen Berlin (West) und der Hauptstadt der DDR vor jenen zu schließen, die in Berlin (West) und in der BRD aus fernen Ländern um Asyl ersuchen"*.

Nun ist die scheinbare, mit dem Bau der Mauer garantierte Ruhe und Stabilität dahin. Jetzt treibt sie alle vor allem die Angst vor einer allgemeinen Destabilisierung der Verhältnisse. Zunächst hatte Kohl noch gehofft, in Zusammenarbeit mit der SED mit der Schließung der Ständigen Vertretung und der Botschaften die Fluchtbewegung aufzufangen. *„Wir sind zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit"*, betonte Kohl noch am 23. August, denn es gehe um die *„politische Stabilität der DDR"*. Niemand könne ein Interesse an einer krisenhaften Entwicklung in der DDR haben, *„mit möglicherweise verhängnisvollen Folgen"* für ganz Europa. Der Staatssekretär im Innerdeutschen Ministerium, Priesnitz, erklärte: *„Die Menschen sollen möglichst drüben bleiben, damit die Wiedervereinigung nicht in der Bundesrepublik stattfinden muß."*

Doch die Massenflucht, wie auch der Aufbruch in der DDR selbst, der die Bildung unabhängiger politischer Organisationen auf die Tagesordnung gesetzt hat, sind die Absage einer ganzen Bevölkerung an das Regime der Unfreiheit, das sich hinter einer brüchigen Mauer verschanzt hat. Die Menschen lassen sich nicht mehr an eine Ordnung fesseln, die ihnen jede freie demokratische Entscheidung nimmt; die ihnen das Recht verweigert, über die gesellschaftliche und staatliche Ordnung, in der sie leben wollen, selbst zu entscheiden.

Es ist etwas in Bewegung gekommen in Deutschland, was den Herrschenden in Ost und West, die an der Ordnung von Potsdam und Jalta festhalten wollen, panische Angst einjagt. Die große Sorge um die Stabilität in Europa drückt sich in folgenden Äußerungen des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Eagleburger aus: *„Der Reformprozeß im Sowjetblock und die Lockerung der sowjetischen Kontrolle über Osteuropa bringen ethnische Antagonismen und nationale Rivalität, die lange Zeit unterdrückt waren, an die Oberfläche; gleichzeitig kommt auch die deutsche Frage wieder auf die internationale Tagesordnung."* Er warnt vor der Gefahr, daß die Veränderungen in Osteuropa nicht fortgeführt werden können, weil ihr Destabilisierungseffekt sich als zu groß herausstellen könne. Deshalb trauert er der alten Zeit nach: *„Mit all seinen Risiken und Unsicherheiten war der kalte Krieg durch eine bemerkenswerte Stabilität und klar einzuordnende Beziehungen zwischen den Supermächten gekennzeichnet."* Im Mittelpunkt der Politik des Westens müsse die Erhaltung des Sicherheitskonsens stehen, der ja 40 Jahre lang dem Westen gute Dienste geleistet habe; dieser dürfe nicht wegen kurzsichtiger, kurzfristiger Überlegungen achtlos aufgegeben werden.

Die Furcht vor *„unberechenbaren Vorgängen im Herzen Europas"* ist ihnen allen gemeinsam. In diesem Sinne sind Erklärungen wie die des Kanzleramtsministers Rudolf Seiters, man wolle die DDR *„nicht entvölkern"* oder Kohls Feststellung, daß es nicht das Ziel sei, *„unsere Landsleute in der DDR aufzufordern, in möglichst großer Anzahl hierher zu kommen"*, zu verstehen.

Schon die Regierung Adenauer fürchtete eine *„fortschreitende Entleerung der sowjetischen Zone"*. Die Kontinuität ist unübersehbar. Adenauer als Kanzler der Teilung Deutschlands, wie auch Strauß, gingen in ihrem ganzen politischen Handeln davon aus, daß die kapitalistische Restauration der Bundesrepublik die Teilung Deutschlands zur Voraussetzung hat: „Freiheit geht vor Einheit." Welche Freiheit sie meinten, daran ließen sie keinen Zweifel – sei es in ihren Beziehungen zur SED oder ihren guten Beziehungen zu den Diktatoren in Chile und Südafrika. Die Verteidigung der angeschlagenen Honecker-Regierung ließ sich Strauß denn schon einmal einen Milliarden-Kredit „kosten".

Die Destabilisierung des DDR-Regimes kann nicht ohne Konsequenzen für den westdeutschen bürgerlichen Staat bleiben. So schreibt der »Sunday Telegraph«: *„Wiedervereinigung wird nicht einfach ein*

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neue politische Organisationen

Die Fluchtbewegung aus der DDR – Thema Nr. 1 in beiden Teilen Deutschlands –, hat vorzugsweise im Westen eine neue, intensive, aber kaum der Wirklichkeit angenäherten Diskussion der „offenen deutschen Frage" provoziert. Dabei spielt eine große Rolle, daß der SED nicht mehr zugetraut werden kann, entwicklungsinnovative Politik für die DDR gestalten zu können. Schlimmstenfalls kann angenommen werden, daß es ihr mit Einsatz ihrer staatlichen Gewaltmittel gelingt, den nötigen Umwandlungsprozeß herauszuzögern, um damit den Machterhalt zu sichern.

Die westliche, vorerst pragmatische Haltung ist: weitere wirtschaftliche Stützung des DDR-Regimes und Weiterführung der zwischenstaatlichen Beziehungen auf allen Ebenen. Dazu gehört die „Zweck-Mittel"-Politik der „kleinen Schritte", nach der der DDR „humane Erleichterungen" mit finanziellen Geschenken abgerungen werden. Eine Politik, die bisher verhindert hat, daß die DDR ihren Besitzanspruch an Staatsbürgern zugunsten von Rechtsverhältnissen, die an den Normen des Völkerrechts ausgerichtet sind, ändert.

Doch zukünftiglich soll die Opposition deutlicher beachtet und schon mal parteipolitisch vereinnahmt werden. Für Linke und alternative Politik kann die formale Anerkennung der DDR und ihrer Staatsbürgerschaftspolitik, die die Zwangsausbürgerung und Landesverbannung aus dem Land einschließt, zur besonderen Profilierung dienen.

In der DDR haben die Ausreise- und Fluchtbewegung zu einem neuen Anlauf der oppositionellen Basisbewegungen geführt. Innerhalb von zwei Wochen traten kurz nacheinander mehrere Initiativen in die Öffentlichkeit, die beabsichtigen, die unkreative Frustration und Resignation im Lande zu überwinden. Sie wollen auf einer pluralistischen Plattform einen innergesellschaftlichen Dialog zu allen Fragen und Problemen der Gesellschaft aufnehmen und möglichst viele Menschen hierin einbeziehen.

Alle vorgestellten Initiativen (1) setzen auf einen legalen, gewaltfreien Weg. Sie widerstreiten grundsätzlich der geltenden Rechtslogik, nach der Meinungsbildung, demokratische Zusammenschlüsse und authentische Interessenvertretungen staatsfeindlich sind. Wenn auch unterschiedlich prägnant, ist doch allen Initiativen gemeinsam, daß ein Demokratisierungsprozeß auf der Grundlage der Eigenstaatlichkeit der DDR erfolgen muß. Damit kann eine Bündnisbreite geschaffen werden, auf deren Basis Alternativen des gesellschaftlichen Umbaus gesucht und partiell pragmatisch vorweggenommen werden.

Im Unterschied zur uneinheitlichen Basisgruppenbewegung am Rande der evangelischen Kirche könnte eine oppositionelle Plattform eine unabhängige Autorität darstellen und für den gesellschaftlichen Progreß orientieren, sowie den traditionellen Organisationen eine Herausforderung zur Profilierung ihres wirklichen Mitgliederwillens werden.

Nach der erstmals weitreichenden unabhängigen Kontrolle der Einheitswahlen zu den Regionalvertretungen, die nicht verhindern, aber belegen konnte, daß im großen Umfang Wahlfälschungen vorgenommen werden mußten, um die Politik der SED zu legitimieren, ist das Hervortreten einer formierten Opposition der entscheidende Schritt, um dem inneren Zerfall der DDR den Anfang einer Perspektive entgegenzusetzen. Die anhaltenden Repressionen insbesondere in Leipzig (2), die Verweigerung der Legalisierung des »Neuen Forum« und die politische Diffamierung als ein Verband, der *„staatsfeindliche Zwecke"* verfolgt, aber auch die Haltung der SED-Führung zu den Reformprozessen in den sozialistischen Ländern, verweisen die Initiativen demokratischer Plattformen in der DDR aufeinander. Im solidarischen und kooperativen Zusammengehen kann Resignation gewandelt werden. Trotz unterschiedlicher Standpunkte und gesellschaftspolitischen Modelldenkens wird unerläßlich sein, daß die Transparenz und Bedeutung pluralistischer Meinungsbildung auch untereinander entwikkelt werden. Es ist die einzige Perspektive, in einen Prozeß hineinzufinden, der auf breiter Basis gewollt ist und gemeinsam vorangetrieben werden kann.

Die verschiedenen Initiativen, die hier vorgestellt werden, werden in den nächsten Wochen miteinander beraten, wie sich ihre Zusammenarbeit gestalten kann, welche Ziele sie gemeinsam und nebeneinander verfolgen werden. Das »Neue Forum« versteht sich als ein Diskussionsforum, in dem der freie Meinungsaus-

(Fortsetzung auf Seite 5)

(Fortsetzung von Seite 3)

40 Jahre danach

größeres Westdeutschland bedeuten, unter Einschluß Preußens. Tatsächlich bedeutet sie die Zerstörung des westdeutschen Staates, wie wir ihn kennen, und an die Stelle tritt ein Staat mit einer grundlegend geänderten politischen Balance und nationaler Identität."

Alle beherrscht die Sorge, daß die Starrheit des SED-Regimes die Gefahr explosiver Entwicklungen in der DDR auf die Tagesordnung setzt, mit den unvermeidlichen Folgen für Westdeutschland und die gesamte Ordnung in Europa.

Niemand kann darauf vertrauen, daß Kohl oder Honecker, bzw. seine Nachfolger, im Sinne der Menschen und einer menschenwürdigen Zukunft die Probleme lösen.

Freya Klier schreibt: *„Die Wiedervereinigung ist doch längst im Gange. Die Geschäfte florieren, die Funktionäre nun schon fast aller Städte östlich und westlich der Elbe schütteln sich einvernehmlich die Hände. Der Westen übereignet dem Osten seinen Müll, dafür übereignet der Osten westlichen Unternehmern seine Arbeitskräfte zu Dumpingpreisen."* Diese Zusammenarbeit der Regierungen in Ost und West aber braucht die Mauer.

Es ist die Aufgabe derjenigen, die in Ost und West für Freiheit, Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfen, gegen diese Kooperation der Regierungen für den Dialog über die Grenze hinweg einzutreten, zusammenzukommen und gemeinsam die Zukunft zu diskutieren. Die Menschen in Ost und West müssen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen.

Gotthard Krupp-Boulboullé,
September 1989

(Fortsetzung von Seite 4)

Neue politische Organisationen

tausch zu allen Fragen gesellschaftlicher Erfahrung und Entwicklung vermittelt werden soll. Ihre Registrierung ist vom Innenminister der DDR abgelehnt worden. Mitglieder des »Neuen Forum« werden über ein verwaltungsgerichtliches Verfahren prüfen lassen, ob diese Entscheidung rechtens ist. Nach der Rechtssprechung der DDR hätte der Vorwurf der „Staatsfeindlichkeit" in einem Strafrechtsverfahren und nicht per Ministerentscheidung festgestellt werden müssen. Aber die Rechtspraxis der DDR kennt einen „faktischen" Rechtsentscheid außerhalb des geschriebenen Rechts an. Was das ist, entscheidet aktuell politisches Interesse.

Für einen Teil der anderen Initiativen kann erwartet werden, daß sie nach Grundsätzen, bzw. nach einer Verständigung über Programmatiken, Organisationsstrukturen entwickeln werden, um die Durchsetzung ihrer politischen Ziele verwirklichen zu können. Auch ihre Zurückweisung in's politkriminelle Aus der DDR darf erwartet werden. Ob allerdings damit auch eine offensive Verfolgung der Opposition in der DDR einsetzen wird, hängt auch davon ab, ob diese Initiativen in der DDR beantwortet werden können, als ein Bestandteil der Reformbewegungen sozialistische Länder.

Lotte Templin, 22. 9. 1989

---

(1) Im folgenden werden die Initiative zur Gründung einer SPD, das »Neue Forum« und die Plattform der »Vereinigten Linken« vorgestellt. Vorangestellt haben wir einen »Offenen Brief an Christen und Nichtchristen in der DDR«, der von Mitgliedern des Friedenskreises der Bartholomäus-Gemeinde und der Initiativgruppe »Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung« veröffentlicht wurde. Diese gehören allerdings nicht zu den neuen politischen Organisationen. Sie fordern eine grundsätzliche Änderung des Wahlrechts. Nach unseren Informationen gibt es noch Initiativen unter dem Namen »Demokratie – jetzt« und »Demokratischer Aufbruch«. Ihre Texte liegen noch nicht vor. Wir werden versuchen, sie in der nächsten Nummer abzudrucken. -g.k.b.-

(2) Zu den Verhaftungen und den Repressionen in Leipzig sind nähere Informationen über das »Komitee zur Verteidigung und Verwirklichung der demokratischen Rechte und Freiheiten in Ost und West – in ganz Deutschland« zu erhalten. Kontakt über Adresse des »Diskussionsforums«. -g.k.b.-

Wie viele müssen noch gehen...

Offener Brief an Christen und Nichtchristen in der DDR

„Was muß noch alles passieren. Es ist genug. Immer mehr erwachsene, verantwortungsbewußte Menschen verlassen dieses Land. Entmutigt verlassen sie ihre Heimat, ihre Freunde, Verwandten und Kollegen. Diesseits und jenseits der Mauer sehen sich Menschen in tiefer seelischer Verletzung.

Wie viele müssen noch gehen, bis endlich ein offener Dialog über die gesellschaftliche Zukunft möglich ist, in den jeder Bürger sich seinem Gewissen folgend einbringen kann? (...)

Ohne grundlegende Änderung der politischen Praxis in unserem Land werden wir weiterhin ungeheure Verluste zu beklagen haben und unseren Kindern eine Gesellschaft hinterlassen, die einem (handlungsunfähigen) Torso gleicht.

Pfingsten 1988 wurde von der Initiative ›Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung‹ neues Handeln gefordert. Im politischen System hat sich seitdem nichts geändert. Das Leben in der DDR ist nach wie vor geprägt durch die Bevormundung der Bürger auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Die Reiseverordnung vom 30. 11. '88 mit ihrer Durchführungsbestimmung vom 1. 4. '89 bleibt weit zurück hinter den Wiener KSZE-Vereinbarungen, denen auch die DDR zugestimmt hat. Nach wie vor teilt sie die Bevölkerung ein in die, die zu streng beschränkten Familienanlässen in den Westen reisen können, und die, die entweder keine genügend engen Verwandten dort haben oder gezwungen wurden, sich von ihnen ›abzugrenzen‹. Die Kreativität junger Menschen wird fortdauernd durch massive Gängelei erstickt oder als gesellschaftsfeindlich diffamiert.

Trotz alledem fanden mehr Bürger als je zuvor den Mut, bei den Kommunalwahlen gegen die Kandidaten auf den Einheitslisten der Nationalen Front zu stimmen oder den Wahlen fernzubleiben. Es waren weit über 10 % der Wahlberechtigten in vielen Städten der DDR, wie unabhängige Kontrollen bei der Auszählung der Stimmen bewiesen haben.

Bezeichnend für das politische Klima in unserem Land aber ist die Tatsache, daß die Wahlergebnisse in den amtlichen Mitteilungen massiv gefälscht wurden und zur Verschleierung der wahren Ergebnisse bei der Auszählung vielfach gegen das Wahlgesetz verstoßen wurde (besonders durch den Ausschluß der Öffentlichkeit in vielen Sonderwahllokalen). Das tatsächliche Votum der DDR-Bürger unterscheidet sich so sehr vom amtlichen Ergebnis, daß die Nationale Front nicht mehr den Anspruch erheben kann, die ganze Bevölkerung zu vertreten.

Diese Erfahrung löst beunruhigende Fragen aus. Soll unser politisches System weiter in Stagnation verharren, in der wie ›Jahrzehnte schon, immer dieselben 99,9 % mit Ja stimmen‹ (Daniil Granin, *Der Weg zum gesunden Menschenverstand*, in ›Sinn und Form‹ 3/89), in der ›alles von oben bestimmt wird‹ (s. Granin)?

Die sogenannte politisch-moralische Einheit, die uns durch das gefälschte Wahlergebnis vorgetäuscht werden soll, ist mehr denn je eine Fiktion. Diejenigen, die eine Gegenstimme abgegeben haben oder der Wahl ferngeblieben sind, haben mit ihrem Votum ein Signal abgegeben, daß endlich gesellschaftliche Fragen zu einer öffentlichen Angelegenheit werden. Wir brauchen eine Stabilität, die sich auf den Ausgleich der vorhandenen Meinungen und Interessen gründet, auf die Zivilcourage und das Verantwortungsbewußtsein der einzelnen in ihrer Vielfalt. Durch die bestehende Stabilität der Angst wird die Wunde der Spaltung unserer Gesellschaft nur vertieft, statt sie zu heilen.

Dringend notwendig ist eine Reform des Wahlrechtes, die das Wahlgeheimnis garantiert und dem Bürger die Möglichkeit gibt, wirklichen Einfluß auf die Zusammensetzung der Volksvertretungen zu nehmen. Dies setzt die Zulassung unabhängiger Interessengemeinschaften entsprechend der verfassungsrechtlich garantierten Vereinigungsfreiheit voraus.

Es muß endlich Schluß sein mit der fortwährenden Abgrenzung der Regierenden gegen die Kritik durch die Bürger. Gesellschaftliche Fragen gehen alle an und müssen durch offene Aussprachen geklärt werden. Das gesicherte Recht des Bürgers, eine Meinung frei und öffentlich zu äußern, fördert das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen und schafft damit die Grundlage für die notwendige Demokratisierung unserer Gesellschaft."

1. Juli 1989

Mitglieder des Friedenskreises der Bartholomäus-Gemeinde; Initiativgruppe »Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung«

Aufbruch 89 – NEUES FORUM

In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein.

Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übelgelaunter Passivität und hätten doch Wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit.

In Staat und Wirtschaft funktioniert der Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten nur mangelhaft. Auch die Kommunikation über die Situation und die Interessenlage ist gehemmt. Im privaten Kreis sagt jeder leichthin, wie seine Diagnose lautet, und nennt die ihm wichtigsten Maßnahmen. Aber die Wünsche und Bestrebungen sind sehr verschieden und werden nicht rational gegeneinander gewichtet und auf Durchführbarkeit untersucht. Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebots und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewußte Menschen, die doch gemeinschaftsbewußt handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. Faulpelze und Maulhelden sollen aus ihren Druckposten vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial Schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden; aber niemand soll auf Kosten anderer krank feiern. Wir wollen an Export und Welthandel teilhaben, aber weder zum Schuldner und Diener der führenden Industriestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen Länder werden.

Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines **demokratischen Dialogs** über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und Kultur. Über die Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, **gemeinsam und im ganzen Land**, nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Wollen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden. Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an,

* daß eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozeß mitwirkt,
* daß die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden.

Wir bilden deshalb gemeinsam eine **politische Plattform** für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen **NEUES FORUM**.

Die Tätigkeit des NEUEN FORUM werden wir auf gesetzliche Grundlagen stellen. Wir berufen uns hierbei auf das in Art. 29 der Verfassung der DDR geregelte Grundrecht, durch gemeinsames Handeln in einer Vereinigung unser politisches Interesse zu verwirklichen. Wir werden die Gründung der Vereinigung bei den zuständigen Organen der DDR entsprechend der VO vom 6. 11. 1975 über die „Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen" (Bgl. I Nr. 44, S. 723) anmelden.

Allen Bestrebungen, denen das NEUE FORUM Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde. Es ist dieser Impuls, den wir bei der kommenden Umgestaltung der Gesellschaft in allen Bereichen lebensvoll erfüllt wissen wollen.

Wir rufen alle Bürger und Bürgerinnen der DDR, die an einer Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglieder des NEUEN FORUM zu werden.

Die Zeit ist reif.

Die Erstunterzeichner:

Michael Arnold, Student, Leipzig; Bärbel Bohley, Malerin, Berlin; Katrin Bohley, Studentin, Berlin; Dr. Martin Böttger, Physiker, Cainsdorf; Dr. Erika Drees, Ärztin, Stendal; Katrin Eigenfeld, Bibliothekarin, Halle; Dr. Frank Eigenfeld, Geologe, Halle; Hagen Erkrath, Student, Berlin; Olaf Freund, Fotolaborant, Dresden; Katja Havemann, Heimerzieherin, Gründheide; Alfred Hempel, Pfarrer, Großschönau; Rolf Henrich, Jurist, Eisenhüttenstadt; Jan Hermann, Krankenpfleger, Brandenburg; Martin Klähn, Bauingenieur, Schwerin; Kathrin Menge, Hochbauingenieurin , Berlin; Dr. Reinhard Meinel, Physiker, Potsdam; Otmar Nickel, Drechsler, Dresden; Dr. Christine Pflugbeil, Ärztin, Berlin; Sebastian Pflugbeil, Physiker, Berlin; Reinhardt Pumb, Krankenpfleger, Berlin; Dr. Eva Reich, Ärztin, Berlin; Prof. Dr. Jens Reich, Arzt und Molekularbiologe, Berlin; Hanno Schmidt, Pfarrer, Coswig; Reinhardt Schult, Betonfacharbeiter, Berlin; Jutta Seidel, Zahnärztin, Berlin; Dr. Eberhard Seidel, Arzt, Berlin; Lutz Stropahl, Musikerzieher, Berlin; Dr. Rudolf Tschäpe, Physiker, Potsdam; Hans-Jochen Tschiche, Pfarrer, Samswegen; Catrin Ulbricht, Dresden.

Vorlage zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen

1.

In Osteuropa ist einiges in Bewegung geraten, und viele Menschen bei uns empfinden dafür eine große Sympathie. Hoffnungen und Erwartungen beginnen auch in der DDR zu wachsen. Viele Bürger haben an Selbstbewußtsein gewonnen. Dennoch muß man feststellen, daß die Situation immer noch insgesamt von einem lähmenden Ohnmachtsgefühl beherrscht wird. Dies zeigt sich u.a. darin, daß man zwar Veränderungen wünscht und erhofft, zugleich aber glaubt, selbst nichts tun zu können.

So warten viele darauf, daß die herrschende Partei sich ändert, oder man wartet auf einen Mann wie Gorbatschow. Eine solche Haltung aber bleibt im Passiven und spricht sich letztlich eine Zuständigkeit und Verantwortlichkeit für diese unsere Wirklichkeit ab. Doch auch und gerade wenn die Partei sich verändert, braucht es Bürger, die selbständig ihre Verantwortung für unsere Wirklichkeit erkennen und bereit sind, sie wahrzunehmen.

Die Zeit drängt. Und nicht nur weil die Ungeduld wächst.

Solange nichts Grundlegendes gegen die Widersprüche und Negativentwicklungen in unserem Land getan wird, geht mehr und mehr Unwiederbringliches verloren.

Die Zehntausenden, die enttäuscht das Land verlassen, können hier nichts mehr tun und verstärken die Resignation der Zurückbleibenden.

Was an natürlichen Lebensbedingungen und Ressourcen aufgebraucht oder zerstört ist, läßt sich nicht ohne weiteres wiederherstellen. Wir leben von der Substanz und damit auf Kosten unserer Kinder. Wir verlieren mehr und mehr den Reichtum unseres geschichtlichen Erbes und damit unsere Identität.

Strukturen organisierter Verantwortungslosigkeit zerstören die moralischen Grundlagen und die Bereitschaft, Risiken für selbstverantwortetes Handeln in Gesellschaft und Staat auf sich zu nehmen.

Es bedarf heute grundlegender Bemühungen vieler, um die Voraussetzungen und Bedingungen zu schaffen, die für einen Demokratisierungsprozeß erforderlich sind.

2.

Unsere Gesellschaft wird durch den absoluten Wahrheits- und Machtanspruch der SED bestimmt, auf den hin alle Verhältnisse in Staat und Gesellschaft geordnet sind.

Die Kluft zwischen ideologischem Anspruch und Wirklichkeit tritt jedoch immer klarer hervor.

Die notwendige Demokratisierung unserers Landes hat die grundsätzliche Bestreitung eines solchen absoluten Wahrheits- und Machtanspruches zur Voraussetzung. Dazu gehört eine offene geistige Auseinandersetzung mit den Grundlagen des Stalinismus und seiner Ausprägung in Geschichte und Gegenwart der DDR.

3.

Die Demokratisierung unserer Gesellschaft bedarf grundlegender programmatischer Bemühungen und solcher Bürger, die die dafür notwendige Kompetenz mitbringen bzw. gewinnen. Hier ergibt sich ein besonders schwieriges Problem, denn das Ziel jahrzehntelanger Kaderpolitik der SED war es, geistige und politische Kompetenz außerhalb des Personenkreises derer, die zu Loyalitätserklärungen bereit waren, zu verhindern.

Angesichts dieser Lage halten wir folgende Bemühungen für notwendig:

a. Die Erarbeitung einer politischen Alternative für unser Land, die an politische Traditionen anknüpft, die an Demokratie und sozialer Gerechtigkeit orientiert sind. Zu diesen Traditionen gehört an wichtigster Stelle die des Sozialismus. Dieser ist durch die Geschichte der letzten Jahrzehnte weitgehend diskreditiert worden. Angesichts der heutigen Situation im sozialistischen Lager ist es einfach nicht mehr angebbar, welche ökonomischen und politischen Strukturen der Vision des Sozialismus entsprechen können.

Um hier nach neuen Wegen zu suchen, bedarf es der schonungslos kritischen Bestandsaufnahme der geistigen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Situation unseres Landes.

b. Die Herstellung und Entfaltung einer politischen Öffentlichkeit, in der über geistige, wirtschaftliche, soziale und politische Ziele und Wege in unserem Land gestritten werden kann.

Eine wichtige Aufgabe ist es, das Gefühl von Verantwortung und Zuständigkeit der Bürger über Verhältnisse in unserem Land zu stärken und zu wecken und dazu zu ermuntern, sich Kompetenz zu erwerben, die gesellschaftliche Wirklichkeit aktiv mitzugestalten.

Wir brauchen Bürger, die willens und in der Lage sind, in einem demokratischen Gemeinwesen politische Macht zu kontrollieren und auch auszuüben und die in der Sphäre der Gesellschaft ihr Leben selbstverantwortlich gestalten.

4.

Politische Existenz und politisches Handeln bedarf der Gemeinschaft und demokratischer Organisationsformen, in denen die Interessen und der politische Wille der in ihr Verbundenen sich entfalten und zur Geltung bringen kann. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten: Vereine, Bürgerinitiativen, demokratische Bewegungen, Parteien, Gewerkschaften etc. Ohne derartige politische Organisationen ist ein demokratisches Gemeinwesen nicht möglich.

Aufgrund der Tatsache, daß die politischen Parteien und Organisationen in unserem Land diese Aufgabe zur Zeit nicht erfüllen, ist es notwendig, daß es zur Entfaltung dieser Möglichkeiten und zu Neugründungen kommt.

5.

Wir, die Unterzeichnenden, halten für den künftigen Weg unserer Gesellschaft die Bildung einer sozialdemokratischen Partei für wichtig.

Wir wissen, daß dies zur Zeit legal nicht möglich ist. Deshalb machen wir den Vorschlag, eine Initiativgruppe zu bilden, die für die Voraussetzungen einer legalen Parteigründung und ihre Vorbereitung arbeitet.

6.

Ziel: Eine ökologisch orientierte soziale Demokratie

Das Grundprinzip demokratischer Erneuerung heißt

Entmonopolisierung und Demokratisierung der Macht in Staat und Gesellschaft. Das bedeutet nicht die Aufhebung des Staates und seines Gewaltmonopols, sondern demokratische Kontrolle der einzelnen, mit klar begrenzten Kompetenzen ausgestatteten, staatlichen Institutionen.

Das erfordert eine möglichst klare Unterscheidung von Staat und Gesellschaft und entsprechende Strukturen im Aufbau des Staates, d.h. eine Gliederung des Staates in selbständige und selbstverantwortliche Substrukturen.

Aufgabe des Staates ist es,

* die sozialen, kulturellen und politischen Grundrechte der Bürger und die ihnen entsprechende Wahrnahme von Verantwortung zu ermöglichen, zu stärken und zu schützen;
* den Schutz der natürlichen Umwelt und die Sicherung von Ressourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Generationen zu gewährleisten.

Allen Monopolisierungen in Staat und Gesellschaft ist entgegenzutreten, insofern sie die sozialen und politischen Rechte der Bürger beeinträchtigen und verkehren. Für die Wirtschaft bedeutet dies u.a. strikte Antimonopolkontrolle (auch im Hinblick auf den staatlichen Sektor). Unvermeidbare Monopole bedürfen strengster demokratischer Kontrolle und der Überprüfung ökonomischer Effizienz.

7. Stichworte zum Programm

A. Zur Ordnung von Staat und Gesellschaft

* Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung
* parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität
* Sozialstaat mit ökologischer Orientierung
* relative Selbständigkeit der Regionen (Länder), Kreise, Städte und Kommunen (finanziell, wirtschaftlich, kulturell)
* soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopolverbot zur Verhinderung undemokratischer Konzentration ökonomischer Macht
* Demokratisierung der Struktur des Wirtschaftslebens u.a. durch betriebliche Mitbestimmung
* Förderung von Gemeinwirtschaft und Genossenschaften (mit freiwilliger Zugehörigkeit und gleichberechtigter Privatwirtschaft)
* Freiheit der Gewerkschaften und Streikrecht
* strikte Religions- und Gewissensfreiheit
* Gleichberechtigung und Förderung von Frauen
* Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit für alle demokratischen Organisationen
* freie Presse und Zugang zu den elektronischen Medien für alle demokratischen Organisationen
* Gewährung von Asyl für politische Flüchtlinge

B. Zur Außenpolitik

* Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit. Mögliche Veränderungen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung sollen damit nicht ausgeschlossen sein.
* Besondere Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufgrund der gemeinsamen Nation, Geschichte und der sich daraus ergebenden Verantwortung
* Entmilitarisierung der Gesellschaft und des Gebietes der DDR
* Schaffung einer europäischen Friedensordnung, in der Warschauer Vertrag und NATO überflüssig sind
* Erweiterter und gerechter Handel mit am wenigsten entwickelten Ländern, orientiert an deren Bedürfnissen
* Solidarität mit entrechteten und unterdrückten Völkern und nationalen Minderheiten.

Niederndodeleben, den 24. 7. 1989

Martin Gutzeit, Markus Meckel, Arendt Noack, Ibrahim Böhme

Angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation und der sich verschärfenden politischen Krise in unserem Land wenden wir uns mit diesem Aufruf an alle politischen Kräfte in der DDR, die für einen demokratischen und freiheitlichen Sozialismus eintreten. Ein linkes, alternatives Konzept für eine Wende wird immer dringlicher!

Wir sind der Auffassung, daß insbesondere die DDR vor einer historischen Chance radikaler Erneuerung des sozialistischen Gesellschaftskonzeptes steht. Wird sie warten, so hat das Folgen, die möglicherweise nicht nur in unserem Land über lange Zeit hinweg die Aussicht auf ein sozial gerechtes und die freie Entfaltung jedes Gesellschaftsmitgliedes garantierendes Gemeinwesen suspendieren.

Die äußeren Bedingungen für eine radikale Erneuerung sind kompliziert genug: im modernisierten internationalen Kapitalismus begünstigt die Enttäuschung der Werktätigen über die Wirkungslosigkeit des sozialdemokratischen Wohlfahrtstaatlichkeitsmodells die weiter anhaltende neokonservative Wende nach rechts. Die Gewerkschaften stehen mit dem Rücken zur Wand. Der Rückgang des Einflusses westeuropäischer kommunistischer Parteien und der Prozeß ihrer galoppierenden Sozialdemokratisierung verdienen das Prädikat dramatisch. Der Internationalismus kommunistischer Massenparteien hat de facto aufgehört zu existieren und kann sich hinter dem dagegen noch funktionierenden, aber nichtsdestoweniger kläglichen sozialdemokratischen Internationalismus verstecken. Die Faszination des ermutigenden Aufbruches der KPdSU aus dem Getto von Stagnation, Stalinismus und Machtanmaßung weicht mehr und mehr der Sorge, die nun anwachsenden zentrifugalen Kräfte könnten noch mehr zerreißen als die Blokkaden gegen eine wirkliche sozialistische Entwicklung. Der wirtschaftliche Umbruch in den Reformländern greift nicht oder bedient sich zweifelhafter Methoden. Die Defizite einer radikalen Erneuerung theoretischen Denkens auf marxistischer Grundlage sind angesichts der heutigen Herausforderungen katastrophal.

Und doch ist die Chance da: ein souveräner Umschwung in Richtung Sozialismus wäre heute nicht mehr militärischer Einmischung seitens „wohlmeinender Bruderländer“ ausgesetzt. Aufgrund der desolaten Wirtschaftslage ist die politische Einmischung des Westens über den Kanal der „Wirtschaftskooperation“ viel größer.

Die entscheidende Frage bleibt die soziale Basis, die politische Reife und die seriöse Programmatik sozialistisch votierender Kräfte im Lande selbst. Für uns heißt dies unter den in der DDR herrschenden Bedingungen, dieses Fundament wiederzugewinnen. Und hier sind bei uns die Vorraussetzungen zweifellos günstiger als in anderen „sozialistischen“ Ländern – ungeachtet der weiter bestehenden politischen Unterdrückung auch und erst recht linker Kräfte in der DDR. Die Linken in unserem Land können sich kein Sektierertum leisten. Sie müssen die treibende Kraft einer „Koalition der Vernunft“ sein, welche sich auf die Vielfalt aller sich zum Sozialismus bekennenden politischen und sozialen Kräfte in der DDR stützt, aber darüber hinaus allen sozialen und politischen Gruppierungen unter dieser Vorraussetzung des Sozialismus eine Perspektive bieten kann. Eine vereinigte Linke muß in diesem Sinn in freier, gleichberechtigter, offener und öffentlicher Diskussion in kürzester Zeit ein konzeptionelles Programm für die politische und wirtschaftliche Umgestaltung erarbeiten, welches den Charakter hat, sich bei seiner Realisierung auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz stützen zu können.

DOKUMENTATION

Vereinigte Linke

Appell von Vertretern verschiedener sozialistischer Tendenzen in der DDR, verabschiedet nach einem Treffen Anfang September in Böhlen.

Niemand, der diesen Prozeß der Erneuerung mitgestalten will, auch kein Mitglied der SED, darf aus diesem Prozeß ausgegrenzt werden. Andererseits zeigen gerade wieder jüngste Erfahrungen, wohin prinzipienloser gesellschaftskonzeptioneller Relativismus führen kann. Wir wenden uns entschieden dagegen, daß politbürokratische Unterdrückung durch kapitalistische Ausbeutung „ersetzt" wird. Die Linken müssen sich auf der Basis
– des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln als die vorherrschende und perspektivische Grundlage sozialistischer Vergesellschaftung
– des Ausbaus der Selbstbestimmung der Produzenten in Verwirklichung realer Vergesellschaftung der gesamten ökonomischen Tätigkeit
– der konsequenten Verwirklichung des Prinzipes der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder
– der politischen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, konsequenten Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freien Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitgliedes
– des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft
treffen. Die Zeit ist überreif für eine offene Diskussion der damit verbundenen Fragen. Der Prozeß des Dialogs einer sich vereinigenden Linken auf solcher Grundlage kann und sollte auch unter den heute noch geltenden Bedingungen der beruflichen Diskriminierung und der Ausübung politischen Drucks auf politisch nicht angepaßtes Denken trotzdem öffentlich erfolgen. Dem organisatorischen Zusammenschluß einer vereinigten Linken hat der beschriebene Prozeß des Dialogs vorauszugehen.

Mindestanforderungen für die Gestaltung einer freien sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Vorschlag für einen Minimalkonsens einer breiten unabhängigen sozialistischen Opposition

1. Verwirklichung der sozialistischen Demokratie als Ausdruck der Volkssouveränität durch die Volksmacht, das heißt der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des werktätigen Volkes.

Dem dient die Realisierung folgender Grundsätze:

a) Sicherung individueller und kollektiver Freiheitsrechte entsprechend der UN-Menschenrechtscharta (einschließlich ungehinderter Reisefreiheit und Streikrecht);

b) Rechtsstaatlichkeit (einschließlich individueller und kollektiver Einklagbarkeit der Freiheitsrechte sowie gesetzliche Verantwortlichkeit der Behörden und ihrer Funktionsträger gegenüber den Bürgern);

c) Funktionelle Gewaltenteilung auf der Grundlage der Volkssouveränität (einschließlich Verfassungskontrolle und Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie Wahrnehmung der Volkssouveränität gegenüber den rechtsprechenden und vollziehenden Apparaten);

d) Starke basisdemokratische Verankerung der staatlichen Gewalt mittels Volksabstimmungen sowie politischer Rechte für Betriebsräte und Wohnbezirksräte;

e) Selbstverwaltung aller territorialen politischen Gemeinschaften (Gemeinden, Kreise usw.) einschließlich der Bildung ihrer Rechtspflege- und Polizeiorgane durch sie selbst bei ausschließlich gerichtlicher Kontrolle ihrer von staatlicher Aufsicht freien Tätigkeit;

f) Bundesstaatlichkeit auf der Grundlage der Länderstrukturen von 1949 sowie des Landes Berlin (DDR) und Bildung einer Länderkammer nach dem Senatsprinzip aus den Volksvertretungen der Länder;

g) Politische und Meinungspluralität einschließlich Parteienpluralität auf der Grundlage freiheitlich-sozialistischen Verfassungsrechts;

h) Verhältniswahlrecht;

i) Recht von Gesetzesinitiativen und geregelte Vetorechte für demokratische Massenorganisationen (Gewerkschaften usw.);

j) Förderung von vielfältigen Bürgerinitiativen und Sicherung ihrer breiten Einbeziehung in die staatlichen Entscheidungsprozesse;

k) Umbildung der Massenmedien aus Organen der monopolisierten Regierungsgewalt in Medien der Öffentlichkeit durch Anwendung des öffentlichen Rechts unter Sicherung des Medienzugangs für jeden Bürger;

l) Informationsfreiheit in allen öffentlichen Angelegenheiten und Rechtsschutz gegen den „gläsernen Menschen".

(Text in Auszügen)

b) Nachlese zu den Kommunalwahlen in der DDR

Mitteilung über Differenzen

zwischen der Bekanntgabe des endgültigen Gesamtergebnisses durch den Vorsitzenden der Wahlkommission und der Bekanntgabe der Ergebnisse durch die Wahlvorstände in den einzelnen Wahllokalen bei der Wahl der Stadtbezirksversammlungen und der Stadtverordnetenversammlung von Leipzig

Leipzig, 3. Juni 1989

BürgerInnen und Bürgerinitiativen in Leipzig haben von ihrem Recht Gebrauch gemacht, an der öffentlichen Auszählung der Wahlergebnisse teilzunehmen. Bei der Addierung der von den einzelnen Wahlvorständen bekanntgegebenen Ergebnisse haben sie erhebliche Differenzen zum endgültigen Gesamtergebnis festgestellt. Ohne auf Einsprüche zu reagieren, konstituierten sich die Stadtbezirksversammlungen und die Stadtverordnetenversammlung. Diese Ignoranz gegenüber dem Versuch der Kontrolle von BürgerInnen fordert alle demokratischen Kräfte in der DDR heraus. Da bis jetzt auch die Ergebnisse der Stadtbezirksversammlungen nur bei den konstituierenden Sitzungen bekanntgegeben und somit nicht allen BürgerInnen zugänglich gemacht wurden, müssen wir annehmen, daß die Regierung der DDR und die SED-Führung eine Diskussion über die Wahlergebnisse und ihre Differenzen scheut. Wir möchten die Diskussion im Interesse großer Teile der Bevölkerung eröffnen, halten es aber für geboten, darauf hinzuweisen, daß dies eigentlich Aufgabe der in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Parteien und Massenorganisationen ist.

Bei den Wahlen zur Stadtbezirksversammlung des Stadtbezirkes Mitte wurde die Stimmauszählung in 83 von 84 Wahllokalen beobachtet. Danach ergab sich für den Stadtbezirk Mitte eine Wahlbeteiligung von 91,658 %; für den Wahlvorschlag der Nationalen Front stimmten danach 90,93 % und gegen ihn 9,07 %. Das bei der konstituierenden Sitzung am 31. Mai bekanntgegebene offizielle Endergebnis besagt demgegenüber, daß sich 98,54 % an der Wahl beteiligten, 96,06 % für den Wahlvorschlag und 3,94 % gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front stimmten. Wenn die Differenzen von 7 % bei der Wahlbeteiligung und 5 % bei den Ja-Stimmen im Stadtbezirk Mitte nicht umgehend erklärt werden, müssen wir annehmen, daß es sich um einen gezielten Wahlbetrug handelt, um die Bevölkerung über die wirkliche Zustimmung zum Regierungskurs und die Größe des Protestpotentials im unklaren zu belassen.

Wie unsere Hochrechnungen in sämtlichen anderen Leipziger Stadtbezirken und für die Stadtverordnetenversammlung zeigen, handelt es sich bei den Differenzen um keinen Einzelfall. Sie sind in anderen Stadtbezirken sogar noch größer. Die Wahlbeteiligung konnte in den anderen Stadtbezirken nicht ermittelt werden, da in vielen Wahllokalen die Wahlvorstände selbige nicht bekanntgaben. Um sie zu ermitteln, hätten wir auch in anderen Stadtbezirken sämtliche Wahlauszählungen beobachten müssen, was für uns noch nicht leistbar war.

Fest steht aber, daß rund 10 % der gültigen Stimmen auf dem gesamten Stadtgebiet Leipzigs gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front – laut Bekanntgabe des Wahlergebnisses durch die einzelnen Wahlvorstände in den Wahllokalen – stimmten.

Aufgrund von Unregelmäßigkeiten in den Wahllokalen (aufgebrochene oder nicht mehr korrekt versiegelte Urnen, verschwundene Stimmzettel, Zählung korrekt gestrichener Zettel als Ja-Stimmen etc.) müssen wir annehmen, daß in Wirklichkeit noch weniger Menschen für den Wahlvorschlag der Nationalen Front stimmten, als die Wahlvorstände in den einzelnen Wahllokalen bekanntgaben.

Da sich die Stadtbezirksversammlungen und die Stadtverordnetenversammlung trotz der Einsprüche bereits konstituierten, erwarten wir, wenn die Verantwortlichen nicht weiteres Vertrauen verlieren wollen, daß zumindest die an der Manipulation des Ergebnisses Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

Mitglieder des Arbeitskreises Gerechtigkeit
Mitglieder der Arbeitsgruppe Menschenrechte
Mitglieder des Jugendkonventes Leipzig
Mitglieder der Initiativgruppe Leben

Stadtbezirks-versammlung	Wahlbe-rechtigte	Wahlbe-teiligte	ungültige Stimmen	gültige Stimmen	Für den - Wahlvorschlag -	Gegen den - Wahlvorschlag -
Mitte (offiziell)	53 766	52 981	38	52 943	50 856	2 087
		98,54 %	0,07 %	99,93 %	96,06 %	3,94 %
(83 von 84 Wahllokalen:)	53 766	(49 281*)	36	48 773**	44 349	4 424
		91,658 %	0,07 %	99,84 %	90,93 %	9,07 %
Stadtverordneten-versammlung (offiziell)	414 154	407 273	189	407 084	393 564	13 520
		98,34 %	0,05 %	99,95 %	96,68 %	3,32 %
lt. Bekanntgabe der Wahlvorstände in 30 % d. Wahllokale			136	112 941	101 839	11 102
	(Fehlerqu. +/–1,5%)		0,12 %	99,88 %	90,2 %	9,8 %

(*) Da in den 80 Wahllokalen (ohne Sonderwahllokale) 34 131 Menschen wählen waren, ist hier für das fehlende 84. Wahllokal der Durchschnittswert von 427 Wählern dazu addiert worden. Die 3 Sonderwahllokale wurden aufgrund ihrer deutlich höheren Anzahl von Wählern in die Durchschnittserrechnung nicht einbezogen.
(**) 45 Stimmen (0,09 %) sind laut Bekanntgabe der Wahlvorstände verschwunden.

„Es kann nicht zwei Wahrheiten geben"

Mitglieder des Friedenskreises Berlin-Weißensee bestehen auf einer Antwort

Am 10. 5. beantragten wir und 10 weitere Bürger bei der Nationalen Front Weißensee, Einspruch einzulegen gegen die Gültigkeit der Wahl im Stadtbezirk. Begründet war dieser Antrag mit Differenzen zwischen dem amtlichen Endergebnis und den von den Wahlvorständen verkündeten Zahlen.

Bis zum 20. 6. erfolgte keine Antwort auf diese Eingabe. Auf Anfragen unsererseits wurde der Eingang der Eingabe zunächst nicht einmal bestätigt. Nachdem wir den Vorsitzenden der Nationalen Front Weißensee, Prof. Dr. Geyer, über diesen Tatbestand informiert hatten, versprach man uns, mit einer Bemerkung über die Langsamkeit der Post (!), jetzt eine unverzügliche Bearbeitung der Eingabe. Doch wieder vergingen weitere drei Wochen, in denen nichts geschah, so daß sich der Eindruck bestätigte, daß man nicht vorhatte, sich ernsthaft mit unserem Anliegen auseinanderzusetzen.

So gingen wir, 2 der Eingabenschreiber, am 20. 6. abermals zum Kreisausschuß der NF-Weißensee, trafen Herrn Zienert, den Sekretär der NF an. Es kam zu folgendem Gespräch:

Herr Zienert:
Ihre Eingabe wurde überprüft. Herr Thiele (Sekretär des Rates) sollte sie über unsere Antwort informieren. Ich rufe ihn gleich noch mal an. (Herr Z. telefoniert. Es ist besetzt)

Bürger:
Warum haben wir bis jetzt noch keine Antwort?

Herr Zienert:
Wie heißen Sie bitte noch mal und was ist kurz der Inhalt Ihrer Eingabe? Ich erinnere mich nicht mehr.

Wir stellen uns nochmals vor und erläutern den Inhalt der Eingabe, werden unterbrochen....

Herr Zienert:
Ich erinnere mich wieder und kann Ihnen gleich selbst die Antwort geben. Das Wahlergebnis wurde überprüft, bestätigt und in der Presse veröffentlicht. Und Sie wollen doch wohl nicht behaupten, daß unsere sozialistische Presse Lügen verbreitet.

Bürger:
Wir haben die in den Wahllokalen angesagten Zahlen zusammengezählt und erhebliche Abweichungen vom offiziellen Endergebnis festgestellt.

Herr Zienert:
Ich weiß, daß Sie in jedes Wahllokal zwei Leute geschickt haben.

Bürger:
Wir haben lediglich Kenntnis erhalten von den in den Wahllokalen verkündeten Zahlen und diese addiert.

Herr Zienert:
Gut, darüber brauchen wir jetzt nicht zu streiten. Sie waren aber nicht in allen Wahllokalen, deshalb muß es ja Differenzen zum offiziellen Ergebnis geben.

Bürger:
Uns sind nur die Zahlen aus einem Wahllokal nicht bekannt. Die von uns festgestellte Zahl der Gegenstimmen und der ungültigen Stimmen ist größer, als in der Presse veröffentlicht. Sie kann durch das fehlende Wahllokal niemals kleiner werden.

Herr Zienert:
Das hieße, Sie unterstellen den Wahlvorständen Wahlbetrug. Außer Ihnen waren auch andere Bürger bei der öffentlichen Auszählung anwesend. Sie haben alle den ordnungsgemäßen Ablauf bestätigt.

Bürger: *Das klingt so, als wären wir keine Bürger.*

Herr Zienert:
Ich meinte, die Mehrzahl der Bürger, die den demokratisch gewählten Wahlvorständen eine korrekte Handlungsweise bestätigt haben. Der Kreis, dem Sie angehören, ist rechtlich nicht autorisiert und kann deshalb auch über keine autorisierten Statistiken (!?) verfügen.

Bürger:
Es geht nicht darum, den Mitgliedern der Wahlvorstände Betrug zu unterstellen. Es geht ja gerade um die Abweichungen des offiziellen Ergebnisses, von den in den Wahllokalen verkündeten Zahlen. Wie erklären Sie sich diese Differenz?

Herr Zienert:
Es gibt keine Differenz. Sie müssen nur in die Zeitung vom 10. 5. sehen. (Herr Zienert schwenkt eine Mappe.) *Hier können Sie das Protokoll vom gesamten Wahlablauf sehen. Da stehen alle Ergebnisse schwarz auf weiß. Sie sind identisch mit den in der Presse veröffentlichten. Das ist die Wahrheit, es gibt nur diese eine.*

Bürger: *Kann man das Protokoll lesen?*

Herr Zienert:
Das ist allein unsere Sache, das geht nun wirklich nicht. Ein Fünkchen Vertrauen müssen Sie schon in uns haben!

Bürger:
Könnten wir uns nicht gemeinsam an einen Tisch setzen und alle Ergebnisse vergleichen, nachrechnen? Wir stellen auch unsere Unterlagen zur Verfügung.

Herr Zienert:
Das ist allein unsere Aufgabe, Ihre Unterlagen sind auch, wie gesagt, nicht autorisiert. Ich versuche nochmals Herrn Thiele anzurufen... (dieser ist nun auch am Apparat, Herr Zienert übermittelt ihm unser Anliegen und läßt sich nochmals die getroffene Entscheidung über unsere Eingabe bestätigen. Er nützt gleich die Gelegenheit, Herrn Thiele nach der Urkunde für die KGA „Märchenland" zu fragen). *Tja, Sie sehen, es gibt Bürger, die sich schon sehr, sehr engagiert haben in unserem Wohngebiet.*

Bürger: *Wir erwarten dann noch eine schriftliche Beantwortung unserer Eingabe.*

Herr Zienert: *Nein, dazu sind wir nicht verpflichtet. Dieses Gespräch reicht völlig aus.*

Bürger:
Aber dieses Gespräch ist doch auf unsere Initiative hin zustandegekommen. Wie hätten Sie denn sonst auf unsere Eingabe reagiert?

Herr Zienert:
Gar nicht, denn unsere Antwort stand bereits am 10. 5. in der Zeitung. Das ist das wahre Endergebnis.

Bürger:
Das bedeutet ja, daß Sie eine Antwort gegeben haben, bevor wir eine Frage stellten?! Und unsere Frage bezieht sich ja gerade auf die Presseveröffentlichung vom 10. 5. '89.

Herr Zienert:
Unsere Anwort stand in der Presse. Und das ist die Wahrheit. Es kann nicht zwei Wahrheiten geben.

Bürger:
Aber wir behaupten, daß unsere Ergebnisse die Wahrheit sind. Es steht Aussage gegen Aussage. Wir müßten doch gemeinsam versuchen, das zu klären. Wir sind jederzeit bereit, unsere Aussage zu beweisen, und denken, daß wir das auch von Ihnen erwarten können.

Herr Zienert:
Ich sage nochmal, Sie sind für uns keine autorisierten Personen. Unsere Antwort stand in der Presse. Das ist die einzige Wahrheit.

Bürger:
Wir sind empört, wie Sie Anliegen, Anfragen von Bürgern mittels Ihrer „Autorität" einfach so vom Tisch wischen.

Herr Zienert: (- Arrogantes Achselzucken -) *Es gibt nichts mehr zu sagen.* (Steht auf, will uns zur Tür bringen)

Bürger: *Wie wollen Sie den anderen zehn Eingabeschreibern Ihre Antwort zukommen lassen?*

Herr Zienert: *Das können Sie ihnen ja jetzt übermitteln.*

Bürger: *Dazu sind wir nicht autorisiert.*

Herr Zienert war nicht bereit, das Gespräch noch weiter fortzusetzen. Auf alle weiteren Fragen antwortete er wie bereits vorher stereotyp, daß die Antwort die Presseveröffentlichung vom 10. 5. wäre und es keine andere Antwort geben werde.

(Unterschriften)

(Quelle: »Umweltblaetter« 7/89)

Zeitdokument:

...ertrank das Kamel

National-Demokratische Partei Deutschlands
Sekretariat des Kreisvorstandes
Berlin-Prenzlauer Berg, 25. 05. 1989

Parteimaterial, für die Hand der Stadtbezirksverordneten vorgesehen

Betreff: Fragen zur Ermittlung des amtlichen Wahlergebnisses

Liebe Parteifreunde!

Unmittelbar nachdem das amtliche Wahlergebnis bekannt gegeben wurde, traten Fragen auf, wie die in den öffentlichen Auszählungen ermittelten Stimmen weiter verarbeitet worden wären.

Nicht unabhängig der verleumdenden „Bericht"erstattungen in ARD, ZDF, SAT 1 und artverwandten Rundfunksendern äußerten Bürger – auch darunter Parteifreunde – die Vermutung, daß „*...auf dem Weg nach oben...*" die ausgezählten Stimmen manipuliert worden wären. Als Beweis wurden Erfahrungen Einzelner angeführt, die in Wahllokalen einen Anteil der Stimmen gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front feststellten, der über sieben Prozent lag. Dazu ist folgendes zu sagen.

Von ihrem Recht zu wählen, machten in Prenzlauer Berg 107 739 Wähler Gebrauch. Dabei nutzte ein Drittel die Möglichkeit, vor dem Wahltag in Sonderwahllokalen die Stimme abzugeben. Bereits vorhergehende Wahlen hatten deutlich gemacht, daß diese Wähler, die am Wahltag aus dienstlichen Gründen (Angestellte des Staatsapparates, Dienstreisende etc.), auf Grund der Wahrnehmung gesellschaftlicher Funktionen (ehrenamtliche Mitarbeiter der Nationalen Front, Wahlhelfer etc.) oder bedingt durch persönliche Interessen (Urlaub, Wochenende auf der Datsche etc.) zu denen gehören, die – bis auf einen verschwindend kleinen Teil – dem Wahlvorschlag der Nationalen Front zustimmen.

Gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front stimmten 1,86 % der Wähler. Diese gut 2 000 Bürger gingen nahezu ausnahmslos am 7. Mai in die Wahllokale, und machten 2,8 % der ca. 72 000 Wähler dieses Tages aus. Deutlich wird bereits hier, daß ein Vernachlässigen der Ergebnisse der Sonderwahllokale zu falschen Einschätzungen führen muß.

„*Obwohl der Fluß im Durchschnitt nur einen Meter tief war, ersoff das Kamel darin.*" Darum folgende statische (?. Redaktion) Überlegung:

Bei der Einteilung der Wahlbezirke in fünf fiktive, aber durch Erfahrungen belegte Gruppen, umfaßt jede etwa 22 Wahlbezirke mit statistisch gleicher Anzahl Wähler: 14 000.

Hier werden nur die Wähler, die am Wahltag ihre Stimmen abgaben, berücksichtigt.

Bei Gruppe a) handelt es sich um Wahlbezirke mit einem äußerst hohen Anteil an Stimmen für den Wahlvorschlag der Nationalen Front, die Gegenstimmen machen ein Zehntel des Durchschnittswertes aus, bei Gruppe b) immerhin schon die Hälfte. Bei beiden Gruppen spiegeln die Wahlergebnisse Erfolge der Kommunalpolitik, bewährte Bürgernähe, aktive Arbeit der Abgeordneten und Verständnis der Bürger für objektive ! Probleme wider – wenn eben auch unterschiedlich. Gruppe c) repräsentiert den Durchschnitt, Probleme größeren Umfangs spiegelt Gruppe d) wider, der Anteil der Stimmen gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front macht das Doppelte des Durchschnittswertes aus. Bei der letzten Gruppe liegt dieser Wert bei 7,2 %.

Übersicht:
Anzahl der Wahllokale pro Gruppe: ca. 22
Anzahl der Wähler pro Gruppe: 14 400

Gruppe:	a)	b)	c)	d)	e)
für den Wahlvorschlag	14 373	14 266	14 132	13 464	13 363
...in %	99,8	99,1	98,1	93,5	92,8
gegen den Wahlvorschlag	27	137	268	536	1 037
...in %	0,19	0,93	1,86	3,72	7,2

Die Prozentzahlen sind statistische Varianten, machen aber deutlich, wie weit das Spektrum zu sehen ist und daß Erfahrungen, die Bürger bei Auszählungen gemacht haben, dem Gesamtergebnis entsprechen.

Deutlich wird bei dem Versuch, Mißtrauen hinsichtlich der tatsächlichen Zustimmung des übergroßen Anteils der Bevölkerung zur Politik der Hauptaufgabe zu entwickeln, daß die bei uns üblichen öffentlichen Auszählungen als Form sozialistischer Demokratie für den Gegner an sich nicht angreifbar war.

Das Bemühen, unserer Demokratie nun neu „*Grauzonen undemokratischen Mauschelns in der DDR*" zu suggerieren, kann nicht unwidersprochen bleiben.

PS der Redaktion:
Ohne die beeindruckende Wucht obiger offiziöser Selbstdarstellung beeinträchtigen zu wollen, möchten wir angesichts der hier geschilderten beeindruckenden Wahlergebnisse in den Sonderwahllokalen doch dazu ermutigen, beim nächsten Mal auch dort Bürger zur Beobachtung der Auszählung zuzulassen. Das war diesmal leider in den seltensten Fällen möglich, und da handelte es sich zufälligerweise um Ergebnisse, die sich den perfiden Gruppen d) und e) zuordnen lassen. Vergessen wurde in obigem Dokument übrigens leider die statistische Gruppe f): z.B. das Wahllokal der Kunsthochschule Berlin-Weißensee, wo die Stimmen gegen den Wahlvorschlag 50 % ausmachten.

(Quelle: »Umweltblaetter« 7/89)

Wahlbeobachtungen auf dem Dorf

Um es vorweg zu sagen: das Nachbardorf ist die absolute Ausnahme. Der Bürgermeister (SED), wirklicher Freund und Helfer seiner etwa 80 Wahlberechtigten, agitierte diese zuvor: *„Ich habe jetzt so viel für euch und fürs Dorf getan, jetzt tut ihr mal was für mich, bis halb acht wart ihr alle da, klar!"* Als die Helga dann dreiviertel acht eintrudelte, bekam sie den Bescheid: *„Kannst wieder heimgehen, wir haben deinen Zettel schon reingesteckt."* Die Ausnahme. Weil in diesem kleinen Dorf die Welt noch stimmt, eine intakte Kommune, wo jeder jedem hilft.

Aber schon drei Kilometer weiter stimmt die Welt nicht mehr. Bereits die Kandidatenfindung bereitete Mühe. So fällt auf, daß der Anteil der jungen Leute recht hoch ist, die lassen sich leichter überreden – und sind dann im Gemeinderat bequemer, weil sie sich nicht durchsetzen können! Allgemeine Unruhe erregte auch, daß in einem Ortsteil eine gerade Zugezogene aufgestellt wurde, bloß weil sie allein die Forderung erfüllte, eine Frau, verheiratet und in der SED zu sein. Auch sonst ist der Anteil der Nicht-Eingeborenen ziemlich hoch. Wie allerorts wurde heftig diskutiert, allerdings anders als in besagtem Nachbarort. Der Unmut machte sich am langjährigen Bürgermeister (SED) fest, der gewaltig über alle Köpfe weg regiert. So liegt der Jugendclub mit ihm böse im Clinch, weil es ihm zu verdanken ist, daß in der gemeindeeigenen Turnhalle keine Jugendveranstaltungen mehr stattfinden dürfen. Ein Beispiel von vielen. Allerdings sind auf dem Dorf die Abhängigkeiten stärker, schließlich kann der Bürgermeister jede Baugenehmigung und jede Westreise kippen.

Demzufolge gibt es wenig Nichtwähler, von rund 330 Wahlberechtigten lediglich 4, also 1 %. Auch die Nein-Stimmen sind geringer, immerhin aber doch 5 %, in einem Ortsteil 6,5 %. Der Grund ist einsichtig: auf den Kandidatenlisten stehen ja auch Freunde und gestandene gute Leute, die im Gemeinderat sein sollten, die streicht man nicht gern. So ergibt das offizielle Ergebnis das übliche Bild: 95 % ja. Wirklich interessant wird es erst, wenn man die Einzelstreichung auswertet: den Bürgermeister strichen ganze 110, also 35 % – in einem Ortsteil sogar 47 %! Einsame Spitze, gefolgt von sogenannter zugezogener Frau. Und dann der Reihe nach, ein lückenloses Bild der Gunst oder Ungunst des Volkes. 49 Streichungen: gutes Mittelmaß. Interessanterweise hat ein SED-Genosse bei nur 20 Streichungen mit den besten Platz: Entscheidend auf dem Dorf ist eben nicht die Parteizugehörigkeit, sondern der Mensch. Auch der ABV liegt nicht schlecht. Die Bevölkerung ist ganz zufrieden mit ihm, gegen ständig alkoholisierte Autofahrer ist er scharf, aber bei jugendlichem Übermut drückt er schon mal beide Augen zu, auch gegen den Willen des Bürgermeisters.

Nun aber geht die Diskussion weiter, das Dorf hat Blut geleckt! 35 % – warum nicht mehr? Oder waren es etwa doch 51 % – dann wäre der Bürgermeister weg vom Fenster! Kein Wunder, daß der Verdacht der Manipulation aufkommt: zwei junge Frauen hatten sich – völlig ungewohnt für's Dorf – aufgemacht, um die Auszählung zu beaufsichtigen. Und wurden aus dem Lokal gewiesen!

Zum Eklat kam es in der öffentlichen Konstituierung des neuen Gemeinderats. Der Hinauswerfer-Wahlleiter war gar nicht erst erschienen. Die jungen Frauen legten los und verlangten, zu Recht erbost, eine hieb- und stichfeste Erklärung. Der Bürgermeister getraute sich nicht mal, auf den Ablauf der Wahleinspruchfrist hinzuweisen. Die geforderte Erklärung steht noch immer aus. Auch sonst ging's hoch her, wiederum neu im Dorf. Der Bürgermeister bekam bei seiner Bestätigung drei offene Gegenstimmen der neuen Gemeinderatsmitglieder, – mutig, mutig, er hat ja die Macht. Der ABV tobte, er will nicht in den Rat, nun ist er wider Willen drin. Desgleichen weigerte sich ein anderer, im Landwirtschaftsausschuß mitzuarbeiten. Neue Töne im Dorf. Wenn das so weitergeht, kann's lustig werden. Dann passiert das, was einigen kommunal Regierenden gar nicht schmecken will: die Bevölkerung fängt womöglich an, Gemeinderatssitzungen spannend zu finden! Es wäre dem Dorf zu wünschen.

In anderen Dörfern mag es nicht ganz so heftig zugegangen sein. Auffällig aber ist, daß auch da bis zur Hälfte der Wähler die Kabine nutzten. Nun soll keiner die erfolgten Einzelstreichungen erfahren, öffentlich bekanntgegeben werden sie jedenfalls nicht. Bleibt zu hoffen, daß sie durchsickern werden, sofern nur Interesse daran besteht. Das aber garantieren schon die, die gestrichen haben, schließlich wollen sie's nun wissen. So in einem Nachbardorf ein junger Bursche, der erst kurz vor 18 Uhr hinging – übrigens auch eine von allen notierte Unwillensbekundung auf dem Dorf –: *„Ich habe **alle** gestrichen, außer meiner Mutter, jetzt will ich wissen, wer die gestrichen hat!"*

Übertrumpft wurde eingangs genanntes Musterdorf nur noch von einem anderen Dorf im Kreis: die haben 105 % Wahlbeteiligung! Die altbekannten konstanten Nichtwähler waren in der Liste gar nicht drin. Ausgerechnet diesmal entschlossen sie sich, das Wahllokal doch aufzusuchen. Dort sah man sie die Dorfstraße runterkommen: *„Die wollen doch nicht etwa zur Wahl gehen?"* Verzweifelte Anrufe beim Kreis: *„Was sollen wir bloß machen?"* In aller Eile wurden sie nach erfolgter Stimmabgabe nachgetragen. Jetzt haben sie 105 % – und im ganzen Dorf hat sich Heiterkeit breitgemacht. Heiterkeit und Schadenfreude als politische Triebkraft auf dem Weg zur Demokratisierung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in unseren Thüringer Dörfern – das wäre doch mal ein tolles Thema.

W. Sch.

(Quelle: »Umweltblaetter« 5/89)

c) Leipzig

Leipziger Chronik (Teil 3)

Unter dem Titel »Die Mücke« legten die Leipziger Gruppen Arbeitskreis Menschenrechte und Arbeitskreis Gerechtigkeit im März diesen Jahres eine im »Ost-West-Diskussionsforum« veröffentlichte Chronik vor, die über ein Jahr hinweg die wichtigsten Stationen der Leipziger Bürgerrechtsbewegung verfolgte. Daran anschließend und ebenfalls chronikartig sollen hier die Ereignisse seither erfaßt werden.

23. 2.
Um gegen die Vorgänge bei der sogenannten »Prager Woche« im Januar 1989 und gegen die sich daraus ergebenden politischen Gerichtsprozesse zu protestieren, schreiben 19 Friedens- und Menschenrechtsgruppen der DDR, darunter einige aus Leipzig, einen Offenen Brief an Regierungsvertreter der CSSR.

24.-26. 2.
Auf dem Treffen »Frieden konkret VII« in Greifswald wird auf Antrag der Umweltbibliothek Berlin, des Arbeitskreises Gerechtigkeit Leipzig, der Initiative Frieden und Menschenrechte und der Arbeitsgruppe Menschenrechte Leipzig mit knapper Mehrheit eine Protestresolution angenommen, die zu den Vorgängen in der CSSR Stellung nimmt.

28. 2.
Als Auftakt zur konkreten Vorbereitung der Kontrolle der Kommunalwahlen am 7. 5. '89 veranstalten der Arbeitskreis Gerechtigkeit, die Arbeitsgruppe Menschenrechte und die Initiativgruppe Leben einen Abend in der Leipziger Markuskirchgemeinde.

12. 3.
Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse. Zwanzig Personen bilden einen Fahrradkorso von der Nikolaikirche zum Messegelände, wo sich zu diesem Zeitpunkt Politiker aus Ost und West aufhielten. Mit dieser Aktion sollte für die Verwirklichung individueller Menschenrechte in der DDR demonstriert werden.

13. 3. Messemontag.
Im Anschluß an das vom Rektor des Theolog. Seminars, Prof. Kühn, gehaltene Friedensgebet, formierten sich etwa 600 der 1 000 Besucher dieser Veranstaltung zu einem Schweigemarsch durch die Leipziger Innenstadt. Bei den Demonstranten handelte es sich größtenteils um Ausreisewillige. Dieser Schweigemarsch war die erste größere Demonstration in der DDR, die nicht von den Menschenrechtsgruppen, sondern von Antragstellern organisiert worden ist.

Bereits im Vorfeld wurden etwa 300 Antragsteller durch die zuständigen Behörden belehrt, an keinerlei Aktionen während der Leipziger Messe teilzunehmen. Während der Demonstration wurden 12 Personen festgenommen, nach zwei bis drei Tagen aber wieder aus der Untersuchungshaft entlassen.

15. 3.
Gemeinsam mit anderen kirchlichen Gruppierungen veröffentlicht der Arbeitskreis Gerechtigkeit aus Anlaß der Schüsse an der innerdeutschen Grenze einen Offenen Brief an die Bevölkerung der DDR.

19. 3.
DDR-weiter Aktionstag für die in der CSSR politisch und religiös Verfolgten. Von 17-24 Uhr findet in der Leipziger Markuskirchgemeinde eine Veranstaltung der Leipziger Gruppen zu diesem Thema statt.

März
Eine Gemeindebibliothek zur Problematik Gerechtigkeit, Frieden und Umweltbewahrung öffnet in der Markuskirchgemeinde. Damit existiert neben der Öko-Bibliothek der Arbeitsgruppe Umweltschutz eine zweite unabhängige Bibliothek in Leipzig.

1. 4.
In der Heilandsgemeinde versammeln sich 400 Personen im Rahmen eines »Tages zur Volksbildung in der DDR«. Ein Brief an den IX. Pädagogischen Kongreß wird verfaßt. In ihm werden die Erwartungen an Veränderungen in der Volksbildung formuliert.

3. 4.
Über mit dem Braunkohleabbau zusammenhängende Umweltprobleme veranstaltet die Arbeitsgruppe Umweltschutz einen Abend in der Reformierten Kirche. 250 Personen kamen, um den Diavortrag »Bilder einer Reise zwischen Tagebau und Kraftwerken« des Arbeitskreises Frieden und Umwelt Hoyerswerda zu hören.

10. 4.
Leipzigs kirchliche Basisgruppen dürfen das montägliche Friedensgebet wieder mitgestalten. Zum ersten Friedensgebet der Gruppen, das der Arbeitskreis Gerechtigkeit hielt, kamen 900 Personen.

17. 4.
Das Friedensgebet wird von der AG Menschenrechte gestaltet. 800 Personen nahmen teil.

18. 4.
Mitarbeiter des AK Gerechtigkeit und der Umweltgruppe Borna geben ein fünfseitiges Informationspapier über den geplanten und bis dahin in der Bevölkerung unbekannten Bau eines Kernkraftwerkes im Raum Dahlen heraus.

24. 4.
Die Nikolaikirchgemeinde hält vor 700 Personen das Friedensgebet. Pfarrer Führer verliest in ihm auch den Beschluß der Synode der Ev.-luth. Landeskirche Sachsen zur Kommunalwahl.

26. 4.
Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Kernkraftgegner aus der gesamten DDR wollen in Stendal auf die Gefahren der friedlichen Nutzung von Atomkraft aufmerksam machen. Der Mitarbeiter des Arbeitskreises Gerechtigkeit Leipzig, Rainer Müller, wird vorläufig festgenommen.

1. 5.
Bei dem Verlassen eines Wohnhauses in Borna wird der Mitarbeiter des AK Gerechtigkeit, Rainer Müller, von der ihm auflauernden Polizei zusammengeschlagen und zugeführt. Uwe Der und Thorsten Beinhoff nehmen an der offiziellen Maidemonstration teil. Es gelingt ihnen, 40 Minuten mit ihrem 2 x 1 Meter großen Transparent *„Wahrheit ist kein Monopol – Offensein für Alternativen"* mitzulaufen. Zwanzig Meter vor der Tribüne werden sie entdeckt und zugeführt. Frank Sellentin und Uwe Schwabe versuchen Polizisten zu fotografieren, die Personalausweise kontrollieren. Auch sie werden zugeführt. (Alle vier sind Mitarbeiter der Initiativgruppe Leben). **17 Uhr** ziehen 280 Antragsteller unbehelligt durch die Innenstadt.

Anfang Mai
Per Flugblatt ruft eine »Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft« zu einer Versammlung der Nichtwähler für den 7. 5., 18 Uhr, auf den Leipziger Marktplatz auf.

4.-7. 5.
Vor der anstehenden Kommunalwahl und der Demonstration gegen deren undemokratisches System werden in Leipzig 56 Aktivisten zum Teil mehrfach vorgeladen und zugeführt. Obwohl beide Gruppen nichts mit der Vorbereitung der Demonstration zu tun haben, werden nahezu alle Mitglieder des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte zugeführt. Besonders scharfer Bewachung erfreute sich der AK Gerechtigkeit. So wurden der Mitarbeiter Thomas Rudolph und der Rechtsanwalt Wolfgang Schnur auf dem Weg von Leipzig nach Erfurt von mehreren Autos der Staatssicherheit verfolgt. Dank der Fahrkunst von

Rechtsanwalt Schnur verlor die Staatssicherheit das zu verfolgende Auto in den engen Straßen der Erfurter Innenstadt. Den Leipziger Bürgerrechtlern wird ein Politbürobeschluß zur Unterbindung der Demonstration bekannt.

7. 5.

Bernd Oehler (AK Gerechtigkeit) und Frank Richter (AG Menschenrechte) werden zugeführt. Beide hatten nicht die Absicht, an der Demonstration teilzunehmen. **18 Uhr** versammeln sich 1 500 Demonstranten auf dem Leipziger Marktplatz. Es formieren sich 100-1 000 Mann starke Demonstrationszüge. Die Polizei schreitet ein, mindestens 120 Personen werden festgenommen.

8. 5.

Im Anschluß an das Friedensgebet formiert sich ein 550 Mann starker Demonstrationszug gegen die von Leipziger Gruppen aufgedeckten Wahlfälschungen. Sechzehn Personen werden vorläufig festgenommen. Der Trend, daß sich an Demonstrationen immer mehr Personen ohne Ausreiseantrag beteiligen, setzte sich fort.

15. 5.

Obwohl kein Friedensgebet abgehalten wurde, fanden sich etwa 150 Antragsteller vor der Nikolaikirche ein. Sie bildeten einen Demonstrationszug durch die Innenstadt. Dabei wurden von den Sicherheitskräften die Personalien der Demonstranten aufgenommen.

22. 5.

Nach dem Friedensgebet bildeten etwa 350 Teilnehmer einen Demonstrationszug, doch die Innenstadt war bereits eine Stunde zuvor durch Polizeiketten abgeriegelt worden. Bei dem Versuch, aus dem Nikolaikirchhof herauszukommen, wurden die Demonstranten in der Ritterstraße eingekesselt. Gegen die Demonstranten werden Schlagstöcke eingesetzt, Hundeführer stehen zum Einsatz bereit. Eine Demonstrantin wird verletzt. Die Eingekesselten rufen in Sprechchören: *„Wir wollen raus!“*

Ein junger Mann wird von den Sicherheitskräften zum Rädelsführer erklärt und inhaftiert. Er sieht seinem Prozeß entgegen.

Ab dem 22. 5.

beginnt eine flächendeckende Überwachung der Leipziger Gruppen. Damit sollen die Organisatoren des 2. Pleißemarschs eingeschüchtert werden. Anhand der Verhöre wird ersichtlich, daß die Staatssicherheit im Arbeitskreis Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte die Organisatoren für den Pleißemarsch und das für den 10. Juni geplante unabhängige Straßenmusikfestival sieht. Einige Gruppenmitglieder werden zum Teil mehrfach vorgeladen oder zugeführt.

So z.B. Rainer Müller, Katrin Walther und Thomas Rudolph vom Arbeitskreis Gerechtigkeit, Michaela Ziegs, Frank Sellentin, Michael Arnold und Uwe Schwabe von der Initiativgruppe Leben, Jochen Läßig (Musiker der Gruppe »Solaris«) und Andreas Radicke, der Hausmeister der Lukaskirchgemeinde.

29. 5.

Noch während die Teilnehmer des Friedensgebets die Kirche verlassen, rücken bereits lose Reihen von Polizisten auf den Nikolaikirchhof vor und fordern die Gottesdienstbesucher auf, sofort nach Hause zu gehen. Ohne ersichtlichen Grund wird Udo Hartmann (Initiativgruppe Leben) von der Kirchtür weg verhaftet. Pfarrer Führer kommt auf den Nikolaikirchhof und versucht zu vermitteln. Die Gottesdienstbesucher zerstreuen sich. Es kommt aber dennoch in der Nähe der Kirche sowie in Seitenstraßen zu 15 weiteren Zuführungen. Betroffen sind u.a. Carola Bornschlegel (Initiativgruppe Leben) und Rainer Müller vom AK Gerechtigkeit.

Später winkt Rainer Müller aus einem offenen Fenster des Polizeigebäudes in der Dimitroffstraße. Daraufhin wird er unter Schlägen und Fußtritten über einen Tisch gezogen und zur Tür geschleift. Im Flur des Polizeigebäudes wird er von vier Personen, die sich bei seiner Festnahme eine Stunde zuvor als Kriminalpolizei ausgewiesen haben, brutal zusammengeschlagen.

Nach seiner Entlassung sucht Rainer Müller einen Arzt auf und läßt sich seine Verletzungen bescheinigen. Später versucht er, Anzeige wegen Mißhandlung zu erstatten, doch er wird von den Behörden abgewiesen. Aufgrund der Vorfälle nach dem Gottesdienst intervenierte der sächsische Landesbischof Dr. Hempel bei den verantwortlichen staatlichen Stellen.

- f.w.s. -



Offener Brief an die Bevölkerung der DDR aus Anlaß des Kirchentages

Leipzig, den 6. 7. 1989

Mit großer Besorgnis beobachten wir die seit Wochen offen zu Tage tretende Gewalt staatlicher Organe in Leipzig. Gottesdienstbehinderungen, die Auflösung friedlicher Demonstrationen und die Einschränkungen der Rechte auf gesellschaftliche Mitbestimmung, freie Meinungsäußerung, Freizügigkeit und Verteidigung dienen nicht dem inneren Frieden.

Wer gegen friedliche Demonstrationen und freie Meinungsäußerung mit Gummiknüppeln, Hausarresten, vorläufigen Festnahmen, Strafbefehlen, Haftstrafen, Berufsverboten und Nötigung zum „freiwilligen" Verzicht auf das Recht auf Verteidigung vorgeht, macht sich des Machtmißbrauchs schuldig.

Die Folgen sind nicht nur ein weiterer Vertrauensverlust der Bevölkerung und die Verstärkung des Gefühles der Rechtsunsicherheit, sondern auch psychisch und physisch Verletzte.

Staatliche Entscheidungsträger, die, wie im Falle Swen Kulows, einen von Bereitschaftspolizei brutal mißhandelten friedlichen Demonstranten wegen Widerstandes gegen staatliche Organe und Beleidigung gerichtlich belangen wollen, müssen sich fragen lassen, ob die DDR überhaupt ein Rechtsstaat ist und wie es mit der Verhältnismäßigkeit der Mittel steht.



Oppositionsforderungen von '87 — noch heute nicht erfüllt

Der Verfassungsgrundsatz, daß Achtung und Schutz der Würde und Freiheit der Persönlichkeit für alle staatlichen Organe Gebot sind (Art. 19), wird genauso verletzt wie das Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 27), Versammlungsfreiheit (Art. 28) und freie Ausübung der Religion (Art. 39).

Die Angst der Regierung der DDR und der SED-Führung vor Reformen hin zu einer demokratischen Gesellschaft spiegelt sich aber nicht nur in den Repressionen gegen die Besucher des montäglichen Friedensgebetes und Leipziger Menschenrechtsgruppen wider, sondern auch in der moralischen und propagandistischen Unterstützung staatsterroristischer Regime, wie China und Rumänien, der offensichtlichen gezielten Wahlfälschung bei den Kommunalwahlen – in Leipzig wurden in den einzelnen Wahlbezirken von Menschenrechtsgruppen zwischen 8,2 und 11,7 % Nein-Stimmen sowie rund 9 % Nicht-Wähler registriert – und einer einseitigen, bevormundenden, beeinflussenden und zum Teil diffamierenden Berichterstattung in der gelenkten Presse der DDR.

Wir sind der Meinung, daß die Repressionen und propagandistischen Ausfälle der letzten Monate nicht zur Verbesserung des auf Grund der ökonomischen und ökologischen Probleme ohnehin gespannten innergesellschaftlichen Klimas beitragen.

Wir sehen durch die Verletzung der Wahrheit und der Gerechtigkeit die demokratische Öffentlichkeit und insbesondere auch die Verantwortung der Christen für die DDR herausgefordert und rufen sie deshalb dazu auf:

1. Gegen erlebtes und erfahrenes Unrecht einzustehen, indem Gemeindegruppen einzeln und in Gemeinschaft für jeden zu Unrecht Verfolgten Fürbitte halten und aktive Hilfe (Geldsammlung, seelischer Beistand) leisten.

2. Politisch aktiven Gemeindegruppen Kirchen und Räume für Fürbitt- und Informationsveranstaltungen zur Verfügung zu stellen, um unserer Verantwortung für die Welt in gewaltfreier christlicher Nachfolge gerecht zu werden. Insbesondere denken wir dabei an Informations- und Fürbittgottesdienste zur Situation der Menschenrechte in Rumänien, die Unterdrückung der türkischen Minderheit in Bulgarien, die Schauprozesse, Todesstrafen und Säuberungswelle in China und die anhaltenden Repressionen gegen Christen und Bürgerrechtler in der CSSR.

3. Um aus Angst und Fehlinformation erwachsene staatliche Gewalt und Mißverständnisse zu überwinden, sollte sich jeder an seinem Platz in die gesellschaftlichen Diskussionsprozesse einbringen und eine demokratische Gesellschaft mit aufbauen helfen.

Arbeitsgruppe Menschenrechte – Die Sprecher
Arbeitskreis Gerechtigkeit

d) Berichte aus der DDR

Stephan Bickhardt:

Das Jahrzehnt der Gruppenbildung

Einige Bemerkungen zur Eröffnung der Ausstellung „Gemeindegruppen in der DDR" (Golgathagemeinde Berlin, zur Zeit Adventsgemeinde Berlin)

1.- Ein Zentner Meinung (Einleitung)

Wer sich über die „Entwicklung der Gruppen in der DDR", so steht es im Programm für die nächsten Minuten, im Vollsinne des Wortes für auskunftsfähig hält, der müßte seit etwa zehn Jahren tagtäglich unterwegs gewesen sein. In Wohnungen, auf Straßen, in Kirchen und diversen Arbeitszimmern. Und überall dort, wo die vielen Initiativen ausgewertet wurden. Allein die Unikate von Initiativen, Briefen, Offenen Briefen, Anschlägen, Eingaben, Einladungen oder den Aufsätzen in selbstgefertigten Zeitungen und Zeitschriften und noch mehr die vielen öffentlichen oder unter Verschluß liegenden Berichte und Analysen über „die Gruppen" würden wohl einen Zentner frisches Papier ergeben. Leicht- und Schwergewichtiges wird zu finden sein. Wer wollte diesen Zentner vollständig zusammentragen?

Für mich persönlich sind „die Gruppen", die Rede ist hier ausschließlich von den sozialethischen Gruppen innerhalb und außerhalb der Kirche, weder nüchterner Forschungsgegenstand, noch Hätschelkind jonglierender, progressiver Kirchenpolitik. Vielmehr erlebe ich sie als ein Beziehungsgeflecht in sich, gleich einem Freundeskreis und untereinander konkurrierend als ein Gesamtgefüge, gleich einer undisziplinierten Partei ohne Steuermann. Aus diesem Geflecht heraus nun einige allgemeine und persönliche Bemerkungen.

2. Jede Gruppe hat ihre Geschichte, ihre Sozialisation

Im Herbst 1982 luden mich 2 Bekannte in ihre Hinterhofwohnung ein. Im Zimmer der jungen Frau hatten sich Freunde versammelt. Kerzen brannten, und ein Diawerfer wurde angestellt. In wenigen, etwas stokkenden Sätzen begründete die Frau: Die Dias von Hiroshima zeigen uns, was passieren kann, wenn wirklich atomare Raketen in den deutschen Staaten stationiert werden. Sie sprach in ihrer eigenen, persönlichen Sprache von Weltpolitik. Die vom Zeitungsdeutsch besetzte Sprache löste sich. Zwei weitere Frauen sprachen von Aufklärung, die nottut, von antimilitaristischer Erziehung. Entschiedenheit, Handlungswille stellte sich bei den Anwesenden ein. Ein Arbeiter lehnte in der Tür und sprach davon, daß er die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb satt hat. Keine Formeln mehr, jetzt will er sich mit Gleichgesinnten zusammenschließen. Später zog er sich zurück aus der Gruppe. Seine Frau, Geschichtslehrerin, und bald auch er fürchteten ihre Entlassung.

An diesem Abend, wie ich erst später merkte, war eine Friedensgruppe entstanden. Sie hatte nie einen Namen, sie hatte kein Programm. Trafen wir uns auf der Straße oder sonst irgendwo, hieß es immer: Kommst du in „die Gruppe" dann und dann? Die Mehrheit der fünfzehn in der Gruppe waren Christen. Aber nicht allein aus Rücksicht gegenüber den Nichtchristen schlossen wir uns keiner Gemeinde an. Wir wollten ausschließlich Selbstbestimmung. Die Wohnung wurde für zwei Jahre zum Versammlungsort. Nur die Meinungen in der Gruppe sollten unser Arbeitsprogramm legitimieren.

Heute frage ich mich, warum es zu dieser Art von Gruppenbildung und Sozialisierung – damals bildeten sich Dutzende Klein-Gruppen auf diese Weise – erst des Horrors bedurfte. Die atomare Frage konnten wir ja nicht eigentlich bearbeiten, es ging vielmehr um uns selbst im Angesicht dieser Frage. Selbstorganisation, jenseits der Institutionen, die die Krise nicht in den Griff bekommen würden – Familie und Staat, gesellschaftliche Organisationen, wie z.B. die Parteien und die Kirche, so meinten wir – wurde geprobt. Mit weichen Knien gingen wir mit eigenen Plakaten zu FDJ-Demonstrationen, lasen reihum dieselben Bücher, erarbeiteten Schautafeln zu Erziehungsfragen, bereiteten aufgeregt und heimlich ein Seminar vor, zu dem der Gießener Psychiater Horst-Eberhard Richter kam. Alles neue Schritte, ein Lernen in einer selbstbestimmten Gemeinschaft, soziales Lernen, Wahrnehmung politischer Verantwortung als Selbstfindung. Viele hier im Raum würden sich ähnlicher Gruppenbildungsprozesse erinnern.

Nach der Raketenstationierung 1984 fiel die Gruppe auseinander. Die Negativbilanz konnte sie nicht tragen, nicht ertragen. Entscheidend waren persönliche Gründe, jeder zog andere Konsequenzen. Aber die Mitglieder gingen gewandelt für ihr Leben aus dieser Gruppe heraus. Bis hin zur Berufswahl ließen sie sich beeinflussen. Heute sehe ich den einen als Berater bei der Ökumenischen Versammlung, die beiden Frauen in einer Frauengruppe, eine andere arbeitet inzwischen als kirchliche Fürsorgerin, die nächste als Kindergärtnerin beim Staat, zwei weitere arbeiten in freien Experimentaltheatergruppen, zwei treffe ich bei Aktion Sühnezeichen usw.

Ich berichte so ausführlich von diesem Beispiel, weil ich daraus grundsätzliches über die Entwicklung und Sozialisation der Gruppen in den 80er Jahren ableiten möchte. Denn alle Gruppen durchlaufen diese 1. Stufe der Sozialisation. Ursprünglich denkt,

lebt, arbeitet jede Gruppe für sich allein, für sich selbst. Das innerste Ziel der Gruppenbildung ist: gegenseitig Solidarität gewähren und erfahren angesichts irgendeiner schweren Bedrohung. Die Enttäuschung über eine Institution, in der man versuchte, aktiv zu sein, weckt zunächst die Bereitschaft, eine Gruppe zu gründen. Die Parteidisziplin in der SED, der langweilige Gemeindekirchenrat, die ergebnislosen Diskussionen im FDGB, der Hinauswurf aus dem Studium, die kompromißlerischen Beschlüsse einer Synode. Die Solidarisierung Einzelner ist also die entscheidende Tatsache bei der Entstehung von Gruppen. Daher erklärt sich auch, warum bei den Gruppen nichts besser funktioniert als die Solidarisierung untereinander. Vorausgesetzt ist wieder das Erlebnis einer massiven Bedrohung. So war es etwa nach den Verhaftungen von Gruppenmitgliedern im Februar 1988.

3. Die Gesamtheit der Gruppen und die Stufen ihrer Selbstorganisation

Ich will nun noch kurz die weiteren Stufen der Gruppenbildung und Sozialisation nennen. Dies ist darum wichtig, weil wir so ein Urteil über die reale gesellschaftspolitische Bedeutung der Gruppen gewinnen können. Will also eine Gruppe nicht mehr primär für sich selbst da sein, tritt sie auf die 2. Stufe der Sozialisation. Ihre Mitglieder sprechen durch Aktionen andere an: Gottesdienste, Gemeindeabende, Ausstellungen usw. Dies geschieht begrenzt im weiteren Bekanntenkreis, meistens in der Kirchgemeinde am Ort. Auf der dritten Stufe der Sozialisation beginnt die Vernetzung. Das heißt, der Gruppe genügen nicht mehr die Reaktionen von Gemeindegliedern als Bestätigung, Kritik und Impuls für ihre Friedensarbeit. Sie brauchen den Austausch mit anderen, nehmen deren Arbeitsergebnisse auf, suchen Öffentlichkeit in Kirchenzeitungen und Westmedien. Auf dieser Stufe der Sozialisation finden sich die großen Gemeindegruppen mit Untergruppen, so z.B. der Friedenskreis der Samaritergemeinde oder auch Initiativgruppen bzw. Einzelinitiativen, wie z.B. die Initiative »Sozialer Friedensdienst«. Auf der vierten Stufe der Sozialisation bilden die Gruppen feste Netzwerke; aus Regionen oder aus dem ganzen Land versammeln sich die Mitglieder, koordinieren sich, geben Informationsblätter heraus, z.B. der Arbeitskreis »Solidarische Kirche«. Die fünfte Stufe der Gruppenbildung ist in der DDR noch nicht erreicht worden. Dies wäre m.E. die Bildung landesweiter, unabhängiger basisdemokratischer politischer Vereinigungen mit Programm und Statut und mit dem zu vertretenden Anspruch auf legale Betätigung in der Öffentlichkeit. Dazu am Schluß einige Worte.

Die erste Stufe der Gruppenbildung durchlaufen alle Gruppen. Bleiben sie dort stehen, hören wir wenig von ihnen. M.E. gibt es weit mehr solcher Gruppen als wir ahnen, vor allem in Zirkeln. Kürzlich hörte ich von einer Gruppe, Absolventen der Kulturwissenschaft, die sich reihum in ihren Wohnungen selbst weiterbilden. Zur Zeit sind sie bei der Aufarbeitung des Prager Frühlings 1968.

Wir sind nun gewohnt, die etwa 350 faßbaren Gruppen nach ihrer thematischen Arbeit oder der Gruppenzusammensetzung zu untergliedern: Frieden, Ökologie, Menschenrechte, 2/3-Welt, Frauen, Homosexuelle u.a. Soll aber ihre politische Bedeutung und ihre gesellschaftlich-soziale Funktion erfaßt werden, so unterscheide ich die Gruppen gemäß den weiteren Stufen der Sozialisation in 1) Gemeindegruppen, 2) Großgruppen mit Untergruppen und Initiativgruppen, 3) Netzwerkgruppen, 4) Vereinigungen.

Die Gemeindegruppen, betreiben sie nun Ökologie-, Menschenrechts- oder Friedensarbeit, sind inzwischen fester Bestandteil der Kirche, ein Schatz für die lebendige Gemeinde, gegen den Mief der Gewöhnung, aber auch nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber den Traditionen der Kirche. Ihre unumstrittene Funktion haben sie als Vorbereitungskreise für die Friedensdekade. Politisch gesehen, sind sie jedoch meist von geringer Bedeutung.

Anders schon die Initiativgruppen und Großgruppen. Sie sind im allgemeinen bekannter als die Gemeindegruppen und versuchen konsequent theoretische Arbeit mit gezielten öffentlichen Aktionen zu verbinden: die Dresdner Initiativgruppe »Sozialer Friedensdienst«, Initiative »Frieden und Menschenrechte«, »Gegenstimmen«, Initiativgruppe »Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung«, die Leipziger Gruppen, die jüngst Schlagzeilen machten, u.a. Diese Gruppen zielen auf politische Wirkung mit ihren Aktivitäten, mit denen sie häufig lange das Bewußtsein vieler Menschen befassen. Die Initiativgruppen und die Netzwerkgruppen – ganz im Unterschied zu den Gemeindegruppen – bestimmen im Westen das Bild von den Gruppen in der DDR.

Die Netzwerkgruppen nun bilden eine neue Qualität der Selbstorganisation. Ihnen genügt nicht mehr der Erfolg einer einzelnen Initiative. Sie wollen Strukturen wandeln und bilden Gegenstrukturen: INKOTA, Solidarische Kirche, Netzwerk Arche, Kirche von unten. Ihr Anspruch ist noch nicht eingelöst, sie sind noch im Aufbau befindlich. Die Kirchenleitungen tappen hier im Dunkeln. Sollen wir sie kirchenrechtlich anerkennen, gar beim Bund der Evangelischen Kirche akkreditieren? Der Staat sieht in den Netzwerkgruppen Vorformen unabhängiger Vereinigungen, und er sieht richtig. Es wird spannend sein, wie sich diese Gruppen in diesem Jahr entwikkeln werden.

4. Und die 90er Jahre (Schluß)

Das Jahrzehnt der Gruppen geht zu Ende. Zwar wird es noch weiterhin Gruppenbildungsprozesse, besonders auf den ersten Sozialisationsstufen geben. Jedoch der Reiz des Neuen – die Gruppen als etwas charakteristisch Neues – wird sich verlieren. Selbstverständlicher als bisher werden sich zukünftig spontan Kleingruppen u.a. finden, vermutlich zunehmend auch außerhalb der Kirche. Aber im Blick auf die gesellschaftspolitische Erneuerung in den 90er Jahren werden sie nicht bestimmend oder gar maßgeblich werden. Vielmehr werden schon jetzt in den Gruppen Ziele, die sich auf die Entwicklung der DDR im europäischen Kontext beziehen (z.B. Demokratisierung, Presse- und Versammlungsfreiheit, Grundrecht auf freies Reisen), formuliert, die aus sich heraus die gewohnten und vertrauten Sozial- und Organisationsstrukturen aufbrechen. Man denke nur an den Boom von Papieren und Informationsblättchen oder an die Friedens- und Ökologiebibliotheken in Kirchgemeinden.

Schauen wir uns um und verstärken nicht die Isolation und Abgrenzung der DDR. In Litauen wurde gerade ein katholischer Frauenverband gegründet, in der CSSR ein Verein ehemaliger Parteimitglieder »Wiedergeburt«, in der VR Ungarn der Jugendverband FIDESZ / »Demokratische Jugend«. In Polen zieht »Solidarność« ins Parlament ein, und in Moskau kandidiert Sacharow neben Jelzin für den Volkskongreß. Das ist der Atem der Geschichte in den osteuropäischen, sozialistischen Ländern. Warum sollte es zukünftig in der DDR nicht eine Liga für demokratische Reformen oder andere Vereinigungen geben?

Vorerst wird es dabei bleiben, die Unzufriedenen suchen weiter den Frieden, die Ohnmächtigen lassen ihren Willen bei den Mächtigen registrieren – spontan, kreativ, überraschend, aufregend.

Die Ausstellung ist ein guter Beleg dafür.

Müllimporte der DDR

Müllimporte der DDR finden auf drei Arten statt:

1) Müll aller Art von Westberlin in die DDR (Bodenaushub, Bauschutt, Haus- und Sondermüll)

2) Sondermüll aus Westdeutschland über Westberlin in die DDR (Klärschlamm, verunreinigte Böden)

3) Sondermüll aus Westdeutschland und dem westlichen Ausland nach Schönberg

Zu 1):

Seit 1968 wird aus Westberlin Müll in die DDR gebracht. Zunächst waren es Bodenaushub und Bauschutt, die auf verschiedene Kippen nahe der Westberliner Grenzen gebracht wurden (1968 bis 1972).

Ab November 1972 bis 1974 wurde Hausmüll auf die „Deponie" Groß-Ziethen gebracht.

Im Dezember 1974 wurde zwischen Westberlin und der DDR – vertreten durch die Firmen Berlin-Consult und Bergbau-Handel, später Intrac, ein auf 20 Jahre angesetzter Vertrag über die Verbringung von Müll in die DDR abgeschlossen. (Der Wortlaut des Vertrags ist nicht veröffentlicht.) Es wurde, auch preislich, zwischen Bauschutt und Siedlungsabfällen unterschieden. Sondermüll wurde nicht extra berücksichtigt, – er läuft unter „Siedlungsabfällen".

Seinerzeit wurden die „Deponien" Schöneiche (Bauschutt, Haus- und Sondermüll), Vorketzin (Haus- und Sondermüll) und Deetz (Bauschutt) von der DDR errichtet und von Westberlin bezahlt (ca. 100 Mio. DM incl. Infrastrukturmaßnahmen). Je abgelieferte Tonne Hausmüll (und Sondermüll!) erhält die DDR heute etwa 40 DM/t, für Bauschutt ca. 15 DM/t.

Zur Zeit werden etwas über 1 Mio. Tonnen/Jahr an Haus- und Sondermüll (über den Sondermüllanteil liegen unterschiedliche Zahlen vor: 40 000 t laut Senat, bis 140 000 t laut AL) und ca. 2 Mio. Tonnen/Jahr Bauschutt verbracht.

„Deponie" Vorketzin

Hier – etwa 2 km nördlich des Städtchens Ketzin, Kreis Nauen –, wurden alte Tongruben zu dieser Deponie umgerüstet. Die Anlage steht in einer kleinen Talsenke, in der sich die Sedimente eines verlandeten Sees abgelagert hatten, die später abgebaut wurden. Der Grundwasserspiegel ist nur wenige Dezimeter unter Gelände – am Südrand der „Deponie" kann dies beobachtet werden. Damit ist zu vermuten – und wird von der AL unwidersprochen behauptet –, daß die Sohle der „Deponie" im Grundwasser steht. Eine Basisabdichtung, die das Grundwasser vor den Deponiesickerwässern schützen soll, ist nicht eingebracht worden.

Auf der „Deponie" wurden zunächst Haus- und Sondermüll unsortiert abgekippt. Später wurde (und wird heute) Sondermüll in den in Hausmüll gegrabenen Kassetten eingebracht. Dies sieht so aus, daß in den bereits daliegenden Hausmüll ca. 50 mal 20 mal 3 m große Löcher gegraben werden, der freigelegte Hausmüll verdichtet wird und dann der Sondermüll hineinkommt. Das Ganze wird dann von einer ca. 50 cm starken Tonschicht abgedeckt, über die wieder Hausmüll kommt, usw...

Die „Deponie" hat ein geplantes Schüttvolumen von 16 Mio. t, die bis 1994 – zum Auslaufen des Müllvertrages – erschöpft sein sollen.

„Deponie" Schöneiche

Sie liegt etwa auf halbem Weg zwischen den Ortschaften Schöneiche und Mittenwalde. Der geologische Untergrund besteht aus quartären (eiszeitlichen) Dünensanden, die anscheinend hier auch abgebaut wurden. Das Grundwasser befindet sich ca. 2 m unter Flur. Auch hier ist von einer Basisabdichtung nichts bekannt. Die „Deponie" hat ein geschätztes Schüttvolumen von ca. 25 Mio. t., die – auch geschätzt – zu einem Drittel verfüllt sind. Es werden alle Arten von Müll abgelagert; über die Art der Ablagerung ist nichts bekannt.

„Deponie" Deetz

Auf diese direkt an der Havel gelegene „Deponie" wird Bauschutt gebracht, der mit dem Schiff von Westberlin angeliefert wird. Näheres ist nicht bekannt.

Sondermüllverbrennungsanlage Schöneiche

1984 wurde über den Müllvertrag – er hatte Halbzeit – nachverhandelt. Dabei stellte sich für die Vertragspartner folgende Situation: Die Müllmengen in Westberlin stiegen nicht so stark wie 1974 erwartet und im Vertrag festgeschrieben, so daß Westberlin für nicht gelieferten Müll Vertragsstrafen drohten. Andererseits verschob sich das Verhältnis Haus- zu Sondermüll derart in Richtung Sondermüll, daß die DDR ihr anscheinend sorgsam ausgeklügeltes Gleichgewicht in Gefahr sah. Als Konsequenz daraus wurde die Sondermüllverbrennungsanlage Schöneiche geplant und 1986-88 gebaut – sie hat um den 1. November herum ihren Probebetrieb aufgenommen. In der Anlage sollen organische Sonderabfälle verbrannt werden. Die Anlage ist mit einer quasitrockenen Rauchgasreinigung ausgestattet (Bindung der Abgase an Kalk), die bei festen Substanzen (Schwermetallen) noch halbwegs gut arbeitet, bei gasförmigen und organischen Substanzen jedoch weitgehend versagt. Eine solche Filteranlage ist nicht mehr der neueste Stand der Technik und würde in der BRD wahrscheinlich an der TA Luft scheitern.

Die Stärke einer Quasitrockenreinigung kann aber nicht ausgenutzt werden, da schwermetallhaltige Abfälle nicht verbrannt werden – sie sollen weiterhin auf die Kippe. Es ist auch wenig sinnvoll, Schwermetalle zu verbrennen, denn auch bei 1 400 Grad bleibt Cadmium Cadmium. Für unverbrannte organische Abfälle – und die werden in Schöneiche anfallen – ist die quasitrockene Rauchgaswäsche ungeeignet.

Westberlin hat die Investitionskosten für die Sondermüllverbrennungsanlage übernommen – ca. 70 Mio. DM –, die DDR hat die Betriebskosten zu tragen. Sie erhält die üblichen ca. 40 DM/t. Ob für diesen Preis die Anlage halbwegs umweltgerecht gefahren werden kann (Einhalten von Mindestverbrennungstemperaturen und Verweildauer der Abfälle im Ofen) darf bezweifelt werden. Als Brennstoff soll einerseits Deponiegas von der „Deponie" Schöneiche, andererseits Heizöl (laut Umweltsenator Starnick) verwendet werden. Die Rückstände der Verbrennungsanlage (Schlacken, Filterstäube) sollen auf die „Deponie" Schöneiche gebracht werden. Eine andere Auskunft wurde auf einem Hearing für kirchliche Mitarbeiter in Mittenwalde im April 1988 gegeben, derzufolge die Rückstände in einem Salzbergwerk sicher gelagert werden sollen. Die Technologie zur Einschließung der (hochwasserlöslichen) Filterstäube werde bis zur Aufnahme des Probebetriebes entwickelt werden. Inzwischen wurde von der Berlin-Consult die Lagerung der Verbrennungsrückstände in einer auf dem Gebiet der „Deponie" Schöneiche zu errichtenden Monodeponie angekündigt.

Zu 2)

Anfang 1988 wurde bekannt, daß westdeutscher Sondermüll – es handelte sich um Klärschlämme und verunreinigten Boden – von Westdeutschland per Schiff nach Westberlin und von dort per LKW nach Schöneiche und Vorketzin gebracht wurden. Es handelte sich um einzelne Chargen von jeweils ca. 10 000 t von den Firmen Daimler Benz und Hoechst.

Diese Lieferungen wurden anschei-

nend direkt zwischen den Firmen und der DDR vereinbart; über die Konditionen ist nichts bekannt.

Man war jedoch wohl zufrieden, denn die Firma Hoechst will jetzt 2,5 Mio. t Klärschlämme ab 1989 über 10 Jahre verteilt nach Schöneiche bringen (wenn die firmeneigene „Deponie" Asla bei Gießen voll ist). Ein entsprechender Antrag ist beim für die Exportgenehmigung zuständigen Regierungspräsidenten in Darmstadt anhängig. Auch das Land Hessen will in Zukunft mit mehreren 100 000 t/a Hausmüll dabeisein.

Zu 3)

1980 stieg die DDR mit der Eröffnung der „Deponie" Schönberg im Grenzgebiet bei Lübeck dicke ins Müllgeschäft ein. Hier war es eine westdeutsche Firma, die »Hanseatische Baustoffkontor« in Bad Schwartau, die Kapital und – nicht zuviel – Know-How stellte; die DDR stellte die Arbeitsleistung – ein klassisches Joint-Venture-Unternehmen. Die »Hanseatische Baustoffkontor« ist mit geschätzten 5-10 % des Umsatzes dabei. Die „Deponie" liegt auf Geschiebemergel, der mit Sandlinsen durchsetzt ist, also auf nur beschränkt naturdichtem Untergrund. Es ist eine 50 cm starke Basisabdichtung aus verdichtetem Geschiebemergel eingebracht worden. Über den Abstand des Grundwassers zur Deponiesohle ist nichts bekannt. Das Grundwasser fließt wahrscheinlich nach Westen, d.h. Richtung Lübeck.

Zusätzlich zur Basisabdichtung ist eine Sickerwasserdrainage eingebaut worden, über deren Funktion und Tauglichkeit allerdings ebenso wenig bekannt ist, wie über die Art der Sikkerwasserbehandlung. Es erscheint jedoch zweifelhaft, daß diese Maßnahmen geeignet sind, langfristig Verunreinigungen vom Grundwasser und damit vom Lübecker Trinkwasser fernzuhalten.

Geliefert werden kann bis auf Atommüll fast alles. Die noch zulässigen Grenzwerte für Giftstoffe liegen um einiges höher als in Westdeutschland, zusätzlich darf gemischt werden. Ein Beispiel: über den Soll mit PCBs belasteter Müll wird mit stark Cadmiumhaltigem Müll vermischt, bis für beide Stoffe die Maximalwerte erreicht sind. Auch dieses ist in Westdeutschland nicht (mehr) zulässig.

Die Preise liegen je nach Giftgehalt der Abfälle bei 130-200 DM/t, je nach Abfall und Art der Entsorgung.

Und alle kommen. Jährlich werden etwa 1 Mio. t Sondermüll nach Schönberg geschafft, das sind ca. 20 % des insgesamt in Westdeutschland anfallenden Sondermülls. Er kommt aus allen Bundesländern, mit Ausnahme von Bayern und Rheinland-Pfalz. Ferner kommen Hausmüll aus Schleswig-Holstein und der gesamte Hamburger Hausmüll und Hafenschlick nach Schönberg. Auch andere westeuropäische Länder, unter anderen Österreich, Frankreich, Belgien und Holland, liefern nach Schönberg.

Zum Schluß noch eine politische Bewertung des Müllimports der DDR:

Schönberg ist ebenso wie die „Berliner" Kippen Platz, um Sondermüll loszuwerden. Solange diese Schlupflöcher existieren, stehen sie umweltverträglicheren, aber eben auch teureren Verfahren der Müllbeseitigung sowie Ansätzen zur Müllvermeidung im Wege. Solche Exporte/Importe gehören verboten. Da die DDR kaum gewillt sein wird, einer sauberen Umwelt zuliebe auf die leicht verdienten Devisenmillionen zu verzichten, ist hier der westdeutsche Gesetzgeber gefragt. Das heißt, die einschlägigen Paragraphen des Abfallgesetzes müssen konsequent eingehalten werden (z.B. die Vorschrift, daß exportierter Müll *„ordnungsgemäß zu beseitigen"* ist, muß schärfer überprüft werden), oder verschärft werden (der Absatz, daß vom Müllexport keine Gefahr für's Allgemeinwohl ausgehen darf, schützt zur Zeit nur Bürger der BRD). Er muß sinngemäß auch für die Bürger der betroffenen Länder wirksam werden, da westdeutscher Sondermüll mittlerweile weltweit verteilt wird.

Für den von Westberlin exportierten Müll gilt sinngemäß zwar auch das oben gesagte. Es sind jedoch einige Anmerkungen zu machen.

Es gibt heute wohl keine Stadt auf der ganzen Welt, die ihren Müll im Stadtgebiet lagert. Alle benutzen ihr Umland dazu. Lediglich in Westberlin fällt das besonders auf, da dies hier gleichbedeutend mit Export ist.

An Standorte von Deponien werden heute zwei Anforderungen gestellt. Zum einen sollen sie einen Mindestabstand von ca. einem Kilometer zu besiedelten Gebieten einhalten (um Lärm- und Geruchsbelästigung für die Anwohner möglichst gering zu halten), zum anderen sollten sie auf geologisch dafür geeignetem Untergrund errichtet werden, das heißt auf naturdichtem Material (Tone) und mit einem möglichst großen Abstand zum Grundwasser.

Beides wäre in Westberlin, wenn überhaupt, nur unter Preisgabe von Naherholungs- und/oder Wasserschutzgebieten möglich. Da die DDR nach diesen Anforderungen günstigere Standorte bieten könnte, ist gegen eine Zusammenarbeit prinzipiell nichts zu sagen. NUR: Nicht so, wie dies heute geschieht. Weder Vorketzin noch Schöneiche sind geologisch geeignete Deponiestandorte. Auch technisch sind sie längst veraltet. Heute zu bauende Deponien müssen eine Basisabdichtung, eine Sickerwassererfassung und -behandlung und eine Vorbehandlung der zu deponierenden Abfälle zur chemischen Stabilisierung haben. Dies kostet aber Geld, und solange die DDR auch für Westberliner Müll eine einfache und billige „Lösung" anbietet, wird sich nicht viel tun. Auch auf der Schiene, die am dringendsten zu benutzen wäre: den Müll soweit wie möglich zu vermeiden.

(Quelle: »Umweltblaetter« 3/89)

Neue West-Mülldeponie in Thüringen?

Wie wir aus einem Info-Blatt der »Arche« erfahren, soll im Bezirk Suhl zwischen den Ortschaften Marisfeld, Schmeheim und Dillstädt eine neue Westmüll-Deponie errichtet werden.

In einer Gemeindeveranstaltung in Marisfeld am 12. April, deren Termin nicht öffentlich bekannt war, fanden sich trotzdem 150 Bürger ein, um besorgte Fragen zu stellen. Die Offiziellen konnten, wie gehabt, versichern, daß alles sicherer denn je ist.

Die Deponie, auf der Haus- und Industriemüll gelagert werden soll, könne zu keiner Beeinträchtigung des Grundwassers führen, weil zur Abdichtung 20 000 LKWs Tonerde aus dem Bereich Marisfelde verwendet werden. Auch später werde ständig Tonerde zur Schichtung verwendet.

Nur, daß nach Kenntnis der Umwohnenden in der Umgebung eben nur steinige Lehmerde zu finden ist. Daß unter dem Tal, in dem die Deponie liegen soll, nach Untersuchungen von 1949 unterirdisch das Flüßchen Spring verläuft, wird von den Experten geleugnet. Nichts wissen sie auch mehr davon, daß vor Jahren ein Talsperrenbau in diesem Gebiet an der Durchlässigkeit des Bodens scheiterte.

Die staatlichen Stellen haben nicht die Absicht, auf die Lebensinteressen der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen: *„Auch wenn die Bürger dagegen sind, diese Deponie wird gebaut."* Unter dem Siegel der Verschwiegenheit heißt es, daß es um mehr ginge, als man den Bürgern sagt. Um Devisen? **a.b.**

(Quelle: »Umweltblaetter« 5/89)

e) Dialog

Erklärung zur Gründung des Arbeitskreises Gesundheit Ost/West

1. Jeder Mensch hat das Recht auf ausreichende gesundheitliche Versorgung und gleiche medizinische Hilfe nach dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand, die unabhängig von seiner Stellung in der Gesellschaft und seines Wohnortes zu gewährleisten ist. Auch das Einkommen des Einzelnen darf nicht entscheidend für die gesundheitliche Versorgung sein. Der Staat ist verantwortlich zur Schaffung der personellen und materiellen Voraussetzungen für die Verwirklichung dieses demokratischen und sozialen Rechts.

2. Wir erleben heute, daß dieses Recht immer weniger gewährleistet wird.

Im Westen wird die Gesundheitsversorgung immer stärker der Rentabilität im Interesse des Profits unterworfen. Kranksein wird wieder „bestraft". Die Teilnahme der Unternehmer an der Verwaltung der Krankenkassen hat auch schon bisher zu einer starken Betonung der Rentabilitätsgesichtspunkte geführt. Die Gesundheitsreform stellt nun eine ausreichende gesundheitliche Versorgung direkt in Frage. Der akute Pflegenotstand ist nur eine Auswirkung dieser Politik. Das Recht auf Gesundheit ist bedroht.

In der DDR, wo jede demokratische Kontrolle fehlt, war die gesundheitliche Versorgung immer von der Stellung in der Gesellschaft abhängig. Politisch Privilegierte haben eigene Krankenhäuser, eigene Ärzte, eigene Pflegeheime, so z.B. verfügen das Ministerium des Inneren, die Volkspolizei und die SDAG-Wismut über eigene Einrichtungen, die eine bessere Gesundheitsversorgung gewährleisten. Aber auch sonst ist die gesundheitliche Versorgung von den „Beziehungen" abhängig, über die der Einzelne verfügt. Der Bankrott der bürokratischen Verwaltung und der Zwang, teure Ausrüstungen und Medikamente aus dem Westen zu beziehen, führt nun dazu, daß auch in der DDR Rentabilitätsgesichtspunkte einen immer größeren Raum einnehmen. Die Veralterung der medizinisch-technischen Ausstattung, das Fehlen von Medikamenten, der akute Pflegenotstand, haben heute zu einer Situation geführt, in der die breite gesundheitliche Versorgung kurz vor einem Kollaps steht.

Wenn die gesundheitliche Versorgung der Menschen in Ost und West bedroht ist, ist eines der entscheidenden Rechte der Menschen faktisch außer Kraft gesetzt.

3. Wir sind alles Beschäftigte im Gesundheitswesen, sei es als Ärzte/Ärztinnen, als KrankenpflegerInnen, als MitarbeiterInnen im technischen Bereich. Wir alle sind der Meinung, daß die Gesundheitsversorgung allen dienen muß, entsprechend ihren Bedürfnissen.

Wir sind BürgerInnen, die in der DDR leben, die ehemals in der DDR und heute in Westdeutschland leben, und BürgerInnen aus Westdeutschland. Wir wollen die bestehende Spaltung überwinden. Wir protestieren dagegen, daß ehemalige BürgerInnen aus der DDR heute in der Bundesrepublik als billige Arbeitskräfte in entrechteten Arbeitsverhältnissen eingesetzt und so dazu mißbraucht werden, die bestehenden sozialen und tariflichen Rechte in der Bundesrepublik auszuhöhlen. Wir sind dagegen der Meinung, daß allen die gleichen sozialen und demokratischen Rechte zustehen.

Wir sehen insbesondere die Verantwortung bei der Arbeiterbewegung und ihren Organisationen, von SPD und Gewerkschaften, die Einheit der Kollegen herzustellen und eine einheitliche gesundheitliche Versorgung zu garantieren.

Wir meinen, daß nur eine gewerkschaftliche Organisierung der Kollegen/innen in Ost und West und eine Politik, die sich an den Interessen der Arbeiter in Ost und West orientiert, das soziale und demokratische Recht auf gesundheitliche Versorgung garantieren kann.

4. Unsere erste Aufgabe sehen wir in der Organisierung eines Informationsaustauschs und der Diskussion untereinander. Diese kennt keine Grenzen. Wir sehen deshalb unsere Aufgabe darin, den Kontakt zwischen den Kollegen/innen in den Ländern Europas zu organisieren, auch über die Grenze zwischen Ost und West hinweg.

Aus der Diskussion sollen Möglichkeiten zum gemeinsamen Handeln entwickelt werden.

Das Ergebnis des Diskussion soll ein Weißbuch zum Gesundheitswesen sein, welches wir breit zur Diskussion stellen. Zur Vorbereitung eines solchen Weißbuches soll in unregelmäßigen Abständen ein »Bulletin zur Entwicklung eines Weißbuchs zum Gesundheitswesen« erscheinen. (...)

Wichtige Fragen in dieser Diskussion sind:

* Die derzeitige Praxis der Gesundheitsversorgung in materieller und personeller Hinsicht.
* Die Rolle der kirchlichen Institutionen in Ost und West
* Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften in Ost und West

Wir rufen alle Kollegen/innen in Ost und West auf, mit Beiträgen an dieser Diskussion teilzunehmen.

Um diese Diskussion zu führen, haben wir uns in einem Arbeitskreis Gesundheitswesen Ost/West zusammengeschlossen.

(*Unterzeichnet wurde dieser Text von KollegenInnen aus der DDR, aus der Bundesrepublik und ehemaligen BürgerInnen aus der DDR, die heute in der Bundesrepublik leben.*)

Zuschriften bitte an die Redaktion des »Ost-West-Diskussionsforum«, die sich bereit erklärt hat, diese weiterzuleiten.

Streikrecht und unabhängige Gewerkschaften in der DDR und die Verantwortung der IG Metall

Köln, den 7. 9. '89

Der Vorsitzende de IG Metall, F. Steinkühler, hat sich in einem Interview der »Neuen Osnabrücker Zeitung« für das Streikrecht in der DDR ausgesprochen. Gewerkschaften ohne Streikrecht seien nichts anderes als Papiertiger, sagte er in diesem Zusammenhang.

Für jeden Gewerkschafter ist vollkommen klar, daß das Streikrecht untrennbar mit dem Recht auf unabhängige gewerkschaftliche Organisierung und unabhängige Gewerkschaften verbunden ist.

So sehen wir in der Änderung des § 116 des AFG nicht nur einen Angriff auf das Streikrecht als solches, sondern zugleich einen auf die Unabhängigkeit unserer Gewerkschaft schlechthin.

F. Steinkühler ist für seine Aussage in der Presse des FDGB in der DDR hart angegriffen worden. Die Schreiberlinge verbinden in bekannt diffamierender Manier das Streikrecht der Arbeiter in Osteuropa und der DDR mit der *„Herstellung von kapitalistischen Besitzverhältnissen"* (»Tribüne«, 26. 6. '89). Entsprechend setzen sie dem *„Ratschlag"* Steinkühlers *„die eiserne Entschlossenheit"* gegenüber, *„das Rad der Geschichte nicht rückwärts rollen zu lassen"*.

Angst der FDGB-Führung vor unaufhaltsamer Veränderung

Ein Blick nach Osteuropa und in die Sowjetunion läßt uns schnell die kalte Angst erkennen, mit der die FDGB-Spitzenfunktionäre auf die Frage des Streikrechts reagieren. Die Streiks dort finden im Kampf gegen die katastrophalen Folgen bürokratischer Planwirtschaft, die Unterversorgung der arbeitenden Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Gütern und die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen statt.

Diese Streiks haben bekanntlich in mehreren Ländern Osteuropas, wie mit der Solidarność in Polen, wie in Ungarn und Rumänien, unabhängige Gewerkschaften als unabhängige Interessenorganisationen der Arbeiter geboren. Die Kollegen in den sowjetischen Kohlebecken haben für die Erfüllung ihrer ganz elementaren Forderungen Streikkomitees gegründet, die auch nach der befristeten Aussetzung des Streiks weiterexistieren, um die Erfüllung der Forderungen zu kontrollieren.

Diese Situation treibt natürlich der FDGB-Führung den Angstschweiß auf die Stirn. Sie wissen genau, daß eine solche Entwicklung – Streiks der Arbeiter und die Bildung unabhängiger Gewerkschaften in der DDR – mit der Existenz des FDGB als staatliche Zwangs„gewerkschaft" unvereinbar ist.

Die FDGB-Oberen aber werden selber wohl wissen, daß die DDR den unaufhaltsamen Veränderungen in Osteuropa aufgrund der Initiative der arbeitenden Menschen nicht entgehen kann und wird.

Dem scheint auch J. Töpfer, stellvertretende FDGB-Vorsitzende, Rechnung tragen zu müssen, als sie, von der »Metall« vom 25. 8. '89 zitiert, in der »Tribüne« schreibt: *„Als wirklicher Herr im Haus kann sich der Arbeiter doch nur dann fühlen, wenn er in seinem unmittelbaren Arbeitsmillieu Einfluß auf Entwicklung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ausübt ... Als Herr im Haus fühlt er sich nur dann, wenn sein Wort etwas gilt, wenn man ihm zuhört..."*

Ja, „Herr im Haus", das setzt aber gerade das demokratische und gewerkschaftliche Recht auf freie und unabhängige gewerkschaftliche Organisierung voraus. Und die Arbeiter in Osteuropa, und nicht nur da, haben oft genug die Erfahrung gemacht, daß man ihnen nur dann „zuhört", wenn sie ihrem „Wort" durch entsprechende Streikmaßnahmen Gewicht und Respekt verschaffen.

Der *„Einfluß auf die Entwicklung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft"* verlangt das Recht auf freie Meinung, Versammlung, auf Streik und schließlich auf unabhängige Gewerkschaften. Nur so ist für die Arbeiter eine Kontrolle über die Arbeits- und Lebensbedingungen möglich.

Ein DDR-Kollege: „Wir brauchen den Schutz der IGM"

In einem Interview der »Freien Tribüne für Arbeitnehmerpolitik« vom 18. 8. '89 stellt ein DDR-Kollege als Ursache für die massenhafte Flucht- und Ausreisewelle aus der DDR die gesellschaftliche Situation, wirtschaftliche und politische Unzufriedenheit der Menschen heraus.

Er fährt, auf die Aussage von Steinkühler zum Streikrecht in der DDR angesprochen, fort: *„Das ist wirklich eine zentrale Sache. Wir brauchen die Koalitionsfreiheit und unabhängige Gewerkschaften, damit wir Arbeiter unsere Interessen vertreten können. Da liegt so viel im argen, z.B. die Flexibilisierung, Löhne, oder was ihr ›entrechtete Arbeit‹ nennt (...). Ich meine, wenn Steinkühler so etwas sagt, dann muß die IGM auch etwas dafür tun. Partnerschaften mit Betrieben halte ich für sehr gut. Wenn wir unter dem Schutz der IGM stehen, haben wir natürlich ganz andere Möglichkeiten."*

Der Kollege weist auf die Verantwortung der IGM hin.

Für uns Metaller ist Gewerkschaftsfreiheit unteilbar, auch und gerade in einem geteilten Land.

Denn hier erfahren auch wir Kollegen in Westdeutschland die Unterdrückung unabhängiger Gewerkschaften in der DDR am eigenen Leibe. Denken wir nur an den bekannten, illegalen Stahlhandel und die wenigen offiziell bekannten Handelsverbindungen der großen Stahlkonzerne mit der DDR. Da werden Stahlkollegen als Billigarbeiter für die Rohstahlproduktion für Hoesch, Krupp, Thyssen... eingesetzt. Für dieselben Konzerne, die hier gestützt auf diesen schäbigen Handel unsere Arbeitsplätze vernichten.

Oder führen wir uns die Schande vor Augen, daß DDR-Kollegen als Leiharbeiter zu unwürdigen Bedingungen und Niedrigstlöhnen von westdeutschen Unternehmern angemietet werden.

Dieses Zusammenspiel zwischen Kapital und Bürokratie zielt auf die Errungenschaften der Arbeiter in Ost und West ab, nicht zuletzt auf unsere kollektiven gewerkschaftlichen und Arbeitsschutzrechte in der Bundesrepublik.

Der Kollege aus der DDR hat recht.

Die Arbeiter in der DDR brauchen das Recht auf Streik und unabhängige Gewerkschaften – und wir im Westen mit ihnen, weil wir gemeinsam mit ihnen betroffen sind.

Deswegen ist es die Aufgabe und Verantwortung unserer Gewerkschaft, der IGM, für die Zulassung unabhängiger Gewerkschaften in der DDR und den gewerkschaftlichen Schutz für die Kollegen dort durch die IGM zu kämpfen.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", das war die Losung der Demonstration der IG Bau, Steine, Erden in Berlin gegen den Einsatz von DDR-Bauarbeitern zu Dumpinglöhnen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche ge-

werkschaftliche, tarifliche und Arbeitsschutzrechte, gleiche Arbeitszeitbedingungen, Recht auf gemeinsame demokratische Kontrolle über Wirtschaftsbeziehungen z.B. in der Stahlindustrie, das ist es, was wir brauchen, wir Arbeiter in West und Ost.

Die »Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie« haben die zentrale Aufgabe, den Kampf dafür zu führen, daß die IGM-Führung dabei ihrer Verantwortung nachkommt.

Anfangen aber müssen wir selbst damit, keiner wird es für uns tun.

Durch die »Arbeitskreise« in beiden Teilen Deutschlands können wir dafür handeln:

Organisierung von deutsch-deutscher Arbeiterdiskussion, Verwirklichung von Kontakten und Begegnungen durch Reisen, Herstellung von Betriebspartnerschaften und Initiativen für die demokratische Kontrolle der IGM über Waren- und Wirtschaftsaustausch und schließlich im gemeinsamen Kampf dafür, daß die IGM-Führung durch eine entsprechende Mobilisierung den Mißbrauch von DDR-Arbeitern und -Übersiedlern als Billigarbeiter unterbindet.

Karl Heinz Hirsch

(IGM-Vertrauenskörperleiter)

(Angaben zur Funktion dienen nur der Information)

Ein Beitrag zur Diskussion der »Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik«

II.- Diskussion

Edelbert Richter:

Warum kommt es in der DDR zu keiner der sowjetischen analogen Umgestaltung? Die Problemlage bei uns ist eine andere.

1. Wir befinden uns an der **Front** der Systeme. Was das bedeutet, hat sich ja in der letzten Phase der Auseinandersetzung zwischen den Blöcken extrem gezeigt...

Wer sich **hinter** einer Front befindet, befindet sich in einer grundsätzlich anderen Situation: eben in einer **Heimat**.

Und wenn es „Heimat" auch heute nicht mehr wirklich gibt, so wird doch sein Bestreben dahin zielen, sie wiederherzustellen: Man denke an die Strategie der Begrenzung des Atomkrieges!

Aber auch in der jetzt eingetretenen Phase der Entspannung bleibt die Spannung zwischen den Systemen ja bestehen und ist bei uns unmittelbarer zu erfahren als in den Weiten der Sowjetunion. Zwar hat sich politisch-atmosphärisch einiges, aber militärisch-real noch sehr wenig verändert.

2. Hinzu kommt, daß wir eine halbe Nation sind, d.h. einerseits gar keine, andererseits aber die ganze Nation zu repräsentieren beanspruchen, uns also ständig überanstrengen.

Wir haben eine nur krampfhaft bemüht positive Identität, definieren hauptsächlich negativ im Gegensatz zum anderen deutschen Staat. (Wir kennen z.B. die Politiker der Bundesrepublik besser als unsere eigenen.) Würde die SED die Offenheit der Kritik und die Eigenständigkeit der politischen und ökonomischen Initiative zulassen, die in der Sowjetunion inzwischen praktiziert werden, so könnte man in der Tat (unterstützt durch die Medien der Bundesrepublik) auf die Frage kommen, warum überhaupt sie und nicht vielmehr die SPD bei uns an der Macht ist. Sie könnte ihre Spezifik und damit ihre Legitimation verlieren.

Außerdem: Was einst ein innenpolitisches Problem der Deutschen war, ist jetzt auf die außenpolitische Ebene geschoben (z.B. die Auseinandersetzung bzw. Verständigung mit dem Liberalismus). Muß daher Friedenspolitik bei uns nicht überhaupt an der Stelle von Reformpolitik stehen?

Und andererseits: Wenn bei uns innenpolitisch Druck entsteht, kann er durch das Öffnen eines Ventils, das andere nicht haben, beseitigt werden: Auswanderung statt innenpolitischer Veränderung! Aus diesem Grunde scheint die Reform bei uns **nicht möglich**.

3. Wiederum sind wir aber dem Westen näher als die Sowjetunion.

Der Einfluß der westlichen Lebensform auf unsere Bevölkerung ist sehr viel stärker und unmittelbarer als auf die der Sowjetunion. Wir führen ja in der Freizeit- und Konsumsphäre geradezu ein zweites Leben im Westen. Der wirtschaftliche Austausch und der von ihm ausgehende Anreiz ist sehr viel stärker.

Wir genießen lange schon mehr Liberalität als die Bevölkerung der Sowjetunion. Eine solche Despotie wie der Sowjetunion hat sich die DDR nie leisten können.

Unser Problem ist also, daß wir uns einerseits wirkliche Liberalität aufgrund der Frontsituation und der Teilung nicht leisten können, andererseits aufgrund der fiktiven oder halb gewährten Liberalität, die wir schon genießen, auch gar **nicht** recht **brauchen**!

4. Mit dem zuletzt Gesagten hängt weiter zusammen, daß unser Lebensstandard höher, die Versorgungsprobleme geringer sind als in der Sowjetunion. Die Industrialisierung ist bei uns weiter fortgeschritten, wenn man das Produktionsspektrum, die Qualität der Produkte und den Grad der Intensivierung berücksichtigt. Zwar bestehen für die DDR im Verhältnis zur Bundesrepublik ähnliche ökonomische Notwendigkeiten, aber kann sie sie nicht auch ohne derart revolutionäre, mit mehr evolutionären Veränderungen bewältigen?

Die ökonomische Dringlichkeit der Reform bestand in der Sowjetunion jedenfalls in weit höherem Maße.

Das legt aber nun umgekehrt die Befürchtung nahe, daß sie sich dort auch in der Bewältigung ökonomischer Aufgaben erschöpfen werde (wobei ich nicht verkenne, daß das Veränderungen in **allen** Lebensbereichen einschließt); ja es führt zu dem Verdacht, daß die Umgestaltung von vornherein aus dem Machtkampf mit den USA heraus erwachsen ist und nur dazu dient, das ökonomische und technologische Fundament für den weiteren Machtkampf mit ihnen zu schaffen. Sie würde dann weder eine grundlegende Wandlung der internationalen Verhältnisse noch eine solche des Verhältnisses zur Natur erwarten lassen!

5. Hier ist nun der Punkt, an dem wir uns ernsthaft selbst befragen müssen: Hat das Bedürfnis nach demokratischer Umgestaltung bei uns vielleicht auch einen solchen ökonomisch-technokratischen Hintersinn? Für uns kann es aber nicht primär um ein Nachholen von industriellem Fortschritt, sondern muß es um Alternativen zum bisherigen industriellen „Fortschritt" gehen; und schon gar nicht darum, im internationalen Machtkampf obenzubleiben, sondern aus ihm herauszukommen. Unsere ökologische Situation ist auf die Dauer ebenso untragbar wie unsere außenpolitisch-militärische Situation. Und dies trifft zusammen mit einer mangelnden Aufarbeitung unserer konservativ-romantischen deutschen Tradition, die im Nationalsozialismus

gipfelte. Die spezifische Herausforderung für uns, zusammen mit den Deutschen in der Bundesrepublik, ist es daher, unsere Distanz gegenüber der modernen Zivilisation (in Ost und West), die sich in zwei Weltkriegen so destruktiv ausgewirkt hat, durch einen Umbau unserer Industriegesellschaft und die Entwicklung alternativer Technik konstruktiv werden zu lassen. Mit anderen Worten: Wir haben uns um das ökologische Fundament des Friedens zu sorgen und nur in diesem Kontext auch um Demokratie.

6. Eine Umgestaltung ist also auch bei uns unumgänglich, aber sie muß tiefer ansetzen. Und weil die DDR unter dem Druck steht, mehr und anderes tun zu müssen als die Sowjetunion, tut sie gar nichts!

Noch einmal: Warum ist die Reform bei uns **schwer möglich**? Wegen der Frontsituation und der Teilung. Warum ist sie zugleich gar **nicht** recht **notwendig**? Wegen der Nähe zum Westen und dem höheren Industrialisierungsgrad. Mit dem letzteren hängt aber unsere prekäre ökologische Situation zusammen. Aus ihr ergibt sich als tiefere Notwendigkeit die einer Abkehr vom Industrialismus. Bekämpfen wir aber den Produktionsgötzendienst, so schließt das die **Notwendigkeit** der demokratischen Umgestaltung ein! Denn dann muß die Ersatzbefriedigung durch Konsum ersetzt werden durch echte Befriedigung: freie Kommunikation!

Außerdem ist auch die Frontsituation nur zu beseitigen, wenn die Produktionshetze abgebaut wird.

Erst eine (schrittweise) Ökologisierung der Produktion brächte **echte** Entspannung und mit ihr auch die **Möglichkeit** einer demokratischen Reform.

Stellungnahme zum Besuch Mompers bei der Staatsführung der DDR

Für den 19. Juni 1989 hatte sich der neue Regierende Bürgermeister von Westberlin, Herr Momper (SPD), zu einem Besuch bei der Staatsführung der DDR angesagt. In diesem Zusammenhang wurde von zwei Berliner Umweltgruppen, der »Umwelt-Bibliothek« Berlin und dem »Netzwerk Arche«, eine Einladung an Herrn Momper zu einem Gespräch ausgesprochen. Diese Einladung wurde weder von Herrn Momper noch der Umweltsenatorin Schreyer (AL) wahrgenommen, noch in irgendeinem Sinne beantwortet. In einem Gespräch mit Journalisten ließ Herr Momper verlauten, daß vor der Umwelt-Bibliothek die Kirchenleitung an der Reihe sei, und selbst dafür ließe das Besuchsprogramm nicht genügend Zeit.

Das Gespräch zwischen Momper und Honecker hat doppelt so lang gedauert wie vorgesehen, und anschließend war noch genug Zeit für ein gemeinsames Essen. Und da wurde vom gestrafften Besuchsprogramm geredet, und somit war natürlich keine Zeit für eine halbe Stunde Gespräch mit Basisgruppen in der DDR.

Uns ist seit langer Zeit bekannt, daß von wenigen Ausnahmen abgesehen sowohl SPD als auch AL, ebenso wie die bundesdeutschen Grünen, ganz zu schweigen von der CDU, am liebsten mit den Herrschenden auf hoher Ebene verhandeln, statt sich in unsere niederen Ebenen und dämmrigen Keller zu bemühen. Das steht in Widerspruch zu ihrem offiziell angemaßtem Anspruch, mit allen gesellschaftlichen Gruppen der DDR über gemeinsame Probleme zu sprechen. »Umwelt-Bibliothek« und »Arche« können natürlich nur sehr unvollkommen die Interessen der Bevölkerung der DDR vertreten. Sie gehören aber, im Unterschied zu den DDR-Behörden, zu denen, die Verantwortung für das Schicksal des Landes wahrzunehmen versuchen.

Herr Momper hat mit Staatschef Honecker über Reiseerleichterungen für Westberliner gesprochen. Das ist wichtig für die Westberliner und sicher auch für viele DDR-Bürger. Herr Momper hat mit Staatschef Honecker möglicherweise auch über den Ankauf neuer Billigbauarbeiter aus der DDR gesprochen, die ihre westlichen Kollegen unter Lohndruck setzen, während die Städte in der DDR zusammenfallen.

Wir hätten Herrn Momper etwas gefragt, was für DDR-Bürger entscheidender ist. Wie sieht die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost- und West-Berlin in Zukunft aus? Wird auch unter dem neuen SPD-AL-Senat der Westberliner Haus- und Sondermüll unter unverantwortlichen Bedingungen den DDR-Behörden zum Verscharren oder Verbrennen überlassen? Werden wir auch in Zukunft neben gefährlichen Altlasten unserer eigenen Industrie die Umweltgifte Westberlins einatmen oder aus dem Grundwasser aufnehmen? Wir wissen nicht einmal, ob AL und SPD zu ihrer Forderung aus der Oppositionszeit stehen, die Sondermüllverbrennungsanlage Schöneiche auf den Stand der Technik nachrüsten zu wollen. Eine Erklärung dazu an die Bewohner der DDR wurde von uns erwartet, erfolgte aber nicht. Nicht einmal die Koalitionsvereinbarung zum Punkt Müllexport wurde uns mitgeteilt, auch nicht von der AL.

Momper behauptet, er bekommt Daten über Schöneiche, und berichtete auch von Datenaustausch von Luft- und Wasserwerten. Aber bisher beschränkte sich alles auf Absichtserklärungen. An kleine unabhängige Meßeinrichtungen wurde nicht gedacht. Die Westberliner Umweltministerin und der Verkehrsminister bemühen sich, wie es heißt, um Besichtigungstermine in Schöneiche und haben immer noch keinen konkreten Termin. Keine Reaktion gibt es seitens des Senats auf die Forderung von DDR-Umweltgruppen, an einer solchen Besichtigung teilnehmen zu können. Wie lange wollen SPD und AL weiter Absichtserklärungen abgeben und keine konkreten Schritte unternehmen?

Wir wissen, daß die Behörden in der DDR nur die Interessen ihrer Machterhaltung vertreten, unbekümmert um die Bevölkerung, geschweige denn die nächsten Generationen. Wir begreifen zunehmend, daß die Parteien der BRD und Westberlins nur ihre eigenen Interessen, die Interessen der Industrie und gegebenenfalls noch der Bevölkerung der BRD und Westberlins vertreten. Es ist daher kein Zufall, daß sie sich mit der Regierung der DDR zunehmend besser verstehen – auf unserem Rücken und hinter unserem Rücken. Die Bevölkerung unseres Landes wird sich um eine eigene, authentische Interessenvertretung bemühen müssen. Bis dahin müssen wir jede neue Tonne Haus- und Sondermüll als bewußte Körperverletzung an einer wehrlosen Bevölkerung werten.

»Umwelt-Bibliothek« Berlin

(Quelle: »Umweltblaetter«, Juli '89)

Fragen an die Deutschlandpolitik der SPD

Als sich Ende August eine Initiativgruppe zu Wort meldete, die in der DDR eine Sozialdemokratische Partei gründen will, löste das eine kontroverse Debatte in der SPD aus.

Schon in den Wochen vorher erreichte die SPD eine Reihe von öffentlichen Briefen und Stellungnahmen aus der DDR. Doch die Reaktionen von Seiten der SPD-Führung führten oft genug zu großer Enttäuschung.

Der neue Berliner Senat aus SPD und Alternativer Liste weckte in Ostberlin viele Hoffnungen. Die Umweltgruppe »Arche« schrieb an Momper: *„In ihrem bevorstehenden Gespräch mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker sollten deshalb die Belange jener Menschen im Mittelpunkt stehen, die Opfer von Erich Honekkers Reise- und Verwandtschaftspolitik sind. Kein progressiver Politiker auf der Welt dürfte dulden, daß inmitten der sichersten Friedenszone der Welt, in Europa, ein Volk eingemauert leben muß."* In diesem Brief wird aber auch gleichzeitig festgestellt: *„Uns sagen zu lassen, daß wir DDR-Bürger zunehmend mehr Freiheit genießen, wie es BRD-Politiker wie Björn Engholm über Lothar Späth bis hin zu Oskar Lafontaine verantwortungslos immer wieder taten, ist schlicht eine Verhöhnung."* (s.a. »Ost-West-Diskussionsforum« Nr. 7, S. 12.)

Momper antwortete nicht selbst, sondern ließ seinen Sprecher erklären: *„Erfolgreiche Gespräche können jedoch nicht über die Köpfe der Gesprächspartner hinweg vorbereitet werden."* Gemeint ist die SED. Heißt das nun, daß man über die Köpfe der DDR-Bürger hinweg Gespräche vorbereiten kann? Das kann doch nicht Inhalt sozialdemokratischer Politik sein.

Als Momper schließlich nach Ostberlin fuhr, schlug er die Einladung der »Umweltbibliothek« und der »Arche« genauso aus, wie Anregungen aus der Westberliner SPD, mit Erich Honecker über eine mögliche Wiederzulassung der SPD zu sprechen. Er verstieg sich sogar zu der Äußerung, daß zu einer Wiedergründung kein Handlungsbedarf bestehe, da die SED sozialdemokratische Elemente aufweise und die begründete Aussicht bestünde, daß sich die Einheitspartei der DDR in Richtung auf eine SPD entwickle.

Die »Umweltbibliothek« in Berlin hat in einer Stellungnahme das Verhalten Mompers heftig kritisiert: *„Uns ist seit langer Zeit bekannt, daß von wenigen Ausnahmen abgesehen, sowohl SPD als auch AL, ebenso wie die bundesdeutschen Grünen, ganz zu schweigen von der CDU, am liebsten mit den Herrschenden auf hoher Ebene verhandeln, statt sich in unsere niederen Ebenen und dämmrigen Keller zu bemühen. Das steht in Widerspruch zu ihrem offiziell angemaßtem Anspruch, mit allen gesellschaftlichen Gruppen der DDR über gemeinsame Probleme zu sprechen."*

Dieser harte Vorwurf darf von der SPD nicht einfach abgetan werden. Wenn sie als Partei glaubwürdig für Freiheit, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt eintreten will, sollte sie doch schließlich ihre Dialogpartner in den Kräften in der DDR sehen, die – trotz Verfolgungen – für diese Ziele eintreten.

Und die Fragen, über die die »Umweltbibliothek« und »Arche« mit Walter Momper sprechen wollten, sind Fragen, die sich gerade auch die SPD und die Gewerkschaften stellen sollten: *„Herr Momper hat mit Staatschef Honecker möglicherweise auch über den Ankauf neuer Billigbauarbeiter aus der DDR gesprochen, die ihre westlichen Kollegen unter Lohndruck setzen, während die Städte in der DDR zusammenfallen. Wir hätten Herrn Momper etwas gefragt, was für DDR-Bürger entscheidender ist. Wie sieht die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost- und West-Berlin in Zukunft aus? Wird auch unter dem neuen SPD-AL-Senat der Westberliner Haus- und Sondermüll unter unverantwortlichen Bedingungen den DDR-Behörden zum Verscharren oder Verbrennen überlassen? Werden wir auch in Zukunft neben gefährlichen Altlasten unserer eigenen Industrie die Umweltgifte Westberlins einatmen oder aus dem Grundwasser aufnehmen? Wir wissen nicht einmal, ob AL und SPD zu ihrer Forderung aus der Oppositionszeit stehen, die Sondermüllverbrennungsanlage Schöneiche auf den Stand der Technik nachrüsten zu wollen. Eine Erklärung dazu an die Bewohner der DDR wurde von uns erwartet, erfolgte aber nicht. Nicht einmal die Koalitionsvereinbarungen zum Punkt Müllexport wurden uns mitgeteilt, auch nicht von der AL."*

Ist es nicht letztlich die Verantwortung der politischen Haltung Walter Mompers, wenn sie schreiben: *„Wir begreifen zunehmend, daß die Parteien der BRD und Westberlins nur ihre eigenen Interessen, die Interessen der Industrie und gegebenenfalls noch der Bevölkerung der BRD und Westberlins vertreten. Es ist daher kein Zufall, daß sie sich mit der Regierung der DDR zunehmend besser verstehen – auf unserem Rücken und hinter unserem Rücken. Die Bevölkerung unseres Landes wird sich um eine eigene, authentische Interessenvertretung bemühen müssen."*

Ich habe die Stellungnahmen der »Umweltbibliothek« deshalb so ausführlich zitiert, weil sie zeigen, wie die Praxis der bisherigen Politik der SPD bei denjenigen beurteilt wird, die in der DDR für den Kampf für Freiheit, Demokratie und sozialen Fortschritt stehen. Das sollte nachdenklich machen!

Die Initiatoren für die Gründung einer SPD suchen eine *„politische Alternative"*, *„die an politische Traditionen anknüpft, die an Demokratie und sozialer Gerechtigkeit orientiert sind. Zu diesen Traditionen gehört an wichtigster Stelle die des Sozialismus. Dieser ist durch die Geschichte der letzten Jahrzehnte weitgehend diskreditiert worden."* Mit dieser Fragestellung wird eine Diskussion eröffnet, die gerade für Sozialdemokraten, die sich auf den demokratischen Sozialismus berufen, wichtige Perspektiven aufwirft.

Doch die Parteiführung reagierte nur mit Ablehnung. Momper erklärte prompt, daß Reformen nur durch die dortige Führung erfolgen können. *„Mit Parteigründungen durch kleine Gruppen kann in der DDR jetzt gar nichts bewegt werden... Wichtig ist, daß sich der Reformdruck in der Bevölkerung der DDR und in Teilen der SED endlich in der Spitze der Partei durchsetzt. Denn die SED hat in der DDR tatsächlich die Macht, und sie wird sie in absehbarer Zeit behalten. Änderungen gehen nur über diesen Weg..."*

Damit aber spricht er den Menschen in der DDR das Recht ab auf eine eigene demokratische Willensbildung und Aktivität, das Recht auf demokratische Entscheidung in allen gesellschaftlichen Angelegenheiten. Die Initiative zu einer SPD-Gründung fordert u.a. *„Freiheit der Gewerkschaften und Streikrecht..., Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit für alle demokratischen Organisationen..., freie Presse..."* Sollten nicht – unab-

III.- Internationales Tribunal in Lima

Internationales Tribunal der Arbeiter und Völker, das über die Schuldenpolitik des IWF, der Weltbank und der EG urteilen wird – in Lima (Peru), 22.-24. September

Das Tribunal und seine Bedeutung für Osteuropa

Das Internationale Tribunal über die Verschuldung in Lima steht in der Tradition zahlreicher Initiativen und Konferenzen gegen die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der anderen internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen, die in den letzten Jahren stattgefunden haben.

Es stützt sich vor allem auf die Internationale Konferenz von Caracas vom April 1987, die Europäische Arbeiterkonferenz in Berlin, die in Solidarität mit dem Kampf der Völker gegen das IWF-Diktat im Oktober 1988 unmittelbar nach der IWF- und Weltbank-Jahrestagung stattfand, und die Afrikanische Konferenz gegen die Verschuldung vom Oktober 1988 in Dakar (Senegal).

Mehrere hundert Gewerkschaftsführer und -organisationen, Vertreter und Vertreterinnen von Parteien, Bauern-, Frauen-, Jugend- und Menschenrechtsorganisationen, Wissenschaftler und demokratische Persönlichkeiten aus vier Kontinenten haben den Aufruf für das Tribunal unterzeichnet, das nach der juristischen Methode und auf der Basis der völkerrechtlichen Grundlagen arbeiten wird, die dem Russell-Tribunal gegen die US-Kriegsverbrechen in Vietnam zugrunde lagen.

Der ehemalige Sekretär der Russell Peace Foundation, Ralph Schoenman, ist u.a. neben dem Präsidenten der PRD (Partei der demokratischen Revolution) Mexikos, C. Cardenas, dem bekannten Pariser Anwalt Yves Dechezelles und dem Präsidenten des Instituts für Weltwirtschaft in Havanna (Kuba), Oswaldo Martinez, als einer der Tagungspräsidenten des Tribunals vorgeschlagen.

Daß die Politik des IWF auch für die Länder Osteuropas weitreichende Konsequenzen für die Bevölkerung und die gesamten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse hat, und daß damit die durch das Tribunal von Lima aufgeworfenen Fragen auch für Osteuropa immer gravierender werden, zeigt die aktuelle Entwicklung in Jugoslawien, Ungarn und Polen, aber auch in China.

Mit den u.a. Beiträgen wollen wir nur einige Aspekte anreißen, die diesen objektiven Zusammenhang aufzeigen. Die Tatsache, daß Vertreter von unabhängigen Organisationen und Gruppierungen aus Jugoslawien, der DDR und von der *Solidarność*, und von der »Alternative von links« aus Ungarn dieses Tribunal unterstützen und Beiträge zur Verfügung gestellt haben, zeigt, daß ein Prozeß der Orientierung auf eine gemeinsame internationale, weltweite Perspektive gegen die Schuldenkrise begonnen hat.

Tom Sello und Uwe Bastian, zwei Kollegen aus Ostberliner Betrieben, Mitglieder des FDGB, Mitarbeiter der »Umweltbibliothek« und der Arbeitsgruppe Weltwirtschaft, waren bereit, die Einladung des Vorbereitungskomitees zum Internationalen Tribunal anzunehmen.

Der Bundesvorstand des FDGB teilte ihnen mit, daß er ihre Teilnahme an dem Tribunal nicht unterstützen könne. Die DDR-Behörden verweigerten ihnen die Reisegenehmigung, da ihr Reisegrund offensichtlich nicht im Rahmen der Paßgesetze stehe (sic!).

Wir werden im nächsten Heft über die Ergebnisse des Tribunals von Lima berichten.

(Fortsetzung von S. 25)

...Deutschlandpolitik der SPD

hängig davon, daß die allgemeinen programmatischen Äußerungen durchaus kritisch, wenn auch solidarisch diskutiert werden können – diese Forderungen die Unterstützung der SPD finden, einer Partei, die selbst in ihrer Geschichte erfahren hat, was das Verbot der unabhängigen politischen und gewerkschaftlichen Organisation und der Meinungs- und Versammlungsfreiheit heißt?

Wenn Menschen in der DDR eine Sozialdemokratische Partei gründen wollen, dann ist doch spätestens der Zeitpunkt gekommen, um mit ihnen in einen offenen und freien Dialog zu treten.

Jetzt hat der Parteivorstand beschlossen, den Gesprächen mit den Kirchen und den Reformgruppen in der DDR Vorrang vor Gesprächen mit der SED einzuräumen.

Doch müssen nicht weitreichendere Konsequenzen folgen? So hat der deutschlandpolitische Obmann der SPD-Bundestagsfraktion, Büchler, davor gewarnt, bei der Anerkennung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR *„so lange"* zu warten wie bei der Wiedergründung der Sozialdemokratie in Ungarn. Als Abgeordneter im oberfränkischen Hof zieht er direkte Konsequenzen: *„Wenn im benachbarten Plauen ein Unterbezirk der SPD wiederbegründet wird, wird der Unterbezirk Hof der SPD sofort organisatorische Hilfe leisten."*

Vor allem aber ist von der SPD die aktive Verteidigung aller, die heute für ihr Engagement für Freiheit und Demokratie verfolgt und verhaftet werden – wie in diesen Tagen in Leipzig –, sowie des Rechts auf Versammlungs-, Meinungs- und Organisationsfreiheit gefordert. Das gilt auch für das öffentliche Engagement für die Aufhebung aller Reise- und Einreiseverbote, denn dies ist unverzichtbare Voraussetzung für einen wirklichen gleichberechtigten Dialog.

Carla Boulboullé,
September 1989

AUFRUF ZUR BILDUNG EINES INTERNATIONALEN TRIBUNALS,DAS ÜBER DIE VERANTWORTLICHEN FÜR DIE AUSLANDSSCHULDEN UND IHRE KONSEQUENZEN FÜR DIE VÖLKER URTEILT

(In Verteidigung der nicaraguanischen Revolution und der Völker Mittelamerikas)

Die Plünderungspolitik der internationalen Banken gegenüber den Ländern der sogenannten "Dritten Welt" durch die Auslandsschulden - unter den Vorgaben des IWF und der EG - stellt eine verbrecherische Verschärfung der Lebensbedingungen dieser Völker dar: Unterernährung, Analphabetismus,... Sie führt zu einer katastrophalen Verringerung der öffentlichen Ausgaben für das Gesundheits- und Bildungswesen, sie bewirkt ebenso eine drastische Reduzierung des Verbrauchs durch eine noch nie erlebte Senkung der Reallöhne sowie eine klare und eindeutige Aufhebung der Rechte der Arbeiter; schließlich hat sie ständige Angriffe auf die Menschenrechte zur Folge.

Die Situation in zahlreichen Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens entspricht in den Ländern Nordamerikas und Europas die "Sparpolitik", die zum Anwachsen der Arbeitslosigkeit und der Verschlechterung der Lebensbedingungen breiter Schichten der Bevölkerung führt. Schwere Angriffe werden insbesondere auf die Arbeitsgesetzgebung und die Sozialversicherung verübt.

Der IWF und die Weltbank fordern von den verschuldeten Ländern, daß sie die Schulden um den Preis des Lebens ihrer Völker zahlen.

Gleichzeitig unterstützen sie die von der EG ergriffenen Maßnahmen, die der gesamten europäischen Agrarproduktion Beschränkungen auferlegt, was im Widerspruch zu Hunger und Elend steht. Und sie erlauben sich noch mehr: Sie kündigen an, daß von nun an bis zum Ende der neunziger Jahre voraussichtlich 30 Millionen Afrikaner zugrunde gehen werden.

Angesichts dieser Situation entsteht eine breite internationale Bewegung der Arbeiter und der Völker. Zahlreiche internationale Konferenzen und Versammlungen haben stattgefunden, auf denen unabhängige gewerkschaftliche und politische Organisationen, Persönlichkeiten und demokratische Bewegungen zusammenkamen, die diese Probleme aufzeigten und Möglichkeiten des Kampfes dagegen und praktischer Antworten vorschlugen.

Auf der Internationalen Konferenz von Caracas am 24., 25.und 26. April 1987 und auf der Lateinamerikanischen und Karibischen Gewerkschaftskonferenz am 18./19. Mai des gleichen Jahres in Campinas (Brasilien) wurde vorgeschlagen, ein **INTERNATIONALES TRIBUNAL GEGEN DIE VERSCHULDUNG UND DIE DAFÜR VERANTWORTLICHEN** zu bilden.

Ein **INTERNATIONALES TRIBUNAL**, das über die Ursachen der Verschuldung, ihre angebliche Legitimität und die Verantwortung des IWF und der EG für ihre zerstörerischen Folgen für die Völker urteilt, - und über die Agressionspolitik gegen die Völker, insbesondere gegenüber dem Volk von Nicaragua.

Ein **INTERNATIONALES TRIBUNAL**, das aus Persönlichkeiten zusammengesetzt ist, die für ihren Kampf für die Verteidigung der Rechte und Freiheit der Völker anerkannt sind.

Ein **INTERNATIONALES TRIBUNAL**, das Zeugenaussagen zusammenfaßt, die die wirklichen Tatsachen darstellen.

Ein **INTERNATIONALES TRIBUNAL**, das auf der Grundlage von in allen Ländern erarbeiteten Dokumenten arbeitet, die durch die Kommissionen oder Arbeitsgruppen von Männern und Frauen aller Disziplinen und politischer, weltanschaulicher oder religiöser Überzeugung entstehen, die ihr Wissen und ihre Erfahrung in den Dienst des **INTERNATIONALEN TRIBUNALS** stellen.

Die Unterzeichner rufen alle Intellektuellen, Persönlichkeiten, politische Parteien, Gewerkschaften und demokratische Organisationen auf, ihre Verantwortung für die Verteidigung der Rechte der Menschen und Völker zu übernehmen, Dokumente zu erstellen, Delegationen zu diesem **INTERNATIONALEN TRIBUNAL** zu bilden und **NATIONALE TRIBUNALE** einzurichten.

ERSTUNTERZEICHNER:

Algerien: Abderahmane ARFOUTNI, Lehrer, Gewerkschafter, Präsident der Vereinigung zum Studium der Auslandsschulden der 3. Welt; Abcene ARHAB, Presseattache, Generalsekretär der Vereinigung zum Studium der Auslandsschulden der 3. Welt;; Louiza HANOUNE, Juristin, Vizepräsidentin der Vereinigung für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern; Omar MENOUER, Rechtsanwalt, Ehrenpräsident der algerischen Liga der Menschenrechte (LADH)

Deutschland: Jose ALMIRON, Unterstützungskomitee für die "Mütter des Plaza de Mayo", Düsseldorf; Heiner BECKER, GEW, ISA, Frankfurt; Carla BOULBOULLE, Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (AsF), Düsseldorf; Alex BRENNER, GEW-Vertrauensmann, Köln; Christine BÜTTNER-KRISCHOCK, ÖTV, SPD, stellvertretende AsF-Vorsitzende Regensburg; Reinhard BÜTTNER, Gewerkschaftssekretär, Bezirksvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD;

Manuel CAMPOS, IG-Metall, Gewerkschaftssekretär; Ali CIKET, kurdischer Flüchtling; Klaus DENCHERT, Gesellschaft für bedrohte Völker, Düsseldorf; Professor Dr. Patrick DIAZ, Pädagoge, Universität Frankfurt; Uschi EID, MdB - Die Grünen; Adam FEUSTER, Vorsitzender des GEW-Bezirks Frankfurt; Frankfurter Koordination zur Verteidigung des uneingeschränkten Rechts auf Asyl; H.G. FRITZ, Betriebsratsvor- sitzender, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Medien, SPD; Wolfram FROMLETT, Journalist, Köln; Karl-Heinz GERHOLD, Vertrauensleutesprecher, SPD; Dr. Gerhard HECK, Universitätsdozent, SPD-Ortsvereinsvorsitzender; Dr. Thomas HORTIENNE, Lateinamerika-Institut der FU Berlin; Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Bayern; Monika KIRFEL, Mitglied des GEW-Fachgruppenvorstandes, Mitglied der SPD, Köln; Freya KLIER, Theaterregisseurin, Berlin; Kollegen aus Eritrea und Namibia, Köln; Bernhard KRABIELL, ÖTV, Vorstands-Mitglied Arbeitskreis für Internationale Politik SPD Düsseldorf und UB-Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen; Stephan KRAWCZYK, Künstler, Berlin; Gotthard KRUPP-BOULBOULLE, Herausgeber des OST-WEST-Diskussionsforums; Karl LOHMANN, IGM, Vereinigung für Arbeitnehmerpolitik, Oberhausen; Fritz MÜHLBAUER, Vertrauensleutesprecher, SPD; Michael MÜLLER, MdB - SPD, Düsseldorf; Ernst NEWELING, Redakteur der "Freien Tribüne für Arbeitnehmerpolitik", Vereinigung für Arbeitnehmerpolitik, Duisburg; Brigitte LUX-KLIESCH, Vorsitzende des SPD-Arbeitskreises "Dritte Welt", AsF-Vorsitzende München; Anke ÖSTERLOH, SPD, Mitglied des GEW-Fachgruppenvorstandes, Personalratsmitglied, Köln; ~~Lothar OTT~~, SPD-Orts~~verein~~svorsitzender, GEW; Elisabeth SCHÄFER, Mitglied des GEW-Fachgruppenvorstandes, Köln; Heinz SCHÖLLER, ÖTV, Frankfurt; Wolfgang und Lotte TEMPLIN, z.Zt. Bochum, Initiative für Frieden und Menschenrechte, DDR; Regina TEMPLIN, Initiative für Frieden und Menschenrechte; Ulrich THÖNE, GEW, Berlin; Paul TIEFENBACH, Mitglied der Bremer Bürgerschaft - Die Grünen; Uwe TRIESCHMANN, Arzt, ÖTV, ISA, Köln; Sabeth VILMAR, Buchhändlerin, Köln; Max WEBER, Landtagsabgeordneter der SPD; Iranische und türkische Kollegen aus Berlin;
das Tribunal wird mit einem eigenen Brief unterstützt von Ingrid HOLZHÜTER, SPD, Mitglied des Abgeordnetenhauses, AsF-Vorsitzende, Berlin.

Brasilien: Arlete AVELLAR SAMPAIO, Gewerkschaft der Ärzte; Manoel ELIDIO ROSA, Gewerkschaft der Banken, Sao Paulo; Jacinta de FATIMA SENA DA SILVA, Nationaler Zusammenschluß der Krankenschwestern; Luiz FENELON BARBOSA, Institut für sozioökonomische Studien; Antonio MANOEL, Komitee Chico Mendes im Staat Acre; Eddy PEREZ, Nationaler Studentenverband (UNE); Julio TURRA, Gewerkschaftszentrale (CUT), Lehrergewerkschaft von ABC (SINPRO ABC).
Die VI. nationale Versammlung der PT hat die Durchführung des Tribunals begrüßt.

Chile: Vicente GARCIA, Präsident der nationalen Gewerkschaft der Bauarbeiter; Jaime RAMIREZ, Gewerkschaftsführer der Bankangestellten; Jaime EESTEVEZ, Volkswirt, Mitglied der Sozialistischen Partei (Arrate); Osvaldo PUCIO, Mitglied der Sozialistischen Partei (Almeida); Sergio ARRANCIBIA, Volkswirtschaftler des >>Centro Avance<<; Manuel RIESCO, Volkswirtschaftler; Jorge LAVANDERO YAEZ, Direktor der Zeitschrift Fortin Mapocho..

Dänemark: Hans Jörn CHRISTENSEN, Mitglied der Lehrergewerkschaft; Anton SCHOU, Mitglied der Lehrergewerkschaft, Mitglied der Sozialistischen Volkspartei (SF); Lise KOFOED, Forscherin.

Spanischer Staat: Silvino GOMEZ und Manuel CUSO, Sekretariat der Allianz für die Republik, Assoziation für die Zusammenarbeit mit den Völkern Zentralamerikas; Jose Francisco ANTON, Sprecher der Mediziner im Streik (C.O.M.), Alicante; Benjamin BASTIDA, Professor, Universität Barcelona; Salvador BOFARULL, ~~Volkswirtsch~~aftler ; Pedro BRIGIDO, Gewerkschafter, CCOO; Jose Luis GALAN, Rechtsanwalt; Julia GARCIA, Vorstandsmitglied der Stadtviertelvereinigung von Madrid; Jeronimo GENOVAR, Verantwortlicher der Zentralverwaltung der FSP-UGT, Valencia; Ramon LLORENTE, Schriftsteller; Luis LOZANO, Generalsekretär der FSP-UGT, Valencia; Alberto GIL NOVALES, Professor, Universität Madrid; Blas ORTEGA, Arzt; Vicent PITARCH, Professor; M. Jesus POSADA, Professor; Jose REVERT, Mitglied des Gemeinderats von Fuente La Higuera (Izquierda Unida); Enric TERMENS, Bürgermeister von Olsa de Montserrat; Vicent VENTURA, Journalist; Esteban VILLAGROSA, Organisationsverantwortlicher der FSP-UGT, Valencia; Jose MARTINEZ BELLOSO, PSOE, Onda; Frederico CANELLES Y RECAREDO, PSOE, Onda; Francisco ESCOBEDO, PSOE, Villa-Real; Jose A. LAGO, Präsident der "Izquierda Republicana de Euskadi";Raul GOMEZ, POSI (Internationalistische Sozialistische Arbeiterpartei) ;Koldo MENDEZ, Sozialistischer Oktober; Jorge DIEZ, Generalsekretär der FEBASO-UGT; Jose Miguel VILLA, Verantwortlicher für internationale Beziehungen der FEBASO-UGT; J. MONTOLIU, Sekretär der syndikalistischen Aktion, Castellon; Jose ALMELLA, Gewerkschaftsdelegierter der Azulejos La Plana, Villa-Real; Joaquin HERRANDO, Delegierter der UGT im Fabrikkomitee der Azulejos La Plana, Villa Real; Pedro BRIGIDO, Gewerkschafter, CCOO, Provinz Valencia; Jose Juan ROCATIN, Generalsekretär der Polizeigewerkschaft in der Provinz Valencia; Miguel MARTINEZ TAPIA, Generalsekretär der FETE-UGT, Madrid; Mario RODRIGUEZ ALVARINO, Professor an der Polytechnischen Universität Madrid; Adolfo BARREDA, Rechtsanwalt; Carmen CORREDOR, Journalistin; Jose Luis CHACON, PD-G, Mercedes CASAS, Studentin; Alix COU, ehemaliger Präsident des Verbandes lateinamerikanischer Studenten in Sevilla.

Frankreich: Gerad ABADIA, Architekt; Anick BERTAULT,

Administratorin, INSERM; Pierre BREGOU, Gewerkschafter, AFPA; Carlos CAHCOU, Gewerkschafter; Helene CARRERA, Lehrerin; Frederic CASTAING; Yvette CHAIX; Patrice CHOSSAY; Alain CLERENNEC, Forscher, CNRS, Observatorium von Nizza; Jean Pierre CROS, Schuldirektor; Philippe CULLARD; Martine DEBAT, Ärztin; Yves DECHEZELLES, Honoraranwalt; Philippe DEDEH, Architekt; Dr. DESCOMBEY; Jean DUBESSY, Forscher; Marie-Anne DUGUET, Ärztin; Michel ELIARD, Professor für Soziologie, Universität Toulouse II; Marianne FIGEROU, Architektin; Pierre FOUGEYROLLAS, Professor; Olivier FRAYSSE, außerordentlicher Professor, Universität Paris III; Vargas FROILON, Biochemiker; Patrick GUILLOU; Laurent JACQUEMIN, Student, Gewerkschafter; Alain LARRE; Forster LEV, Rechtsanwalt; Maite MARTIN, Grafiker; Claude MEILLASSOUX, Forschungsdirektor; Victoria MELGAR,; Alex METAYER, Schauspieler; Professor Paul MILLIEZ, Professor für Medizin; Bernard MOINE, Forscher; Dr. Pierre RIVIERE; Alain ROQUES, Forschungsbeauftragter, INRA, Gewerkschafter; Jean ROUCH, Direktor der Cinemathek Paris; M. RUFFEZ, Forscher; Frau SEYES, Forschungsbeauftragte, INRA; Marie STAGLIANO, Lehrerin; Marc SUSCHETET, Forschungsdirektor, INRA, Dijon; Barbara VUILAC, Rechtsanwältin; Hubert WHITECHURCH, Universitätsprofessor.

Großbritannien: Jeremy CORBYN, Abgeordneter der Labour Party.

Griechenland: George ADAMIDIS, Rechtsanwalt; Dimitri ASTERIOU, Herausge- ber der Zeitschrift "Probleme des Sozialismus"; Helene ASTERIOU, Übersetzerin; Dimitri KOUMAS, Gewerkschafter, Agraringenieur; Kalara ROULA, Lehrergewerkschaft.

Italien: GianCarlo DE REGIS, Menschenrechtskämpfer, Rom; Lorenzo VARALDO, Gewerkschafter; Alberto PIAN, Lehrergewerkschaft, Turin.

Madagaskar: Monja JOANA, Abgeordneter, Präsident des MONIMA; Louis Zephryn RAZAFIMANJARY, Beigeordneter nationaler Generalsekretär der Gewerkschaft SYMPIMITO, betraut mit Auslandsbeziehungen.

Mexiko: Cuauthemoc CARDENAS, Führer der P.R.D; 10. Abteilung der nationalen Gewerkschaft im Erziehungsbereich (SNTE); Gewerkschaft der Arbeiter der Autonomen Universität von Mexiko; Versammlung von Referendaren von Aero Mexico;

Portugal: Mario ABREU, Verwaltungsangestellter, Mitglied des Sekretariats der POUS (Arbeiterpartei der sozialistischen Einheit); Joaquim AGOSTINHO, Chemiker, Gewerkschaftsdelegierter SINFEQ-UGT; Abilio COEHLO, ehemaliger Ko- ordinator des Sekretariats der PSP von Marinha Grande, Mitglied der nationalen Führung der SINFEQUGT; Joao DA SILVA, Arbeiter im Glaserhandwerk, gewerkschaftlich organisiert in der CGTP; Eugenio DOS SANTOS, Arbeiter im Glaserhandwerk, CGTP; Daniel GATOEIRO, Chemiearbeiter, ehemaliges Mitglied der PCP; Maria Adelia JESUS, Arbeiterin im Glaserhandwerk, Gewerkschaftsdelegierte der CGTP, Mitglied der PCP; Valdemar MORGADO, Arbeiter im Glaserhandwerk, Mitglied der Arbeiterkommission von Feis, Gewerkschafter der CGTP; Joaquim NETO, Arbeiter im Glaserhandwerk, Gewerkschafter; Carmelinda PEREIRA, Professorin, Gewerkschafterin, ehemalige sozialistische Abgeordnete.

Senegal: Alioune SOW, Generalsekretär der UDTS.

Schweden: Marcus CARLSTEDT, Koordinator des Komitees gegen die EG.

Schweiz: Jean Ziegler, Abgeordneter der PS (Bundesparlament); Rene LONGUET, Abgeordneter der PS (Bundesparlament); Victor RUFFY, Abgeordneter der PS (Bundesparlament); Ernest BADERTSCHER, Abgeordneter der PS in Waadt (Kantonsparlament); Pierre JOOST, Musiker; Fabienne FISCHER, Korrespondentin des europäischen Komitees gegen die Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes von Frauen; Leonard OKITUNDU, Jurist; Claude WILHELM, Übersetzer; Oscar TOSATO, Sozialarbeiter; Alexandre ANOR, Mitglied des Vorstandes der Genfer PS.

Venezuela: Moises MOLEIRO, Abgeordneter, MIR-MAS; Perez MARCANO, Abgeordneter MIR-MAS; Segundo MELENDEZ, Unterstützungskomitee für die Konferenz von Caracas; Norka MILANO, Vize-Präsident der Vereinigung von Professoren an der Universität von Zulia (APUZ).

Weitere Unterzeichner aus Westdeutschland: Türkei-Informationsbüro e.V.; Philippinen-Gruppe Düsseldorf; Sigi MÜLLER, Frankfurt; Ulla THEISLING, GEW; Mehmet ALI ATES, GEW; Shakir BILGIN; Bruno LEHMAYER, ÖTV-Personalratsvorsitzender; Lothar OTT, SPD-Ortsvereinsvorstandsmitglied.

DDR: Tom SELLO, Maurer, Mitgl. im FDGB; Uwe BASTIAN, Ingenieur, Mitgl. im FDGB; Umweltbibliothek Berlin; Wolfgang und Lotte TEMPLIN, Mitgl. der Initiative Frieden und Menschenrechte (z.Zt. Bochum).

Jugoslawien: Jovan ANDREJKOVIC, Lehrer; Olujc DRAGOMIR, Journalist; Olujc SNEZANA, Psychologin; Miroslava SAMARDZIC, Politologin; Tomislav JEREMIC, Lehrer; Jelka IMSOROVIC, Soziologe; Nebujsa KANDIC, Journalist; Pavlusko IMSIROVIC, Übersetzer.

Andrzej Gwiazda

Die polnische Gesellschaft hat mit den Verpflichtungen durch die Auslandsschulden nichts zu tun

Andrzej Gwiazda gehört seit den 70er Jahren zu den Vorkämpfern der ersten Komitees für freie Gewerkschaften im Baltikum und in Danzig. Er ist jetzt, nachdem er zuvor Vizepräsident der Gewerkschaft gewesen war, Mitglied der nationalen *Solidarność*-Kommission. Er teilt nicht den zur Zeit unter der Führung von Walesa verfolgten Kurs von *Solidarność*. Aus diesem Grunde wurde er – wie dutzende andere nationale Gewerkschaftsführer – aus den Führungsgremien der Gewerkschaft entfernt. Andrzej Gwiazda kämpft heute für eine Rückbesinnung von *Solidarność* auf ihre Statuten und Prinzipien, wie sie auf dem Kongreß 1981 verabschiedet worden sind.

Mein Standpunkt zur Auslandsverschuldung

Die Strategie einer Entwicklung durch externe Verschuldung anstelle der Entwicklung der Wirtschaft, der Demokratie, des Lebensstandards und der Gleichberechtigung im internationalen Handel, hat zu wirtschaftlicher Abhängigkeit, Verarmung der Bevölkerung und Stärkung autoritärer Regierungen geführt.

Diese Strategie hat ebenso zu einem Rückschritt in der Landwirtschaft, der Industrie und dem Handwerk geführt. Deren Produktion dient nun nicht mehr der Befriedigung der Bedürfnisse im Lande selbst, sondern dem Export, damit die Kredite zurückgezahlt werden können.

Die Situation der verschuldeten Länder verlangt eine sofortige Lösung. Aber die Verweigerung von Verpflichtungen, die sich aus einem Handelsabkommen ableiten, ist keine Lösung. Einen frei abgeschlossenen Vertrag zu respektieren und ihm nachzukommen, ist eine Errungenschaft der Zivilisation und eine Triebfeder der Entwicklung im 20. Jahrhundert.

Die Situation der verschuldeten Regierungen muß genau untersucht werden. Man muß der vollen Verantwortung Rechnung tragen, welche die Regierungen übernommen haben, die die Kreditabkommen unterzeichneten.

Zuallererst muß man feststellen, wer die vertragsschließende Partei ist. Polen gehört zu den höchstverschuldeten Ländern. Das Regime der Kommunisten ist mit Hilfe blutiger Repression, Folter und Verhaftungen errichtet worden, und es hält sich jetzt mit Hilfe eines noch weiter entwickelten Unterdrückungsapparates der Polizei.

Seit 40 Jahren hat die polnische Gesellschaft keinerlei Einfluß auf die Entscheidungen, die der Apparat und die Verwaltung der kommunistischen Partei getroffen haben.

Man fragte uns weder nach unserer Meinung, noch wurden wir davon in Kenntnis gesetzt, daß die Verwaltung jährlich Waren im Wert von 12 Milliarden US-Dollar in die kommunistischen Länder exportiert (nach anderen Schätzungen sind es gar 50 Mrd. US-Dollar).

Man fragte uns nicht nach unserer Meinung, als weitere Kredite bei den westlichen Banken aufgenommen wurden.

Man informierte uns nicht darüber, wie diese geliehenen Gelder eingesetzt werden. Eine sehr strenge Zensur hat uns nicht einmal gestattet, uns zu dieser Frage zu äußern.

Die kommunistische Partei, die seit 40 Jahren in Polen herrscht, hat zu keinem Zeitpunkt ein Mandat der Gesellschaft erhalten, das es ihr erlaubt hätte, sich als legitime Vertreterin der Nation zu präsentieren. Die „Regierung", die von dieser Partei gebildet wurde, hatte allein die Befugnis, Verträge im Namen der Mitglieder der Kommunistischen Partei abzuschließen. Die polnische Gesellschaft hat keinerlei Verpflichtung übernommen, weder direkt noch indirekt.

Nicht die Völker haben die Verträge unterzeichnet

Das ist eine bekannte Tatsache. Das wissen auch die Gremien und Banken, die die Kreditabkommen unterzeichnet haben. Den Beweis dafür liefert das Interview, das ein Finanzmanager einer amerikanischen Zeitung gab: *„Die Kredite an die Kommunisten sind eine gute Investition. Sicher ist, daß das kommunistische System dazu in der Lage ist, den Lebensstandard ihrer Bürger unendlich tief zu senken, und so sind sie immer zahlungsfähig."*

Eine ähnliche Situation findet man nicht nur in kommunistischen Ländern: es ist genauso in allen Ländern, in denen eine Diktatur regiert und in der die Gesellschaft keinerlei Einfluß auf die Entscheidungen hat, ob die Abkommen unterzeichnet werden und was mit den Krediten geschieht. In diesen Ländern sind nicht die Völker die vertragsschließende Partei, und deshalb können sie auch nicht für die Folgen der Kreditaufnahme herangezogen werden. Von den Völkern zu verlangen, daß sie die Verpflichtungen von Machthabern übernehmen, die weder gewünscht noch akzeptiert sind, ist vom logischen Standpunkt aus betrachtet Unsinn, vom juristischen Standpunkt absurd.

Es wäre genauso absurd, wenn man von der Bevölkerung Chicagos verlangen würde, die finanziellen Verpflichtungen eines Gangsters aus Chicago zu übernehmen.

Unter den verschuldeten Ländern sind auch solche, die sich zum Zeitpunkt der Abkommen noch in einem in struktureller und geistiger Hinsicht kolonialen Status befanden. Die Gesellschaften dieser Länder, in denen es an der elementarsten Bildung und an gebildeten Schichten fehlte, konnten die komplizierten Verhältnisse der Weltwirtschaft nicht genau kennen. Die Regierungen kannten zumeist

Andrzej Gwiazda, Führer der polnischen Opposition, unterstützt das Tribunal in Lima

„An die Teilnehmer der Konferenz in Lima

Ich wünsche den Teilnehmern der Konferenz erfolgreiches Arbeiten. Ich wünsche besonders, daß sie Wege finden, den Völkern wirksam zu helfen, von denen verlangt wird, daß sie die finanziellen Verpflichtungen, die ihre widerrechtlich herrschenden Regierungen eingegangen sind, übernehmen.

Ich übermittele Euch meinen Standpunkt in einem Beitrag, den ich für Eure Konferenz vorbereitet habe, sowie einen Text ›Die falsche Strategie der Entwicklung‹, der in unserer Untergrundpresse veröffentlicht worden ist.

A. G.

P.S.: Wir sind damit einverstanden, die Texte, die uns zugesandt wurden, zu veröffentlichen."

nicht einmal die natürlichen Reichtümer ihrer Länder oder ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten. Die abgeschlossenen Verträge sind von daher – betrachtet man sie im Lichte der Gesetze der zivilisierten Länder – null und nichtig.

Es ist schwer, die Schuldigen zu finden. Die Schuldigen sind die Ökonomen, die Regierungen der Schuldner- und der Gläubigerländer. Die Schuldigen sind die Intellektuellen und die Organisationen, die die brennende Gefahr nicht erkannt haben. Allen voran trägt die UNO Schuld, die über die Kapazitäten und über spezielle Kommissionen hochqualifizierter Mitarbeiter verfügt, die es ihr erlauben würden, die Situation zu beurteilen. Sie ist eine Organisation, deren Existenzberechtigung darin besteht, solche Situationen wie die, in der jetzt die verschuldeten Länder stecken, zu verhindern.

Genauso schuldig sind die Banken und der IWF. Die Banken folgen dem Prinzip, daß es *„bei Geschäften keine Gefühle gibt"*. Ich schlage vor, dieses Prinzip auf die Untersuchung der Situation der verschuldeten Regierungen anzuwenden.

In Übereinstimmung mit dem Geist dieses Prinzips verliert der Bankier, der in nichtrentable Unternehmen investiert, sein Kapital und hört auf, Bankier zu sein.

Jetzt verlangen die Banken und der IWF, daß die Völker, die die Abkommen nicht unterzeichnet haben, die Verpflichtungen aus diesen Verträgen und Abkommen übernehmen. Sie verlangen die Senkung der Ausgaben für die Bildung, die Gesundheitsversorgung, die kulturelle Entwicklung und die soziale Sicherung. Diese Forderungen entbehren jeder rechtlichen Grundlage. Sie gründen sich allein auf das Mitgefühl gegenüber den Bankiers.

Die Völker der verschuldeten Länder verteidigen

Aber bei Geschäften gibt es keine Gefühle, und die Bankiers müssen die Irrtümer der Bankiers bezahlen. Der Irrtum der Bankiers bestand darin, daß sie die undemokratischen Regierungen als die wahren Eigentümer dieser Länder betrachteten. Die Bankiers glaubten, daß die Unterstützung rechter oder kommunistischer Diktaturen und politischer Parteien der Banken das beste Mittel wäre, um den Widerstand der Gesellschaften gegen die Ausbeutung zu paralysieren.

Polen kann als Beispiel dienen. Man kann hier sehen, daß der Teil der Opposition finanzielle und politische Hilfe aus dem Westen bekam, der es zu seiner Aufgabe machte, die Interessen der Kommunisten zu verteidigen und die Forderungen der Gesellschaft zu bremsen.

Vorschläge:

1.) Es muß eine Kommission eingerichtet werden, die den Grad an Verantwortung der Gesellschaft für die Verschuldung feststellt. Die Grundlage dieser Untersuchung muß die Bestimmung des Grads an Demokratie sein, die zu dem Zeitpunkt, als die Schuldenabkommen unterzeichnet wurden, vorherrschte. Man muß feststellen, welcher Prozentsatz der Kredite in Übereinstimmung mit den Interessen der Gesellschaft investiert wurde. Man muß errechnen, wieviele Schulden zurückgezahlt wurden, und die Verantwortung der Banken herausarbeiten, die Kredite für sinnlose Zwecke vergaben.

2.) Man muß eine breite Solidaritätskampagne zur Verteidigung der Völker der Länder führen, in denen die Regierungen Schulden gemacht haben. Man muß von den Regierungen der demokratischen Länder, von den religiösen Organisationen aller Konfessionen, den Gewerkschaften, politischen Organisationen und allen karitativen Verbänden verlangen, als Organisationen an dieser Aktion teilzunehmen. Man muß an diese Organisationen appellieren, damit sie die notwendigen Mittel freigeben, um die Völker der verschuldeten Länder zu informieren, insbesondere darüber, was die Verantwortung für Geldverschwendung betrifft.

3.) Es muß ausreichender Druck auf die UNO ausgeübt werden, um sie dazu zu zwingen, sich ernsthaft und wirksam mit der Verteidigung der Völker zu befassen, auf denen die Verantwortung für Schulden lastet, die sie nicht gemacht haben.

4.) Es muß ein internationales Tribunal gebildet werden, dessen Urteil in eindeutiger Weise den Grad der finanziellen Verantwortung der Regierungen, Diktaturen, Banken und der Völker definiert, und das ebenso Form und Fristen der Rückzahlung oder Annullierung der Schulden festlegt.



Streik der Bergarbeiter, August 1988 – Die Zeche war von Polizei umstellt



Demonstration der Parteien KPN und PPS am 21. 2. 1989 in Warschau für freie Wahlen

Adresse an das Internationale Tribunal in Lima im September 1989

Liebe Freunde und Genossen!

Ihr, Vertreter von Arbeiterparteien und Gewerkschaften, habt Euch in Lima zu einem internationalen Tribunal zusammengefunden. Das Tribunal hat sich zur Aufgabe gestellt, die Konsequenzen der Gesetze des kapitalistischen Weltmarktes und der Pläne und Maßnahmen des internationalen Finanzkapitals für die Arbeitenden in den Ländern Lateinamerikas, Asiens und Afrikas sowie in den westlichen Industrieländern und Osteuropa zu untersuchen und anzuprangern.

Dabei sollen die Auswirkungen dieses Weltmarktsystems auf die Arbeits- und Lebensbedingungen, die politischen Rechte sowie auf die ökologische Situation in allen drei Regionen beraten werden.

Die Ergebnisse dieser Beratungen müssen ein Ausgangspunkt sein für die Festlegung gemeinsamer Gegenmaßnahmen der Betroffenen und für den Kampf für eine gerechte Weltwirtschaft.

Wir wurden als unabhängige Aktivisten in der DDR vom Vorbereitungskomitee zu Eurem Tribunal eingeladen. An dieser Stelle bedanken wir uns für diese Einladung, der wir gern gefolgt wären, müssen Euch aber leider mitteilen, daß die zuständigen Behörden unseres Landes unsere Teilnahme verhinderten.

Als Arbeiter in Berliner Betrieben sind wir Mitglieder der staatlichen Gewerkschaft. Auf unsere Anfrage beim Bundesvorstand der Gewerkschaft bekamen wir mitgeteilt, daß der Vorstand des FDGB nicht in der Lage ist, unsere Teilnahme am Tribunal in Lima zu unterstützen.

Ihr habt uns aufgrund unseres politischen Engagements in Gruppen der linken Opposition, insbesondere der »Umweltbibliothek« und der »Arbeitsgruppe Weltwirtschaft«, eingeladen. Die »Umweltbibliothek« in Berlin informiert über landesinterne und internationale Umweltprobleme und versucht dabei die Zusammenhänge zu den bestehenden Wirtschaftsmechanismen deutlich zu machen. Darüber hinaus diskutiert und veröffentlicht der Arbeitskreis Meinungen zu sozialen Aktivitäten in selbstgedruckten Schriften, solidarisiert sich mit strafrechtlich Verfolgten und thematisiert Fragen zur internationalen Abrüstung und der Durchsetzung politischer Rechte.

Wir haben dabei konstatiert, daß Sozialismus und Demokratie zusammengehören und daß das eine ohne das andere nicht möglich ist. Es wäre völliger Unsinn, in unserem Engagement auf eine ernstgemeinte Unterstützung der Herrschenden im Westen zu setzen. Wir sind der Meinung, daß wir nur fortschrittliche Veränderungen erkämpfen können, wenn wir auf die internationale Solidarität der Unterdrückten bauen.

In diesem Sinne haben wir uns 1988 mit einem Appell an die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den westlichen Industriestaaten gewandt, um den zum Tode Verurteilten von Sharpeville zu helfen.

Darin hieß es u.a.: *„Die Hauptstütze für den Fortbestand der Apartheid ist die wirtschaftliche Kooperation mit den westlichen Industriestaaten. Die Dachorganisationen des schwarzen Widerstands, der ANC und der PAC, die unabhängigen Gewerkschaften und die Kirchen fordern darum seit langem den wirtschaftlichen Boykott Südafrikas.*

Oliver Tambo vom ANC sagte dazu: ›Ihr habt die Macht, allen Handel mit Apartheid-Südafrika aufzuhalten und sollt Euch keine Sorgen machen, daß uns dann ein Abendessen entgeht. Die Bäuche der Niedergeschossenen sind ohnehin leer.‹ Die Regierungen der westlichen Industriestaaten werden diesen Forderungen nicht freiwillig nachkommen. Mit dem Vorwand, ein Wirtschaftsboykott führe zu größerer Arbeitslosigkeit unter der schwarzen Bevölkerung, vertreten sie in Wirklichkeit die Gewinninteressen der großen kapitalistischen Unternehmen. Diese Interessen werden wahrgenommen durch die Nutzung Südafrikas als Rohstofflieferant, Absatzmarkt und vor allem als Billigarbeitskraft-Zone.

Allein in der BRD gibt es über 400 Unternehmen, die in Südafrika Tochterfirmen unterhalten. Diese Art Wirtschaftskooperation führt nicht nur zu verstärkter Ausbeutung der Afrikaner und zur weiteren militärischen Aufrüstung der Apartheid gegen die schwarze Bevölkerung und die Frontstaaten, sondern zum Arbeitsplatzabbau in Euren Ländern durch die Auslagerung der Produktion.

Um das Leben der sechs südafrikanischen Kollegen zu retten und der Apartheid ein Ende zu machen, fordern wir Euch auf, mit entschlossenen Aktionen den Wirtschaftsboykott Südafrikas, den Abbruch der Kreditvergabe und aller diplomatischen Beziehungen bei Euren Regierungen durchzusetzen. Wir wenden uns an Euch, weil wir der Meinung sind, daß in dieser Sache bei Euch große Verantwortung liegt. Wir wenden uns an Euch, weil wir der Meinung sind, daß Arbeitskampf, Friedens-, Umwelt- und Bürgerrechtsbewegung zusammengehören und mit internationaler Solidarität geführt werden müssen gegen kapitalistische Interessen und bürokratische Willkür.“

Im Juni 1988 fanden sich Vertreter unabhängiger Gruppen und Einzelengagierte in Potsdam zu einem vorbereitenden Seminar zur Weltbank-Tagung 1988 in Westberlin zusammen.

In einem „Potsdamer Erklärung“ genannten Papier wurde die Position der Gruppen zur Weltbank-Tagung bestimmt. Darin hieß es: *„Der IWF und die Weltbank sind Instrumente des internationalen Finanzkapitals, Mittel zur Aufrechterhaltung der mörderischen Struktur der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die Folgen sind bekannt: Hunderte Millionen Hungertote, soziale und ökologische Verwüstungen nie gekannten Ausmaßes und die sich aus all dem ergebenden, ins Unermeßliche gehenden Flüchtlingsströme.*

Die jüngsten Entwicklungen in Jugoslawien, Polen, Ungarn und Rumänien verdeutlichen, daß auch realsozialistische Länder durch ihre unbewältigten wirtschaftlichen Probleme in den Sog von Entwicklungen auf dem internationalen Kapital- und Geldmarkt geraten. Der direkte und indirekte Druck von IWF, Weltbank und großen Privatbanken ruft auch in solchen Ländern bevölkerungsfeindliche Maßnahmen auf den Plan. Die mit der Kreditvergabe verbundenen Empfehlungen oder Auflagen gegenüber diesen Ländern sind im Kern dieselben wie die IWF-Diktate gegenüber verschuldeten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, wie z.B. Verbesse-

rung der Investitionsbedingungen, insbesondere für das ausländische Privatkapital, drastische Einschränkung im Sozialbereich und der Abbau von Subventionen u.a. für Grundnahrungsmittel.

Die Folgen sind Preiserhöhungen, Versorgungskrisen, Arbeitslosigkeit, Lohnstopp, welche große Teile der Bevölkerung vieler betroffener Länder unter das Existenzminimum gedrückt haben.

Wir unterstützen insbesondere die in der ›Fuldaer Erklärung‹ erwähnte Forderung nach Streichung der Schulden, die von der betroffenen Bevölkerung in der Dritten Welt erhoben wird. Die Bildung eines Schuldnerkartells kann ein erster Schritt sein, um dem Gläubigerkartell eine Kraft entgegenzustellen. Die Lasten der Verschuldungskrise, die vor allem durch die IWF-Auflagenpolitik verstärkt werden, müssen nach dem Verursacherprinzip von denen getragen werden, die dafür verantwortlich sind und daran verdienen."

Zeitlich parallel zur Weltbank-Tagung in Westberlin organisierten unabhängige Gruppen in Ostberlin eine „Aktionswoche gegen Neokolonialismus, für eine gerechte Weltwirtschaft". Wir hatten dazu Vertreter von nationalen Befreiungsbewegungen und Gewerkschaften zu uns eingeladen. Den meisten von ihnen wurde jedoch die Einreise durch die DDR-Behörden verweigert. Für die IWF-Banker, die Organisatoren der Welthungerkatastrophe und Gäste der DDR-Regierung aber war die Mauer durchlässig. Für ihre Übernachtung wurden die Ostberliner Hotels bereitgestellt. Als die Finanzbosse ein Museum besuchen wollten, gab es dort eine Protestdemonstration. Sie wurden mit Sprechchören empfangen und mit DDR-Pfennigen beworfen.

Zu unseren Diskussionsabenden hatten wir zum ersten Mal offiziellen Besuch von staatlichen Wirtschaftswissenschaftlern. Die Absicht dabei wurde klar, als sie befragt wurden, was sie von einer Demonstration gegen die IWF-Pläne hielten. Wir bekamen zur Antwort, wir können doch gemeinsam über alle Probleme reden, dazu müssen wir doch nicht gleich auf die Straße gehen.

Zu welchen Schlußfolgerungen sind wir aufgrund der theoretischen Auseinandersetzungen über die Funktion des Weltmarkts, des IWF und der Weltbank gelangt? Welche Rolle spielen dabei die Ostblockstaaten, insbesondere die DDR, und welche sozialökonomischen Perspektiven haben sie?

Wir müssen mit dem Allgemeinen beginnen, um zur Rolle und zur möglichen Perspektive unseres Landes zu kommen. Die Funktionen von IWF und Weltbank sind begründet mit der Förderung der Verwertungsbedingungen des Kapitals und der internationalen Bewahrung bzw. Restauration kapitalistischer Verhältnisse. Insbesondere sollten nach dem Zusammenbruch des alten Kolonialsystems neue Wege gefunden werden, die ehemaligen Kolonialländer als Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Billigarbeitskraft-Zonen für die Industriestaaten zu erhalten. Das war umso leichter, da die unabhängig gewordenen Länder zum großen Teil nur auf Rohstoffprodukte und landwirtschaftliche Monokulturen durch ihre ehemaligen Mutterländer ausgerichtet worden waren.

Die neue Abhängigkeit besteht in der Notwendigkeit, Fertigprodukte und Industriewaren von den Industriestaaten importieren zu müssen. In dieser historisch gewachsenen Abhängigkeit liegen die oft zitierten ungleichen Austauschverhältnisse, „terms of trade", beim Export-Import begründet. Die Entwicklungsländer mit arbeitsintensiver Warenstruktur und durchschnittlich geringer Arbeitsproduktivität tauschen bei jedem Handel mit kapitalistischen Industriestaaten letztendlich immer viel Arbeitszeit gegen wenig Arbeitszeit. Für die kapitalistischen Industriestaaten sind diese für sie günstigen Austauschverhältnisse eine Quelle riesiger Zusatzgewinne. Dazu kommt, daß die Rohstoffpreise in den letzten Jahren beträchtlich heruntermanipuliert wurden, so daß die Entwicklungsländer heute eine vervielfachte Menge an Rohstoffen exportieren müssen, um ihre Importe zu bezahlen, bzw. um fällige Tilgungsraten und Zinsen für Kredite zu bezahlen.

Die Löhne in den Drittweltländern betragen nur einen Bruchteil der Löhne in den Industriestaaten. Folglich sind multinationale Konzerne bestrebt, ihre Produktion in diese Länder zu verlagern. Die Folge davon ist die massive Ausbeutung der Menschen der Dritten Welt, weitere Zerstörung der Sozialstrukturen, Slumbildung und wachsende Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten.

Die heutige globale Schuldenkrise hat ihre Ursache in der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung. Die Weltwirtschaft ist 1968/1969 in eine lange Rezessionsphase getreten. Diese ist gekennzeichnet durch eine Überproduktion im Verhältnis zur zahlungsfähigen Nachfrage an Produkten. Die Folge davon sind fehlende profitable Investitionsmöglichkeiten in den Wirtschaftszweigen der Hauptländer. Es wurde Kapital in den Finanzsektor gelenkt, weil die Verwandlung von Kapital in Geldkapital höhere Profitraten versprach.

Dieses Kapital wurde dann durch Vermittlung des IWF den Entwicklungsländern schmackhaft gemacht und in Form von Krediten angeboten. Unter den ungleichen Tauschverhältnissen der unterentwickelten Industrie und dem Handelsprotektionismus seitens der Industriestaaten (Waren aus den Entwicklungsländern, die die Exporterlöse zur Kreditrückzahlung erbringen sollten, sind für bestimmte Märkte gesperrt) ist die Rückzahlung unmöglich. Selbst um Zins- und Tilgungsraten zu bezahlen, mußten neue Kredite genommen werden. Dazu kommt, daß Vertreter der nationalen Bourgeoisien und Bürokratien Gelder dieser Kredite in die privaten Taschen fließen ließen oder zu ihrem Vorteil auf westlichen Banken wieder anlegten.

So kam es zur heutigen Situation: Gesamtschulden der Entwicklungsländer ca. 1,2 Billionen Dollar, keine Rückzahlbarkeit, einzelne Länder können nicht einmal mehr die fälligen Zinsen bezahlen; massiver Ausverkauf der natürlichen Ressourcen (Abholzung der tropischen Regenwälder = Gefährdung der Erdatmosphäre).

Welche „Lösungsstrategien" sieht der IWF für die Schuldenkrise?

Um das gegenwärtige Weltmarktsystem vor einem Kollaps zu bewahren, werden bei Zahlungsunfähigkeit mit einzelnen Ländern Umschuldungsabkommen getroffen und tilgungsfreie Zeiträume vereinbart. Das bedeutet aber keine Verringerung der Schuldenlast, sondern nur weitere Verschiebung der Abhängigkeiten in die Zukunft.

Zum zweiten geht der IWF zu sogenannter »Debt-to-Equity-Swab« über, d.h. Schulden werden damit kompensiert, daß nationale Unternehmen in den Besitz von multinationalen Konzernen gehen. Das bedeutet Pfändung der Reichtümer der Entwicklungsländer durch die Industriestaaten. Ist ein Land in die Schuldenfalle geraten, muß es neue Kredite aufnehmen (alle westlichen Banken gewähren Kredite nur mit dem Segen des IWF). Dann müssen auch die diktatorischen wirtschaftlichen und politischen Auflagen des IWF, sogenannte Anpassungsprogramme, in Kauf genommen werden. Diese

beinhalten die Privatisierung nationaler Unternehmen, Kürzungen der Subventionen von Nahrungsmitteln und Ausgaben für soziale Zwecke, das Einfrieren von Löhnen und Gehältern, die Drosselung von Importen und allgemein die Schaffung von günstigeren Bedingungen zur Einbindung des Landes in die kapitalistische Wirtschaft.

IWF und Weltbank sind Instrumentarien des Weltkapitals. Folglich werden beide Organisationen und ihre Strategien prinzipiell von allen bürgerlichen Parteien (christlich-demokratische, liberale und republikanische) unterstützt, denn sie sind die politischen Interessenvertreter des kapitalistischen Eigentümers.

Warum treten dann heute bestimmte bürgerliche Kreise für teilweisen Schuldenerlaß ein?

Wahrscheinlich, weil sie vom Standpunkt ihrer Interessen „weitblickender" sind. Sie konstatieren, daß die offene Ausplünderungspolitik des IWF sich für sie selbst nachhaltig auswirken kann:

1. Die Verelendung schafft revolutionäre Situationen, es könnten wichtige Einflußgebiete verloren gehen

2. Durch die massive Ausplünderung sinkt die zahlungsfähige Nachfrage nach Industrieprodukten, d.h. Verlust von Absatzmärkten.

Diese sämtlichen bürgerlichen Strategien mit der Vorgabe, Entwicklung und Selbständigkeit herzustellen, sind Zynismen ins Quadrat erhoben.

Welche prinzipiellen Lösungen schlagen sozialdemokratische Führer vor?

Ihre Lösungen hinterfragen ebensowenig die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Herrschaft des Imperialismus und seiner Institutionen. IWF und Weltbank sollen demokratisiert, reformiert, verbessert werden, ohne die dahinterstehenden Interessen und Machtstrukturen zu thematisieren und anzugreifen.

Die heutige DDR-offizielle Position ordnet sich in dieses Spektrum ein. Maßgebende Wirtschaftswissenschaftler äußerten sich diesbezüglich:

„*...Demokratisierung der Währungs- und Finanzbeziehungen notwendig... Begrenzung der Zins- und Tilgungszahlung auf ein erträgliches Maß... größeres Mitspracherecht der Entwicklungsländer in IWF und Weltbank..*" (Quelle: Dr. Evelyn Koller, IPW Berlin, in Urania 9/88).

„*...Globale Vernunft in der internationalen Arbeitsteilung... Entwicklungsländer müssen eigene Anstrengungen verstärken... Veränderungsfähigkeit in Entwicklungsländern durch Ausbreitung dynamischer Produktionsverhältnisse ist materielle Basis für positive Aussichten einer solchen Politik... koloniale Unterentwicklung bremsen und dem Kapitalismus entspringende Verelendung abbauen... Bruch mit dem kapitalistischen System ist nicht möglich...*" (Quelle: Prof. Dr. H. Faulwedder, in Urania 9/88).

„*...Politische und moralisch-ethische Aspekte dürfen in Handelsbeziehungen keine Rolle spielen...*" (Quelle: Faulwedder auf Weltwirtschafts-Seminar in Gemeinde Berlin-Friedrichsfelde am 23. 9. '88).

„*...Kredit und Zins sind ganz normale Bestandteile ökonomischer Beziehungen und werden es immer bleiben... Schuldenstreichung ist nicht möglich, Schulden muß der bezahlen, der sie macht... IWF und Weltbank sind von uns anerkannte UNO-Organisationen, die Gäste in unseren Hotels sind nur kleine Beamte und verdienen unseren Schutz...*" (Quelle: Dr. Mühre, Humboldt-Universität Berlin, in der »Umweltbibliothek«-Galerie am 20. 9. 88).

Wir antworten all den sozialdemokratischen Parteiführern und unseren bürokratischen Bonzen, welche ihre tiefe Illusion verbreiten, mit den Worten Lenins aus seiner Imperialismus-Studie:

„*Die ›Demokratisierung‹ des Aktienbesitzes, von der bürgerliche Sophisten und opportunistische ›Auch-Sozialdemokraten‹ eine ›Demokratisierung des Kapitals‹ erwarten oder zu erwarten vorgeben, ist in Wirklichkeit eines der Mittel, die Macht der Finanzoligarchie zu vermehren. Der Begriff Imperialismus bezeichnet die Etappe der allmählichen Aufhebung der freien Marktwirtschaft durch die Herrschaft der sich miteinander verschmelzenden Großkapitale, durch die Herrschaft des Finanzkapitals, also des Bündnisses von industriellem und Bankkapital. Dieser Imperialismus ist parasitärer Kapitalismus, weil sich nicht mehr in allen Teilen der Welt universelle Produktivkräfte entwickeln können. Die Länder mit gering entwickelter Arbeitsproduktivität dienen hauptsächlich dazu, Zulieferer für agrarische Produkte und Rohstoffe, also arbeitsintensive Produkte, zu sein. Das Verhältnis von maschinellem Kapital und ausbeutbarer Arbeitskraft fällt wesentlich mehr zugunsten des variablen Kapitals aus. Andererseits sind die Lohnkosten auch niedriger als in den Industriestaaten. Das sind zwei Quellen zusätzlichen Gewinns. Das Interesse an der Ausnutzung und Aufrechterhaltung beider Tatsachen beweist die Gültigkeit des von Marx entdeckten Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate und des Gesetzes der kapitalistischen Ausbeutung. Durch die zusätzlichen Gewinne bei der neokolonialistischen Ausbeutung ist es möglich, den Arbeitern in den Industriestaaten, insbesondere ihren bürokratisierten Oberschichten, einen relativen Wohlstand zu verschaffen. Die wirtschaftliche Verbesserung ihrer sozialen Lage ist der Boden für den Einzug bürgerlicher Ideen in die Arbeiterbewegung. Das soziale Elend in den Entwicklungsländern und die Entstehung von opportunistischen und reformkapitalistischen Positionen der Arbeiterbewegung in den industriellen Hauptländern sind also zwei Seiten einer Medaille.*"

Gegenwärtig findet zwischen den drei imperialistischen Zentren, USA, Japan und EG, der Kampf um die Neuaufteilung des Weltmarktes statt.

Um bei dieser Wirtschaftsschlacht gut abzuschneiden, sollen die europäischen Wirtschaften entsprechend konkurrenzfähig gemacht werden. Diese Konzeption heißt „Europäischer Binnenmarkt 1992". Die Unternehmen sollen alle Freiheiten für den Transfer von Kapital, Waren und Arbeitskraft erhalten. Die Folge davon wird die Senkung der Reallöhne, die Herabsetzung der Limits im Umweltschutz, die weitere Aushöhlung von sozialen Errungenschaften und der politischen Rechte sowie die Erhöhung der Arbeitslosigkeit sein.

Welche Funktion sehen die westlichen Unternehmen und Finanzinstitutionen für die Ostblockstaaten in dieser Konzeption vor?

Die Funktionen sind prinzipiell die gleichen wie die der Entwicklungsländer: Rohstofflieferant, Billigarbeitskraft-Zone und Absatzmärkte für westliche Industriewaren.

Um das reibungsloser zu gestalten, werden in den RGW-Ländern Reformen gefördert, welche eine bessere Anpassung an den kapitalistischen Weltmarkt darstellen. Reformen in diesem Sinne sind:

1. Die Möglichkeit direkter Kapitalanlage in den Ostblockstaaten, der Aufkauf von Betrieben, Betriebsteilen und die Schaffung von Beteiligungsunternehmen für die Westexport-Produktion. Die DDR ist schon lange die verlängerte Werkbank der BRD. Beispiel dafür sind Bekleidungsindustrie, elektrotechnische Industrie und die

Stahlproduktion. Die Stahl- und Walzerzeugnisse, welche von den Stahlwerken in Henningsdorf, Brandenburg und Riesa hergestellt werden, sind viel billiger als die von ihren teuren Kollegen bei Krupp produzierten.

2. Die Anpassung der Währungssysteme durch die Einführung von konvertiblen Währungen in den RGW-Ländern.

3. Die Möglichkeit des freien Ankaufs von Ost-Arbeitskräften. Bekannt ist heute schon das Beispiel der DDR-Firma Limex, welche Ostberliner Bauarbeiter im Westen zu Dumpingpreisen arbeiten läßt.

Welche Position und Interessen vertreten die herrschenden Bürokraten der Ostblockstaaten zu dieser Konzeption?

Das in der Sowjetunion und in anderen Ostblockstaaten ausgebildete Gesellschaftssystem wird von den Herrschenden in diesem System und den bürgerlichen Politikern als Sozialismus bezeichnet. Tatsächlich sind die Verhältnisse nicht sozialistisch, denn die Verfügungsgewalt über die Produktionsinstrumente und die Produkte der Arbeit befinden sich nicht bei den Arbeitenden, sondern in den Händen einer selbsternannten Bürokratie. Sowohl die politische als auch die ökonomische Macht ist beim Staat monopolisiert. Die Masse der Bevölkerung steht dem Staat eigentumslos gegenüber. Die Entwicklung der produktiven Kräfte in den staatsbürokratischen Produktionsverhältnissen ist mit einigen zeitlichen Unterschieden zwischen diesen Ländern in Stagnation geraten. Das kommt vor allem in einem wachsenden Zurückbleiben der Technologieentwicklung, infolgedessen der Vergrößerung des Abstandes des Maßes der Arbeitsproduktivität im Vergleich zu den westlichen Industriestaaten, zum Ausdruck.

Wir sind der Meinung, daß die Entwicklung der Produktionsverhältnisse in zwei grundsätzlich verschiedene Richtungen offensteht:

- Die erste und fortschrittliche Richtung ist die des Sozialismus, durch Vergesellschaftung des staatlichen Eigentums, der Herstellung der Produzenten-Selbstverwaltung auf gesamtgesellschaftlicher Grundlage und der Arbeiterdemokratie.
- Die andere Richtung ist die der weiteren Anpassung an den kapitalistischen Weltmarkt. Die herrschende Bürokratie würde durch den Sozialismus ihre materiellen Privilegien und ihr Machtmonopol über die Gesellschaft verlieren. Deshalb wird sich der größte Teil ihrer Angehörigen, in einigen Ländern früher, in anderen später, für den zweiten Weg entscheiden. Dieser Weg verknüpft sich für sie mit der Hoffnung, als Sachwalter des Kapitals oder dessen Teilhaber eine privilegierte Stellung in der Gesellschaft aufrechtzuerhalten.

Die weltweite Krise des kapitalistischen Systems und die Krise des staatsbürokratischen Systems ist die Grundlage für die Annäherung der Interessen der Herrschenden beider Systeme. Die Bürokraten in osteuropäischen Staaten und China übernehmen immer mehr die gleiche Rolle wie die nationalen Bourgeoisien in den Entwicklungsländern, nämlich Vollstrecker der Interessen westlichen Kapitals zu sein.

Welche Konsequenzen für die Werktätigen wird der Weg der kapitalistischen Angleichung haben, wenn ihm nichts entgegengesetzt wird?

Durch die Privatisierung und das sich verstärkende Diktat des Kapitals wird es zu Reallohnkürzungen und Aufhebung von sozialen Sicherungen kommen.

Der nach wie vor ungleiche Austausch von Waren und der Verkauf von Arbeitskräften werden die für den Binnenmarkt bestimmten Waren in Menge und Qualität weiter verschlechtern. Die Verringerung des Warenangebots wird unweigerlich zur Ankurbelung der Inflation führen.

In Polen, Ungarn und Jugoslawien sind diese Konsequenzen schon praktisch wirksam. Die Inflation wird durch die Einführung konvertierbarer Währungen einen zusätzlich starken Antrieb bekommen. Der Ausverkauf und die Abwanderung von Arbeitskräften in den Westen führt dort zu größerer Arbeitslosigkeit und zum Druck auf die Lohntarife.

Wir erwarten von der kapitalistischen Angleichung eine massive Verschlechterung der ohnehin prekären Umweltsituation, denn Umweltschutzmaßnahmen schlagen ebenso wie die Löhne in den Produktionskosten negativ zu Buche. Schadstoffgrenzwerte werden weiter gesenkt oder umgangen werden. Die Ostblockstaaten werden wie die Entwicklungsländer als Müll- und Schadstoffdeponien für die westlichen Länder benutzt werden. Der Giftmülltransfer von der BRD und Westberlin in die DDR ist dafür nur der Auftakt.

Die Binnenmarktkonzeption 1992 sieht die DDR als Warenumschlagplatz und Verkehrsknotenpunkt für den Warentransport Nord-Süd- und Ost-Westeuropa vor. Die Verkehrsadern, Straßen und Schienenwege werden, um Kosten zu sparen, faktisch wie mit dem Lineal durchs Land gezogen werden. Landschaften und Isotope werden diesen Plänen zum Opfer fallen.

Wird sich die Situation der politischen Freiheiten auf dem Weg der Anpassung in unseren Ländern verbessern?

Politische Freiheiten führen zum Zusammenschluß der unterdrückten Klasse und zum gemeinsamen Kampf für die Verbesserung der Lebenslage, für die Erhöhung der Lohntarife bis hin zu sozialen Demonstrationen. Die Gewährung von politischen Freiheiten stellt also eine Gefahr für die Herrschaft von Kapital und Bürokratie dar. Sie stellt auch eine Gefahr für die Höhe der Ausbeutungsrate, also für den kapitalistischen Gewinn, dar.

Das Massaker der chinesischen Bürokratie an den Studenten und Arbeitern in diesem Sommer hat die Konturen dieser Zusammenhänge veranschaulicht. Durch die Öffnung Chinas für das ausländische Kapital hat sich die soziale Lage der Werktätigen noch mehr verschlechtert.

Der Widerstand der Arbeiter und Studenten mit seinen berechtigten Forderungen wurde im gemeinsamen Interesse der chinesischen Machthaber und des internationalen Großkapitals blutig niedergeschlagen.

Die Anpassungsmaßnahmen werden auch den Widerstand der osteuropäischen Arbeiter und Arbeiterinnen herausfordern.

Welchen Weg zur Durchsetzung unserer Interessen müssen wir in unserem Land und international gehen?

Wir haben schon gesagt, daß es für unser Land einen anderen Weg als den der kapitalistischen Angleichung gibt. Dieser Weg muß über die Beseitigung der jetzigen Herrschaft durch eine antibürokratische sozialistische Revolution zur direkten Demokratie der Werktätigen führen. Die direkte Demokratie wird realisiert durch ein Rätesystem in Wirtschaft und Verwaltung. Sie stützt sich auf die gewählten Räte der Betriebe und der Wohngebiete. Alle gewählten Vertreter in den Räten führen die Interessen ihrer Wähler aus, sind ihnen rechen-

schaftspflichtig und ständig durch sie abwählbar, wenn sie ihren Auftrag nicht erfüllen.

Sie arbeiten für den durchschnittlichen Arbeiterlohn. Alle gesellschaftlichen Angelegenheiten sind öffentliche Angelegenheiten.

Ein solches Rätesystem verlangt und ermöglicht, daß immer mehr Menschen mit Sachverstand ihre Entscheidung über sich selbst und über ihre Verhältnisse fällen und diese Entscheidungen mit Verantwortung verwirklichen.

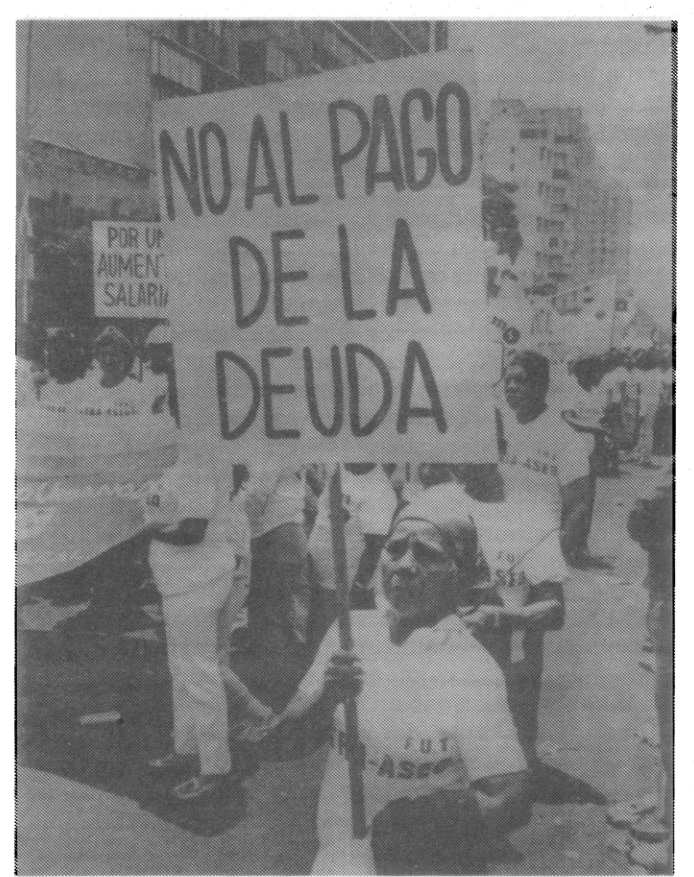
Alle haben die Möglichkeit, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, Glauben usw. in die Räte gewählt zu werden, wenn sie von der Wählermehrheit ein Mandat bekommen.

Zur zusätzlichen Sicherung muß völlige Versammlungs-, Organisations- und Pressefreiheit bestehen.

Voraussetzung für die allgemeine Teilnahme an gesellschaftlichen Angelegenheiten ist die Verkürzung der Arbeitszeit für alle. Um die Arbeitszeit zu verkürzen, ist einerseits die Beseitigung des monströsen Staatsapparates erforderlich, denn dieser konsumiert einen riesigen Teil des von den Werktätigen erzeugten Mehrprodukts in einer für die Gesellschaft völlig unproduktiven und repressiven Weise. Die ehemaligen Angehörigen der Apparate werden eine ihrer fachlichen Qualifikation gemäße produktive Tätigkeit verrichten müssen.

Andererseits ist die Hebung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität notwendig und möglich durch eine demokratische Planung auf der Basis der gesamtgesellschaftlichen Kostenrechnung für ein jeweiliges Produkt bzw. für verschiedene Produktionsvarianten, Betriebsgrößen, Standorte, Umweltkosten usw.

Diese Forderungen nach einer tatsächlichen Arbeiterherrschaft als Voraussetzung zur Aufhebung der Klassengesellschaft und der alten Arbeitsteilung wurden schon vom Spartakus und der KPD zu Zeiten und im Sinne Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts gestellt. Daran müssen wir wieder anknüpfen und sie in der DDR endlich verwirklichen.



Caracas, 1. Mai 1987, während die erste Internationale Arbeiterkonferenz gegen die IWF- und EG-Pläne tagte: *„Nein zur Zahlung der (Auslands-) Schulden!"*

Die Arbeiter kann niemand anders befreien als sie selbst.

Wir müssen damit beginnen, tatsächliche Interessenvertretungen zu schaffen für die Verbesserung unserer sozialen Lage, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, zur Verteidigung und Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten und zur Einflußnahme auf die Erziehung unserer Kinder in den staatlichen Bildungseinrichtungen, zur Selbständigkeit im Denken und Handeln.

Es muß versucht werden, für Gewerkschaftsleitungen, gesellschaftliche Organisationen und Institutionen eigene Kandidaten mit konkreten Aufträgen aufzustellen und nur diese zu wählen. Ist das nicht durchsetzbar, müssen unabhängige Organisationen geschaffen werden.

Gleichzeitig müssen wir über die Produktion und die Gesellschaft betreffende Entscheidungen Kontrolle ausüben und unsere Belange geltend machen.

Die Arbeiter und Angestellten der Betriebe bilden dazu staatlich unabhängige Arbeiterkomitees mit Vertretern der Abteilungen. Diese Betriebsräte haben die Aufgabe, Kontrolle auszuüben über den technischen und wirtschaftlichen Nutzen der gesamten betrieblichen Tätigkeit, über die Investitionen und die Arbeitskräfteplanung, die Verteilung der Löhne und Gehälter, über die Verteilung des betrieblichen Einkommens auf die Fonds und deren Verwendung, sowie über die staatliche Gewinnabführung. Die Betriebsräte verschiedener Betriebe müssen regionale und überregionale Verbindungsräte schaffen bis hin zur späteren Kontrolle der Gesamtproduktion.

Diese Rätestruktur wird in ständigem Konflikt mit den staatlichen Strukturen stehen. Sie muß sich daran stärken, bis zur Herstellung einer Doppelherrschaft und, wenn das Kräfteverhältnis ausreichend ist, die alten Strukturen zerbrechen. Sie bildet die Grundlage der dann zu errichtenden Arbeiterselbstverwaltung.

Der Prozeß der internationalen sozialistischen Transformation kann aufgrund unterschiedlicher nationaler Bedingungen nicht in allen Ländern gleichzeitig beginnen. Er wird dort einsetzen, wo das Kräfteverhältnis für die Unterdrückten am günstigsten ist. Die neu errichteten Verhältnisse können aber nur stabil sein und zu einem höheren sozialistischen Niveau gelangen, wenn dieser Prozeß immer mehr Länder, vor allem die industriell entwickelten, erfaßt. Diese müssen mit den Entwicklungsländern ein internationales Produktions-Verteilungs-Kartell auf der Basis des gegenseitigen Vorteils und zur Zurückdrängung der negativen Einflüsse des kapitalistischen Weltmarktes schaffen.

Wenn es uns gemeinsam gelingt, ein internationales solidarisches Zusammengehen der Arbeiter in den westlichen Industriestaaten, der Arbeiter in den Ostblockstaaten und der unterdrückten Klassen der Entwicklungsländer auf Basis ihrer antikapitalistischen und antibürokratischen Theorien und Traditionen zu schaffen, dann werden wir siegen!

Tom Sello, Uwe Bastian,
Berlin (DDR), den 14. September 1989

Die hier dokumentierten Texte zur Politik des IWF und der „Wirtschaftsreform“ in den osteuropäischen Ländern entstanden unabhängig vom Lima-Tribunal, zu dem erst später eingeladen wurde. Sie liegen dem Tribunal nicht vor. Doch bei vielen der hier aufgeworfenen wichtigen Fragen geht es um die selben Probleme, die auch in Lima zur Diskussion stehen. Deshalb veröffentlichen wir diese Texte an dieser Stelle. - gkb -

Das Reformgeschehen in einigen realsozialistischen Ländern

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Diskussion während des Friedrichsfelder Seminars im Rahmen der Anti-IWF-Aktionswoche war die Frage, ob es den Ländern des realen Sozialismus möglich ist, eine Alternative zur gegenwärtigen, ihrem Wesen nach kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung zu bieten. Kritiker und Befürworter der gegenwärtigen realsozialistischen Verhältnisse sind sich darüber einig, daß die gegenwärtige Situation dieser Länder kein akzeptables Modell darstellt. Es stellt sich also die Frage, inwieweit die Wirtschaftsreformen, die in einigen realsozialistischen Ländern begonnen haben, bewirken können, daß der Einfluß dieser Länder auf die Weltwirtschaft in einer Weise zunimmt, die sie dazu befähigt, in ihren internationalen Wirtschaftsbeziehungen eine wirksame Alternative zur herrschenden Weltwirtschaftsordnung (eben jener, der wir u.a. die internationale Schuldenkrise verdanken) zu bieten. Aus dem Versuch, diese Frage zu beantworten, entstanden nachfolgende Ausführungen, die wir hiermit zur Diskussion stellen:

1. Die Randbedingungen der Reform

Nach jahrzehntelangen politisch abgesicherten Blockaden wirtschaftsreformatischer Versuche erscheint auf den ersten Blick sowohl die hektische Betriebsamkeit, mit der über tiefgreifende Reformen vor allem gesprochen wird, als auch die Leichtigkeit, mit der politökonomische Dogmen der Vergangenheit über Bord geworfen werden, frappierend. Weniger verblüffend mutet dagegen schon die Kluft zwischen dem Anspruch, endlich über die technokratisch-voluntaristischen Wechselbäder zwischen direktem und indirektem Zentralismus hinauszugehen, und der hinterherhinkenden Reformwirklichkeit (vor allem in der VR Polen) an.

Um solche Erscheinungen zu verstehen, scheint es uns wichtig, die folgenden Feststellungen zu berücksichtigen:

I.- Die Reformen in einer Reihe realsozialistischer Länder setzten zu einem Zeitpunkt ein, wo nicht nur dem äußeren Druck (anwachsender technologischer Rückstand zu den entwickelten kapitalistischen Ländern), sondern auch dem inneren Druck (chronisch gewordene Antriebsarmut und innovative Trägheit einer bürokratischen Verwaltung von Ökonomie und Menschen mit allen daraus resultierenden Leistungsschwächen u.a. im Sozial-, Versorgungs- und Dienstleistungsbereich) auf alte Weise nicht mehr begegnet werden konnte.

II.- Die gegenwärtig mit verschiedenen Akzenten und unterschiedlichen Ergebnissen in der UdSSR, der VR Polen, der VR Bulgarien und der CSSR anlaufenden Wirtschaftsreformen kommen mindestens 15 Jahre zu spät.

III.- Während der politisch chancenreiche Konsens für die Herstellung günstiger außenpolitischer Bedingungen der Umgestaltung (Frieden, Abrüstung) alle Kräfte eint, findet sowohl offen als auch verdeckt ein erbitterter Kampf um die Richtung und die Grenzen der Reformen statt.

IV.- Die Härte dieses Kampfes erklärt sich vor allem aus folgenden Schwierigkeiten:
Es gilt, die Obstruktion des Apparats einer über seine Zeit hinaus sich verfestigten Bürokratie zu gewinnen. Sein übergreifender politischer Konsens ist gegen jegliche Reformen jenseits technokratischer Kosmetik gerichtet. Inhalt dieses Kampfes ist die Praxis einer sozialistischen Demokratisierung.

V.- Die unbedingte Durchführung einer bislang verschleppten und heute so hart umkämpften Reform steht zusätzlich unter einem weiteren Zwang:
Aus den oben erwähnten externen Randbedingungen (Systemauseinandersetzung) leitet sich ab, daß es nunmehr erforderlich ist, in kürzester Zeit die so dringend erforderliche Modernisierung zu erzwingen, um nicht endgültig den Anschluß zu verlieren.

2. Die Risiken der gegenwärtigen Reformen. Der Doppelcharakter des Reforminhalts.

Die Randbedingungen gegenwärtiger Reformen in realsozialistischen Ländern und den sich um sie abspielenden Kampf zu verstehen, bedeutet noch lange nicht, sie auch in allen ihren Erscheinungen und Auswirkungen zu befürworten und zu unterstützen. Im folgenden soll hierfür eine Orientierungshilfe geboten werden.

VI.- Die entschiedendsten Reformer haben die untrennbare Einheit von politischen und wirtschaftlichen Reformen akzeptiert. In dem Maße, in dem so praktisch über den technokratischen Charakter bisheriger Ansätze hinausgegangen wird, in dem also die rätedemokratischen Formen (SU: Betriebsräte, Sowjets) wirklich entwikkelt werden und die Selbständigkeit der Massen als Chance und nicht als Gefahr erkannt wird (Polen: unabhängige Gewerkschaften), kann auch eine Wirtschaftsreform in Gang kommen.

VII.- Angesichts des harten Kampfes um die politische Seite der Reform wird sich hier der Fortschritt am langsamsten durchsetzen. Politische Reform ist andrerseits aber das Kriterium für die Wirksamkeit und Dauerhaftigkeit auch ökonomischer Wandlungen. Die Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen, ebenso wie die Möglichkeit ihrer schnellstmöglichen Einleitung, kann offenbar auch von vielen Konservativen nicht mehr geleugnet werden. Daher ist es nur zu folgerichtig, wenn um der schnellen Ergebnisse und vor allem Erfolge willen viele Reformer sich mangels gewachsener authentisch sozialistischer Wirtschaftsregulative zuerst aus dem Arsenal markt- und geldwirtschaftlicher Instrumentarien bedienen. Sie tun dies nicht zuletzt auch deshalb, weil hier der Kompromiß mit den Technokraten möglich ist.

VIII.- Die eigentümliche Dualität in der Entwicklung basis- und rätedemokratischer Institutionen im Gefolge der politischen Reform und marktwirtschaftlicher Instrumentarien im Gefolge der Wirtschaftsreform ist Ausdruck eines realen Widerspruchs der gegenwärtigen Übergangsgesellschaft:

Es ist dies der Widerspruch zwischen dem sich erneut anmeldenden gesellschaftlichen Anspruch auf Selbstbestimmung der politischen Formen des sich entwickelnden Sozialismus einerseits, und den Defiziten an dazu passenden ökonomischen Formen andererseits. Dieser Widerspruch ist eine besondere Erscheinungsform des anhaltenden Verge-

sellschaftungsdefizits in bürokratisierten realsozialistischen Industrieländern. Der jetzt stattfindende politische Kampf und das externe Zeitproblem spitzen diesen Widerspruch in dramatischem Maße zu:

Entweder hat die Reform innerhalb eines jetzt nur noch begrenzten Zeithorizonts Erfolg, oder der real-existierende Sozialismus hat als gesellschaftliche Alternative für's erste über seine Niederlage zu quittieren.

IX.- Wenn es realsozialistischen Reformländern nicht in kurzer Zeit gelingt, die politischen Assoziationen einer selbstbestimmten sozialistischen Demokratie zu schaffen und sie zu befähigen, auch die ökonomischen Instrumentarien einer sich aus ihren eigenen, seiner Natur nach kommunistischen, Antrieben heraus entfaltenden Wirtschaft zu erzeugen, wird dieser Weg scheitern. Dann wird die Gefahr eines Ausverkaufs auch inzwischen erkämpfter politischer Errungenschaften der Selbstverwaltung und der sozialistischen Demokratie an den Kapitalismus heraufbeschworen. Nur mit eigenen Antrieben (und nicht mit halbherzigen Anleihen an die Mechanismen einer kapitalistisch beherrschten Weltwirtschaft, an der man sich jedoch ansonsten total auszurichten gedenkt) werden sozialistische Länder in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit überlegen und zu einer wirklichen Alternative nicht nur für die »Dritte Welt«.

X.- Das Beispiel Rumäniens zeigt die Perspektivlosigkeit des Beharrens auf einem stalinistischen Modell autoritätsbürokratischer Zwangsvergesellschaftung mit absoluter Priorität nationalstaatlicher Souveränität. Das Beispiel Ungarns zeigt die Gefahren eines Nachhangs demokratischer Reformen sozialistischen Inhalts gegenüber bürgerlichen Freiheiten und der Vereinseitigung einer Wirtschaftsreform mit Schwerpunkt auf Weltmarktorientierung. Wie lange es sich die DDR noch leisten kann, goldene Mittelwege zu gehen, wird hier in allererster Linie von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängen.

Randnotiz zur Diskussion

Die im »Feuermelder« veröffentlichten Thesen über „Das Reformgeschehen in einigen realsozialistischen Ländern" gehen meines Erachtens hinter das auf dem Seminar erreichte politische und theoretische Niveau zurück,

– indem 1. der Eindruck erweckt wird, man hätte auf dem Seminar überlegt, wie die „reformierten" Länder auf die Weltwirtschaft im Sinne einer sozialistischen Perspektive wirken können...

Dabei ist dort vielmehr festgestellt worden, daß **trotz** aller Reformen eine zunehmende Abhängigkeit dieser Länder vom kapitalistischen Weltmarkt ihre Wirtschaften prägten und daß ohne eine **grundsätzlich andere** Produktion (der von Gebrauchsgütern) keine alternative Wirkung von ihnen ausgehen kann. Ein kollektives Ergebnis der zweitägigen Diskussion bestand gerade in der Feststellung, daß der „Anschluß" bereits verloren ist, eine „Modernisierung" gar nichts nützt und im Sinne einer **echten** Alternative abzulehnen ist,

– indem 2. in den Thesen die anstehenden Veränderungen ausschließlich als solche beschrieben werden, die von mehr oder weniger „entschiedenen Reformern" gemacht oder ausgelöst werden...

Dabei ist vielmehr während des Seminars jene Meinung am stärksten vertreten gewesen, die wirkliche alternative Veränderungen in erster Linie als Resultat der **Aktivitäten** und **Forderungen** von **unten**, d.h. von den arbeitenden Massen selber, ansehen. Die Seminarteilnehmer vertrauten weniger auf eine reformwillige Regierungsfraktion, dafür umso mehr auf die eigene Initiative. Von dieser richtigen und wichtigen Position ist in den Thesen nicht die Rede, dagegen häufig von „den" Ländern, auf deren Reformkurs man hoffe. Dabei ist in den Seminardiskussionen wiederholt gesagt worden, daß man die sozialen Prozesse mit diesem Begriff **nicht** beschreiben kann, da in jedem Land Klassen, Gruppen oder Schichten sehr **unterschiedlichen** Nutzen aus irgendwelchen Veränderungen ziehen. Nicht „die Länder" haben ein oder kein Interesse an Reformen, sondern immer nur Menschen in bestimmten historischen und sozialen Situationen.

Das aber sind entscheidende Positionen, von denen aus über Veränderungen in unseren Ländern weitergedacht werden sollte.

h.i.

Über folgenden Beitrag aus Kreisen der Redaktion kam es innerhalb der Redaktion zu starken Auseinandersetzungen. Wir drucken ihn deshalb zusammen mit der von einigen vertretenen Gegenposition ab. Red.

Ein neues Lied, ein besseres Lied...

Im »Grenzfall 1-12/88« fordert Bärbel Bohley die Gruppen auf, sich endlich als Opposition zu bekennen. Radikale Kritik der festgefahrenen ökonomischen, sozialen, politischen und ökologischen Probleme setze eine Gegenposition voraus. Weder der Westen noch der Osten werde uns zu Hilfe kommen: Der Westen macht mit der DDR-Regierung glänzende Geschäfte, die sowjetische Perestroika braucht Ruhe an der Westgrenze.

Wenn wir das Wort in seiner Bedeutung „entgegenstellen" nehmen, ist kaum ein Widerspruch zu Bärbels Behauptung möglich. Wir brauchen Gegenpositionen, alternative Konzepte, und es sind keine vorhanden. Die einen schicken mehr oder weniger geistvolle Briefe mit Bitten und Forderungen an die DDR-Behörden und sämtliche Behörden der Erde bis hin zur UNO und zeigen dadurch ihre negative Abhängigkeit von den Mächtigen. Die nächsten hoffen, daß die Perestroika eines schönen Tages auch in der DDR hereinbrechen wird, und trösten sich bis dahin mit der sowjetischen Presse, soweit sie nicht verboten ist. Aber auch die angeblich eigenständigen Theoretiker bleiben im ökonomistischen Schema verfangen.

Nehmen wir beispielsweise den vorstehenden Artikel aus dem »Friedrichsfelder Feuermelder« im Anschluß an das IWF-Seminar. In der „Analyse des Reformgeschehens in einigen realsozialistischen Ländern" wird völlig richtig das Dilemma der herrschenden Bürokratie beschrieben: Die Reformen resultieren aus der Unfähigkeit, mit den bisherigen bürokratischen Leitungsmethoden technologisch mit den kapitalistischen Ländern konkurrieren zu können und die eigene Bevölkerung ruhig zu stellen. Noch halbwegs klar könnte man aus den Thesen herauslesen, daß die Reformer sowohl rätedemokratische Formen als auch kapitalistisch-marktwirtschaftliche Mechanismen als Mittel zur Sanierung der Wirtschaft benutzen. Der Verfasser schlußfolgert:

„...nur mit eigenen Antrieben (und nicht mit halbherzigen Anleihen an die Mechanismen einer kapitalistischen Weltwirtschaft, an der man sich ansonsten total auszurichten gedenkt) werden sozialistische Länder in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit überlegen und zu einer wirklichen Alternative für die ›Dritte Welt‹."

Bleiben nur einige Fragen:

1.- Glaubt der Verfasser, daß es den Reformern (die ja auch nur Teil der Bürokratie sind) wirklich um den Sozialismus geht, wenn sie den Rätegedanken beleben? Ist es nicht viel wahrscheinlicher, daß von ihnen Demokratie nur so weit belebt wird, daß der Wirtschaft wieder innovative Impulse vermittelt werden können?

2.- Glaubt der Verfasser tatsächlich, daß die Stärke rätesozialistischer Betriebe ihre wirtschaftliche Überlegenheit über kapitalistische Betriebe ist? Muß der Sozialismus innovationsfähiger und technisch leistungsfähiger sein als der Kapitalismus?

3.- Glaubt der Verfasser wirklich, daß es ein sinnvolles Ziel eines wirklichen Sozialismus sein kann, *„in kürzester Zeit die so dringend erforderliche Modernisierung zu erzwingen, um nicht endgültig den Anschluß zu verlieren"*? Müssen wir einer technischen Entwicklung folgen, die bekanntermaßen zur atomaren, zur ökologischen und zur Hungerkatastrophe führt?

Es ist so gut wie sicher, daß der Verfasser der Thesen zumindestens in den letzten beiden Punkten seine Ansichten bestätigen wird. Denn so steht es bei Marx, und so haben wir es in der Schule gelernt: Die Überlegenheit des Sozialismus zeigt sich zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet und wird schließlich im wirtschaftlichen Überfluß und der Abschaffung des Geldes enden, wenn der Kommunismus erreicht ist.

Es ist leicht, dagegen die ökologische Krise anzuführen. Sobald nur eine einigermaßen verantwortliche Sicht der Lage in unserem Lande maßgeblich wird, wird uns nichts anderes übrigbleiben, als einen Großteil unserer Industriebetriebe von Leuna bis KKW Nord stillzulegen. Diese Art von Raubbau an der Natur kann nicht mehr fortgesetzt werden, auch mit erneuerten Technologien nicht. Die Reichtümer der Erde sind bald erschöpft. Überfluß kann und wird es nicht geben.

Davon abgesehen aber gab es schon immer Auffassungen von Sozialismus, in denen es nicht so sehr um ökonomischen Fortschritt, sondern um Fortschritte in emanzipatorischer Richtung ging: Freiheit, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Vertreter dieser Auffassungen waren **Anarchisten**, zu deutsch Herrschaftsgegner.

Die meisten von ihnen sahen Sozialismus als eine vom Motiv her ethische Bewegung, die nicht an eine Klasse oder ein proletarisches Bewußtsein gebunden ist, sondern aus dem Willen vieler Einzelner zu einer neuen Gemeinschaft wächst.

Sozialismus beginnt, Gustav Landauers Auffassung nach, nicht mit der bewaffneten Revolution, sondern mit dem Beginnen von unten, nämlich dem Versuch, einer wenn auch kleinen Schar, aus Staat und Geldwirtschaft auszusteigen und eine neue Art von Gemeinschaft zu bilden. Landauer, Kropotkin und Proudhon sahen die Grundlagen einer sozialistischen Wirtschaft nicht im Großbetrieb, sondern in überschaubaren und deshalb von den Arbeitern selbst regierbaren Klein- und Mittelbetrieben. Die Großstädte mit ihrer Zusammenballung an wirtschaftlicher und politischer Macht sind für Landauer und Kropotkin Kunstgebilde des Kapitalismus, die nur durch die Geldwirtschaft zusammengehalten werden (bei uns durch die zentrale Bürokratie, siehe z.B. die Spinne Berlin).

Zur Verfassung seines Sozialismus gefragt, sagt Landauer, daß es keine endgültigen Sicherheitsvorkehrungen für ein tausendjähriges Reich oder gar die Ewigkeit gibt. Nicht Dinge und Einrichtungen, sondern der Geist der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität (eben die Ethik des Sozialismus) muß permanent erklärt werden. Die Revolution muß ein Zubehör der Gesellschaftsordnung, eine Grundregel der Verfassung werden, und jede Generation muß für die Verwirklichung ihres Geistes sorgen.

Nicht in ökonomischen Kategorien, sondern in menschlich-emanzipatorischen sollten wir über die Zukunft unserer Gesellschaft nachdenken. Wir sind nicht zur High-Tech-Entwicklung und zur ständig wachsenden Arbeitsproduktivität gezwungen, wenn wir vor Ort die Dinge produzieren, die wir wirklich zum Leben brauchen. Wir sollten nicht darüber nachdenken, wie wir mit dem wahnsinnigen Wachstum des Kapitalismus Schritt halten können, sondern darüber, wie wir uns in Zukunft diesem Unsinn entziehen können und wenigstens in unserem Land eine menschliche Alternative schaffen.

r.l., a.k.

Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, ich kenn' auch die Herren Verfasser...

(Kritik zum Kommentar: „Ein neues Lied, ein besseres Lied")

Unsere Ausführungen beziehen sich auf den Teil des Textes, welcher sich mit den Friedrichsfelder Thesen befaßt.

Wenn den *„Theoretikern, eingestandenermaßen in den Spuren von Marx"* in unseren Reihen durch die Verfasser des Kommentars ihre Eigenständigkeit abgesprochen werden soll, bleibt die Frage, wovon sie denn abhängig sein sollen. Von der Ideologie der herrschenden Bürokraten in den sogenannten realsozialistischen Ländern? Warum war Trotzki der gefährlichste Feind für Stalin? Wenn die Verfasser meinen, daß unsere Abhängigkeit darin besteht, daß wir alternatives politisches Handeln an der Realität, nicht aber an Phrasen und Wunschvorstellungen versuchen festzumachen, haben sie allerdings recht.

„Noch halbwegs klar", kommentieren r.l. und a.k., *„könne man aus den Thesen herauslesen, daß die Reformer sowohl rätedemokratische als auch kapitalistisch-marktwirtschaftliche Mechanismen als Mittel zur Sanierung der Wirtschaft benutzen."*

Wir lesen klar heraus: *„...indem also rätedemokratische Formen wirklich entwickelt werden und die Selbständigkeit der Massen als Chance und nicht als Gefahr erkannt wird, kann auch eine Wirtschaftsreform in Gang kommen."* Was die bleibenden Fragen (unter Punkt 1-3) betrifft, haben wir folgendes zu bemerken:

– Bei den in den Thesen benannten Reformern handelt es sich nach unserer Meinung nicht nur um Angehörige der Bürokratie, sondern allgemein um jene Kräfte, die nach Veränderungen streben, *„Kritiker und Befürworter realsozialistischer Verhältnisse"*.

– Es wird auch nicht vorausgesetzt, daß *„es den Reformern wirklich um den Sozialismus geht"*, sondern eingangs wird die Frage gestellt, inwieweit die jetzt eingeleiteten Reformen bewirken können, daß eine wirkliche Alternative zu der jetzigen, ihrem Wesen nach kapitalistischen Weltwirtschaft entsteht.

– Wir finden in den Thesen auch nicht den Glauben ausgedrückt, daß rätesozialistisch verwaltete Betriebe kapitalistischen Betrieben wirtschaftlich überlegen sind. Es geht unserer Auffassung nach nicht darum, kapitalistische Betriebe durch genossenschaftlich verwaltete Betriebe zu ersetzen und diese dann in marktwirtschaftlichen Beziehungen zu belassen, sondern vor allem auch darum, die betriebswirtschaftliche Beschränktheit aufzuheben.

Diese Aufhebung ist nicht nur möglich bei Kenntnis der tatsächlichen gesellschaftlichen Bedürfnisse an Gebrauchswerten und der gesamtgesellschaftlichen Kosten (des Arbeitsaufwandes), z.B. ökologischer Kosten bei

verschiedenen Produktionsvarianten, Betriebsgrößen, Standortverteilung, Verteilungsvarianten usw.

Wirtschaftliche Überlegenheit muß zuallererst inhaltlich erklärt werden: Meint man damit einen möglichst hohen Betriebsgewinn, gleich mit welchem Produkt, welcher Ausbeutungsrate und welchen negativen Folgen an Mensch und Natur erzeugt, oder die Befriedigung der tatsächlichen Bedürfnisse an Gebrauchswerten (eingeschlossen eine gesunde Umwelt, bessere Arbeitsbedingungen usw.) mit möglichst wenig erforderlicher Arbeitszeit für alle. Um letzteres zu verwirklichen, ist rätedemokratische Verwaltung und Planung gesellschaftlicher Angelegenheiten als Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft und zur bürokratisch-zentralistischen Planwirtschaft nach unserer Meinung notwendig.

In diesem Sinne von kapitalistischen Gewinninteressen und bürokratischen Fesseln befreites wissenschaftlich-technisches Potential und produktives Engagement aller Arbeitenden wird mit Sicherheit zur rascheren Herstellung und Übernahme von brauchbareren Innovationen führen, als es heute der Fall ist (notwendig z.B. zur Verbesserung der Wirkungsgrade bei alternativen Energiebereitstellungsverfahren).

– Auch wir sind der Meinung, daß bestimmte Technologien (u.a. die Nuklear- und Gentechnologien) für Mensch und Natur äußerste Risiken beinhalten. Sie stellen eine neue Qualität in der technischen Entwicklung dar, und ihre Anwendung ist grundsätzlich fragwürdig. Die Verfasser des Kommentars machen nun aber die gesamte technische Entwicklung für alles Elend der Welt verantwortlich. Wir glaubten, daß Maschinenstürmerei nicht mehr als Mittel gesellschaftlicher Veränderung gilt. Ist es wirklich die technische Entwicklung, die zur atomaren, ökologischen und Hungerkatastrophe führt, oder sind es eher die Interessen derer, die massiv an Rüstung, Umweltzerstörung und ungerechter Weltwirtschaft verdienen, bzw. ihre privilegierte gesellschaftliche Stellung aufrecht halten?

Entsprechend ihrer Schuldzuweisung an die technische Entwicklung fällt dann die von r.l. und a.k. verordnete wirtschaftliche Alternative aus: Großproduktion stillegen, die Grundlage einer *„sozialistischen Wirtschaft"* ist der Kleinbetrieb; nicht in ökonomischen Kategorien, sondern in *„menschlichen"* soll gedacht werden. Überfluß kann und darf es nicht geben, es soll keine High-Tech-Entwicklung und keine Arbeitsproduktivitätssteigerung geben, letztendlich sollen alle Produkte vor Ort selbst gemacht werden.

Wir bezweifeln, daß sich die Autoren dieser „Alternative" über deren Konsequenzen im klaren sind. Die wären entweder ein 12-16-stündiger Arbeitstag, ausgefüllt mit schweren und monotonen Arbeiten, keine Zeit für Bildung, Urlaub, Teilnahme an gesellschaftlichen Entscheidungen – oder absolute Mangelwirtschaft mit der *„permanenten Erklärung des Geistes der Freiheit und der Gerechtigkeit"*. Beides würde völlige Weltabgeschiedenheit im kleinbäuerlich-romantischen Krähwinkel bedeuten, denn ohne Serienfertigung gehörten z.B. Massenkommunikationsmittel und moderne Verkehrsmittel der geschichtlichen Vergangenheit an. Wir bezweifeln noch mehr, daß die Autoren dieses Wasser, welches sie einigermaßen elitär von ihrem idealistischen Turm herunter verordnen, ernsthaft selbst zu trinken bereit sind. Durch derartige Ignoranz historisch gewachsener technischer Fähigkeiten und menschlicher Bedürfnisse (auch überflüssiger Genuß ist Teil des Menschseins) handeln wir uns möglicherweise, und das berechtigt, den Anstrich der Unsachlichkeit, des Zurück-zur-Natur-Kultes bis hin zum Pol-Potismus ein.

Natürlich stimmen wir darin überein, daß wir den Konsum- und Geldfetischismus, den Raubbau an den Vorräten der Erde und die Verseuchung der Umwelt als Tatsache feststellen und diese schleunigst überwinden müssen. Wir betrachten diese Erscheinungen jedoch als Bedingtheit der heutigen Wirtschaftssysteme, des westlichen als auch des östlichen. Alternative kann nicht ein Zurück zur einfachen Warenproduktion sein. Sie muß die Vergesellschaftung nicht nur der Produktionsmittel, sondern auch *aller Entscheidungen* in Wirtschaft und Verwaltung sowie *aller Fakten und Kenntnisse* der technischen und sozialen Wissenschaften sein.

Um den massiven Ressourcen- und Energieverschleiß zu beenden und einen kulturellen Niedergang auszuschließen, muß die menschliche Produktion in naturähnlichen Kreisläufen organisiert werden, verschlissene Produkte, Ab- und Nebenprodukte gilt es wieder- bzw. weiterzuverarbeiten, ihre Entstehung zu minimieren, keine Substanzen in die Natur abzugeben, die durch natürliche Assimilation nicht abgebaut werden. Es dürfen keine Eingriffe in die Natur vorgenommen werden, deren Folgen nicht kalkulierbar sind. Um das zu bewerkstelligen, sind aber umfassende Kenntnisse der Naturgesetze und moderne Technologien erforderlich, nicht nur zur Kontrolle dieser Prozesse, sondern auch um Rohstoff-, Energie- und Arbeitszeiteinsatz zu verringern.

Durch Arbeitsproduktivitätssteigerungen muß notwendige Arbeitszeit für alle eingespart werden, um die freie Entwicklung aller zu ermöglichen, u.a. um viel Zeit für kreative, völlig selbstbestimmte Tätigkeiten zu gewinnen. Das ist allerdings eine *„menschliche Kategorie"*, aber diese ist unbedingt auch eine ökonomische. Ökonomisch in der Frage der Ressourcen und der Arbeitszeit, ökonomisch vor allem in der Frage des Wirtschaftssystems, in der Frage, wer verfügt über das Wirtschaftspotential, über die Produktionsinstrumente!

Um die kapitalistische Verfügungsgewalt über das produktive Potential einerseits und die staatsbürokratische Verfügungsgewalt andererseits aufzuheben, werden gesellschaftliche Veränderungen mit revolutionärem Charakter unumgänglich sein. Die Frage ist hier, wie gesellschaftliches Eigentum zu realisieren und zu verwalten ist. Die rätesozialistische Form ist nach unserer Meinung die einzige geeignete Form, die Selbstbestimmung der Produzenten, die Selbstverwaltung, nicht nur auf betrieblicher, sondern auf gesamtgesellschaftlicher Ebene herzustellen. Wie das Rätesystem beschaffen sein muß, welches diese Aufgabe erfüllt, welches keine bürokratischen Gefahren darstellt, darüber sollten wir ab jetzt reden!

Wir sehen „Sozialismus" nicht nur als eine ethische Bewegung, sondern halten ihn für eine ökonomische Notwendigkeit. Ethik und Moral sind nicht statisch, vom Ursprung an unveränderlich. Sie sind abhängig von der sozialökonomischen Entwicklung und von der sozialen Lage in der Gesellschaft: *„In einer Hütte denkt man anders als in einem Palast."* r.l. und a.k. sagen, daß sozialistisches Bewußtsein nicht an eine bestimmte Klasse gebunden ist. Mag sein, daß Proudhon, Stirner und Kropotkin der gleichen Auffassung waren – man kann auch glauben, daß nicht der Galeerensklave seine Ketten verlieren will, sondern der Galeerenbetreiber den Sklaven mit allen Mitteln zu überzeugen sucht, sich seine Ketten abnehmen zu lassen. Natürlich sind die heutigen nicht so weithin und für jedermann sichtbar. Bakunin und Mühsam (hier irren die Autoren) waren in dieser Beziehung schon näher an unserer Auffassung, indem sie deklarierten: Befreiung der Arbeiter kann nur die Sache der Arbeiter selber sein; jeder Emanzipationskampf ist auch ein ökonomischer Kampf!

Im Kommentar ist noch mehr Diskussionsstoff. Wir hoffen, daß wir Fragen aufgeworfen haben, die möglichst viele LeserInnen veranlassen, kritisch in die Debatte einzusteigen.

d.k. und u.b.

(Aus »Friedrichsfelder Feuermelder«, November 1988, zitiert nach »Umweltblaetter« 3/89)

Polen

Welchen Weg geht *Solidarność*?

Die Bildung der neuen polnischen Regierung unter Mazowiecki hat viele Fragen aufgeworfen. Die Wahlen hatten gezeigt, daß die alten Machthaber der PVAP beim Volk verhaßt und vollständig isoliert sind. Wie kann unter diesen Bedingungen ein Bündnis der *Solidarność* unter Walesas Führung mit der Bürokratie wird einen Rückhalt in der Bevölkerung haben? Unter Ministerpräsident Mazowiecki wurden nun strategisch wichtige Positionen den alten Machthabern überlassen. An der Spitze des Staates steht, mit großen Vollmachten ausgestattet, General Jaruzelski. Kiszczak, dessen Verbrechen in den Zeiten des Kriegsrechts das polnische Volk nicht vergessen hat, wurde Innenminister, d.h. Herr über Miliz und Geheimpolizei.

Die Regierung der Bürokratie hatte schon Wirtschaftsreformen eingeleitet, die Polen auf den Weg der kapitalistischen Restauration führen. Diesen Weg setzt Mazowiecki nun entschlossen fort. Er fordert die Einführung der Marktwirtschaft, der *„Privatisierung des Eigentums"* (Walesa).

Ganz in diesem Zeichen stand die Reise Walesas nach Deutschland. Wiederholt forderte er die Großunternehmer und Bankiers auf, in Polen zu investieren. Denn das werde sich doppelt und dreifach bezahlt machen. Das stand sicher auch auf der Tagesordnung des Frühstückgesprächs mit Krupp-Chef Cromme, der den westdeutschen Arbeitern als „Liquidator" von Rheinhausen gut bekannt ist.

Nachdem die Bürokratie die Wirtschaft Polens in den Bankrott geführt hat, droht jetzt Walesas Politik das Land dem Profithunger des Kapitals auszuliefern.

Die „ökonomischen Reformen", die die Regierung Mazowiecki dem polnischen Volk in Übereinstimmung mit dem IWF aufzwingen will, werden die Leiden und Entbehrungen des Volkes, das heute schon zum großen Teil unter der Hunger-Grenze lebt, noch vermehren: Weitere Preiserhöhungen, Entlassungen, Stillegungen sogenannter nicht rentabler Betriebe, Zerstörung sozialer Schutzleistungen und die Liquidation zehntausender kleiner Bauernwirtschaften, werden das Ergebnis dieses „Schweiß-, Blut- und Tränen-Programms" sein.

Diese Politik wird aber auch immer wieder neue Streiks und Protestkundgebungen provozieren.

Andrzej Gwiazda, einer der führenden Kämpfer der polnischen Opposition, erinnert daran, daß die 10 letzten Jahre der ökonomischen Reform in China die Wirtschaft in eine Katastrophe und das Land in ein unbeschreibliches Elend geführt haben – vor allem in den Sonderzonen, die dem Appetit des Kapitals ausgeliefert wurden. Das gibt eine Vorstellung dessen, was Polen mit dieser Politik Walesas erwartet.

Walesa, der die demokratische Diskussion und Entscheidung in der *Solidarność* über seinen politischen Weg fürchtet und fürchten muß, weigert sich seit Ausrufung des Kriegsrechts, die vom 1. *Solidarność*-Kongreß gewählte Nationale Kommission einzuberufen. Unter Ausschluß vieler alter *Solidarność*-Kämpfer hat er eine neue, ihm ergebene Führung, die Nationale Exekutiv-Kommission (KKW), bestimmt.

Andrzej Gwiazda, seit den 70er Jahren führend aktiv in Danzig in den ersten Komitees für freie Gewerkschaften des Baltikums und Mitglied der Nationalen Kommission von *Solidarność*, steht in Opposition zu Walesa. Auch er wurde aus der von Walesa ernannten Gewerkschaftsführung ausgeschlossen. Er kämpft für die Rückkehr zu den Statuten und Prinzipien, die die *Solidarność* 1981 auf ihrem 1. Kongreß verabschiedete.

Eine andere Strömung der Opposition zu Walesa um Marian Jurczyk und Andrzej Slowik, die vor allem in Stettin, Lodz, Krakau und Bydgoszcz verankert ist, kämpft ebenfalls für die Rückkehr zu der Gewerkschaft, die die Arbeiter 1981 im Kampf gegen die Bürokratie aufgebaut haben. Sie fordern die Durchführung demokratischer Wahlen in der *Solidarność*.

Zu der Vereinbarung des Runden Tischs, das Streikrecht drastisch einzuschränken, der Walesa zugestimmt hat, erklärt Jurczyk: *„Ich kenne keine Gewerkschaft auf der Welt, die darauf verzichtet, das Mittel des Streiks zu gebrauchen. Eine solche Gewerkschaft würde nicht existieren."*

Carla Boulboullé

Im folgenden drucken wir auszugsweise die Adresse der Gruppe von Marian Jurczyk zur Frage der Solidarność

Für die demokratische Wahl der Gewerkschaftsinstanzen

„Die heute aktive *Solidarność*, die registriert ist, hat nur noch das Abzeichen und die Person des vom Kongreß von 1981 gewählten Vorsitzenden gemein mit der Gewerkschaft *Solidarność* der Jahre 1980-81, die aus dem Arbeiterprotest und den Gesellschaftsverträgen zwischen den Organen von Partei und Staat und der Welt der Arbeit hervorgegangen war.

Solidarność nach den Verträgen vom August 1980 hat sich mit demokratischen Methoden von der Basis aus aufgebaut.

Die heutige *Solidarność* ist von oben konstruiert worden. Juristisch gesehen ist sie eine neue Gewerkschaft. Durch die Gespräche am Runden Tisch ist es nicht gelungen, die Illegalisierung der Gewerkschaft von 1982 rückgängig zu machen, was aber möglich gewesen wäre im Rahmen der Aktualisierung des Gewerkschaftsgesetzes.

(...) Die Arbeiter erkennen, daß es nicht die alte Gewerkschaft *Solidarność* ist, die reaktiviert wurde. Es kommt zu keiner begeisterten Eintrittswelle. Gegenwärtig umfaßt die Gewerkschaft ca. 25 % der Mitglieder von 1981. *Solidarność* ist nicht länger die Vertretung des gesamten Volkes.

Dabei ist die Einheit von *Solidarność* von unschätzbarem Wert. Wir müssen diese Einheit und Authentizität bewahren. Die gesetzliche Wiederzulassung von *Solidarność* ist unverzichtbar, das Parlament muß das notwendige Dekret verabschieden.

Die gesamte Organisation der *Solidarność* vom 12. Dezember 1981, die noch existiert, und die jetzige selbstproklamierte Führung – und zwar gemeinsam, weil sie von den *Solidarność*-Mitgliedern und von denen, die sich als Mitglieder fühlen, anerkannt werden; gemeinsam, weil wir die Einheit der Gewerkschaft retten müssen – sie müssen eine gemeinsame Wahlkommission bilden und zusammen die uneingeschränkt demokratische Wahl der Gewerkschaftsinstanzen vorbereiten."

Gespräch mit Jan Kostecki, dem Vorsitzenden der polnischen Liga für Menschenrechte

„Die Unterdrückung geht weiter"

Frage: Sie haben am Kongreß der Internationalen Föderation für Menschenrechte in Paris teilgenommen. Worin bestand dort der Beitrag der polnischen Liga?

Antwort: Wir haben ein »Buch der Schmerzen« vorgelegt, das von unserer Liga über die Verletzungen von Menschen- und Bürgerrechten in Polen in der Zeit von der Verhängung des Kriegsrechts bis zum 30. November 1988 erstellt wurde. Wir hoffen damit, wichtiges Material für die Generalräte der Föderation übergeben zu haben. Ich wollte darüber hinaus auf neue Fälle von Menschenrechtsverletzungen seit der Herausgabe des Dokuments hinweisen, weil auch heute noch die Menschenrechte in Polen verletzt werden.

Die politischen Kämpfer (der Polnischen Sozialistischen Partei, der KPN, der Polnischen Unabhängigen Partei, der Liberaldemokratischen Partei) werden weiter unterdrückt. Das richtet sich besonders gegen die Gruppen der Jugend, der Studentengewerkschaft NZS, sowie gegen die Liga zur Verteidigung der Menschenrechte.

Frage: Keine dieser genannten politischen Gruppen und Parteien ist heute in Polen legal?

Antwort: Keine davon ist legalisiert. Von daher muß man feststellen, daß auch während der runde Tisch tagt, die Frage der Menschenrechte weiter besteht wie vorher, auch wenn die Repression sich gemildert hat. Vor allem auf Gesetzesebene hat sich nichts geändert. Kein einziges repressives Dekret wurde abgeschafft. Alles ist eine Frage des „guten Willens". Im Rahmen des Kongresses der Internationalen Föderation der Menschenrechtsligen hat unsere polnische Liga Vorschläge unterbreitet:

zunächst zu der in Polen immer noch nicht aufgenommenen Frage der stalinistischen Verbrechen, die im übrigen auf internationaler Ebene nicht als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" anerkannt sind. Die Schuldigen wurden immer noch nicht verurteilt. Die Opfer wurden immer noch nicht rehabilitiert und für die Schmerzen, die man ihnen zufügte, auch nicht entschädigt. Zweites Problem: der Schutz der Mitglieder der Menschenrechtsorganisationen. Das betrifft v.a. die UNO, weil es sich darum handelt, auf Weltebene den Aktivitäten der Kämpfer für die Menschenrechte in den verschiedenen Ländern einen legalen Status zu garantieren.

Frage: Haben Sie das Gefühl, daß die Teilnahme der polnischen Liga der Menschenrechte auf dem Kongreß der Internationalen Föderation das Gewicht der Liga gegenüber den polnischen Machthabern verstärkt hat? Hat die Internationale Föderation beschlossen, gegenüber den Machthabern Ihre Forderung nach Legalisierung zu unterstützen?

Antwort: Seit ihrem Entstehen wurde die polnische Liga von den Machthabern abgelehnt. Trotzdem können wir auf Aktivitäten unsererseits verweisen, wie sie in mehreren Berichten über den Zustand der Menschenrechte in Polen zum Ausdruck kommen. Wir haben uns auch in Briefen wegen der Menschenrechtsverletzungen an die Machthaber gewandt. Zu Beginn haben wir unsere Briefe an die polnischen Machthaber gerichtet, aber nie eine Antwort erhalten. Man kann sagen, daß wir heute in gewisser Weise geduldet sind, daß man uns aber nicht offiziell anerkennen will.

Als Konsequenz daraus richten wir unsere Briefe nicht mehr an die Machthaber (lediglich eine Kopie derselben zur Information). Wir schicken sie an die Internationale Föderation und durch ihre Vermittlung an die UNO. So sind wir sicher, daß unsere Aktionen von den polnischen Machthabern wahrgenommen werden.

Ich stelle fest, daß ich selbst zur Zeit weniger unterdrückt werde als vorher. Man muß dazu erwähnen, daß ich zwischen 1982 und 1988 zweimal verurteilt wurde, das erste Mal zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und das zweite Mal zu 1 1/2 Jahren. Ich wurde auch dreimal vor die „Kollegien" zitiert (eine Art Polizeigericht ohne Richter), die mir schwere Strafen auferlegten.

Frage: Beabsichtigen Sie, bei den Abgeordneten und Senatoren von *Solidarność* dafür einzutreten, damit diese Ihre Forderung nach Legalisierung unterstützen?

Antwort: Die polnische Liga der Menschenrechte hat ihre Tätigkeit gegenüber den Machthabern öffentlich gemacht, und wir beabsichtigen nicht, sie ein zweites Mal darüber zu informieren, wer wir sind. Im Gegenteil beabsichtigen wir, dem neu gewählten Parlament Fragen vorzulegen, für die bisher noch keine Lösungen gefunden worden sind. Im übrigen gehört der „große Zeuge", den die polnische Liga der internationalen Föderation präsentierte, Jerzy Orzel, zu den ehemaligen Gewerkschaftern, die während und nach dem Kriegsrecht unterdrückt wurden, und die soeben auf der Liste des »Bürgerkomitees von Solidarność« zum Abgeordneten gewählt worden sind.

Vor den Generalräten der Internationalen Föderation betonte er, daß er, obgleich er heute Abgeordneter sei, sehr wohl morgen erneut wieder unterdrückt werden kann.

Die polnische Liga zur Verteidigung der Menschenrechte muß außerdem gegenüber dem Verantwortlichen für die Menschenrechte in der Regierung, Professor Letowska, deutlich machen, daß es notwendig ist, daß in dieser Frage Menschen aktiv sind, die von der Regierung unabhängig sind. Im übrigen ist das auch wichtig für die Regierung selbst, damit sie von Fällen von Menschenrechtsverletzungen in Kenntnis gesetzt wird.

Frage: Hat die polnische Liga anläßlich des Kongresses der Internationalen Föderation Kontakt mit anderen Gruppierungen zur Verteidigung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten anderer Länder geknüpft, insbesondere zu denen Osteuropas, um ihre Aktionen zu koordinieren?

Antwort: Natürlich. In erster Linie wollten wir mit der französischen Liga Kontakt aufnehmen; aber für uns ist es auch sehr wichtig, daß wir Kontakt zu Vertretern der bulgarischen, tschechoslowakischen und armenischen Gruppen (die sich gerade gründeten) aufgenommen haben, aber auch zu Gruppen aus Afrika und Lateinamerika... Wir haben unsere Veröffentlichungen sowie Informationen über unsere entsprechenden Aktivitäten untereinander ausgetauscht.

Frage: Kennen Sie den Kampf der Organisation »Memorial« in der UdSSR, die genauso wie Sie die Be-

strafung der Urheber der stalinistischen Verbrechen fordert?

Antwort: Ja, natürlich haben wir von deren Aktionen gehört. Wir haben das Gefühl, daß die offiziellen „Enthüllungen" über die stalinistischen Verbrechen „gelenkt" sind: man spricht über diese Verbrechen, aber man geht nicht bis zu Ende; nicht alles wird enthüllt, nicht alles wird ans Tageslicht gezerrt. Man enthüllt nicht genau, was und wer. Wir wollen konkrete Antworten: die Urheber waren klar identifizierbare Männer, wer waren sie? In dem Maße, wie die Verantwortlichen der Verbrechen nicht namentlich genannt werden, wie man nicht sagt, wer die Schuldigen sind, fährt man damit fort, den Schleier des Vergessens über die Verbrechen zu legen. Wenn einmal die Identität der Verantwortlichen gelüftet ist, werden die unter ihnen, die noch leben, bestraft werden müssen.

Frage: Wollen Sie dem Interview noch etwas hinzufügen?

Antwort: Noch eine wichtige Angelegenheit. Im Laufe ihres zweimaligen Besuches in Polen wurde die Internationale Föderation auf keiner Ebene von den Machthabern empfangen. Und das, obgleich die Delegation aus dem Generalsekretär der Generalräte der Föderation und einem Beauftragten der Botschaft bestand. In Paris wurden wir in unserer Eigenschaft als Delegierte der Generalräte der Internationalen Föderation unter anderem von der Außenministerin Frau Edwige Avice und dem Parlamentspräsidenten Laurent Fabius empfangen, gar nicht zu sprechen von Daniele Mitterrand, die dem Generalrat beiwohnte, und dem Präsidenten der Republik selbst, der dort eine Ansprache hielt.

Damit will ich nur deutlich machen, daß die Regierenden dieser Länder nicht die gleiche Haltung wie die Polens zu den Kämpfern für die Menschenrechte einnehmen. Was hier möglich war, muß überall die Norm werden.

(Quelle: »Informations ouvrières« vom 26. 7. 1989)

Ungarn

60 Millionen-Dollar-Programm für „industrielle Reformen"

Die immer engere Integration der ungarischen Ökonomie in die Politik der internationalen kapitalistischen Institutionen charakterisiert die folgende Notiz aus der »Banque mondiale Actualités" (der offiziellen Zeitschrift der Weltbank) vom 2. Juni dieses Jahres:

„...Die Export-Import-Bank von Japan finanziert in einer Höhe von 60 Millionen Dollar ein Programm industrieller Reformen in Ungarn mit... Die Darlehen der EXIM-Bank und der Weltbank unterstützen Maßnahmen, die dazu bestimmt sind, die nationale und internationale Konkurrenzfähigkeit der ungarischen Ökonomie zu stärken, die Finanzdisziplin der Industrieunternehmen zu straffen und Kapitalien so zu mobilisieren, daß die Umstrukturierung der Wirtschaft beschleunigt wird."

Zu welchen Folgen dieser Kurs konkret führt, zeigt sehr deutlich das Beispiel des ungarischen Bergbaus, dessen Existenz offensichtlich von diesem Programm bedroht ist.

Solidarität mit dem Kampf der ungarischen Bergleute gegen die drohenden Zechenschließungen

Dies können wir jedenfalls der folgenden Erklärung entnehmen, die das Arbeiterkomitee der »Linken Alternative« am 2. August in Budapest veröffentlichte:

„Die Solidarität der Arbeiter ist unvermeidlich, weil der Prozeß der ›Lösung‹ der Wirtschaftskrise gegen die Interessen breitester Arbeiterschichten durchgeführt wird. Die Wirtschaftsbürokratie, die die Stärkung ihrer eigenen Machtpositionen zum Ziel hat und das Interesse verfolgt, die Aufteilung des Nationaleinkommens möglichst zu ihren Gunsten durchzuführen, ist – in Übereinstimmung mit ihren Privatisierungsversuchen – im Begriff, Arbeitslosigkeit zu planen, die mehr als eine halbe Million Arbeiter betreffen wird.

Das erste Opfer ist die ungarische Bergbauindustrie. Sie wollen die Bergwerke zerstören, die angeblich nicht rentabel sind, ohne den betroffenen Bergleuten neue Arbeitsplätze oder Umschulungsmöglichkeiten gesichert zu haben. Die massive Arbeitslosigkeit wird aber nicht eine Wirtschaftsreform bedeuten, sondern eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe.

Das Arbeiterkomitee der Vereinigung der Linken Alternative unterstützt in Kenntnis der Tatsachen die Demonstration der Bergleute von Mecsek/Pecs im Süden Ungarns am 30. August 1989 und ruft alle gleichfalls für die Sache der Arbeiter engagierten Organisationen auf, ihre Solidarität mit den ungarischen Bergleuten zu demonstrieren. Die Linke Alternative wird auf der Demonstration auf der Seite der Bergarbeiter stehen."

Diese Erklärung des Arbeiterkomitees der »Linken Alternative«, die am 2. August in Budapest veröffentlicht worden war, wurde von den am 26. August in Zolder (Limbourg) versammelten 30 Bergleuten aus Frankreich, Belgien und Deutschland aufgenommen.

Sie richteten eine Grußadresse an das Budapester Arbeiterkomitee und beschlossen, eine Delegation von Bergleuten aus der Provinz Limbourg zur ungarischen Botschaft nach Brüssel zu organisieren.

Ungarn

Interview mit Julliana Matrey, außenpolitische Sprecherin von »FIDESZ«

(Das Interview wurde 17. Juni 1989 in Budapest geführt. Die Fragen stellte Jürgen Baumgart.)

Frage: Wer ist »FIDESZ«, und was sind seine Ziele?

J.: Fidesz ist vor einem Jahr, am 30. März 1988, gegründet worden. Aber das hatte schon eine Geschichte. Es gab vor drei oder vier Jahren schon eine Bewegung von Spezialkollegien... das ist ein bißchen schwer zu verstehen, was das eigentlich ist... diese Kollegien gibt es in Studentenwohnheimen... diese Spezialkollegien sollten auch die Eliteausbildung ablösen. Das war zwar nicht so ausgesagt, aber doch so gemeint. Diese Bewegung ist immer stärker geworden und auch radikaler... Sie waren mehr oder weniger unabhängig von der Universität. Sie hatten zwar einen Direktor, der von der Uni war, aber sie hatten eine Selbstverwaltung. Und finanziell waren sie auch autonom, weil sie von der »Szoros«-Stiftung Geld bekommen haben. Und in dieser Bewegung haben die jungen Leute schon Ende '87 sich darüber unterhalten, eine unabhängige Jugendorganisation aufzubauen.

»FIDESZ« haben nur ein paar junge Leute gegründet. Fünf von ihnen sollten zur Polizei gehen, d.h. sie wurden vorgeführt, und die Behörden haben ihnen gesagt, daß das, was sie machen, gegen das Gesetz sei, aber das war ganz lächerlich, weil die Juristen und Ökonomen die Verfassung untersucht und dabei gemerkt haben, es gibt nichts in der Verfassung, was dagegenspricht, auch eine Partei zu gründen.

Es war auch in den Zeitungen, daß diese fünf Leute bei der Polizei waren und etwas gegen das Gesetz gemacht haben sollten. Dann haben so ungefähr 12 Leute von der Regierung tagelang die Verfassung untersucht, um etwas gegen uns zu finden.

Ich war nicht von Anfang an in der »FIDESZ«, »FIDESZ« heißt Verband von jugendlichen Demokraten.

Frage: Um das zusammenzufassen – das Ziel von »FIDESZ« ist also zunächst die Gründung eines von der Staatsjugend unabhängigen Jugendverbandes?

J.: Ja, gegen oder neben dem kommunistischen Jugendverband.

Frage: Welche Rolle kann oder wird eine solche Organisation in den gegenwärtigen politischen Prozessen spielen?

J.: Ja, aber zunächst sollte ich noch sagen, daß wir kein ausgearbeitetes Programm haben. Wir haben zwei sehr wichtige Ideen. Dieser Verband ist auf Grund der Menschenrechtsprobleme gegründet worden.

Ein Ziel ist, mit den jungen demokratischen Kräften eine Zivilgesellschaft aufzubauen. Das andere Ziel ist, in einigen für das ganze Land wichtigen Fragen Druck auf die Regierung auszuüben.

»FIDESZ« hat nicht mehr als 3 000 Mitglieder. Wir haben zwischen 90 und 100 Gruppen, lokale und Fachgruppen, und diese Fachgruppen arbeiten an verschiedenen Themen, z.B. Unterrichtspolitik, Umweltprobleme, wir haben eine Gruppe von Juristen, die am Verfassungsprozeß arbeiten.

Frage: Gibt es ein Netz von Gruppen über das ganze Land, oder beschränken sie sich auf Budapest?

J.: Einige Gruppen gibt es auch im Land, die meisten sind in Budapest, aber es werden auch im Land mehr.

Frage: Es gibt außer eurer auch noch andere demokratische Gruppen, die im Prinzip schon mit am Regierungstisch sitzen. Wie stellt Ihr Euch das zukünftige Miteinander vor?

J.: Es gibt den sogenannten oppositionellen runden Tisch, an dem acht größere Organisationen beteiligt sind. Das ist aber auch nur jetzt am Anfang so, darüber kann ich nicht viel sagen. Die größte Rolle spielt dabei die Wahlregelung. Wie und wann wir die regeln werden. Nur für diese Frage hat sich die Runde zusammengefunden. Bisher war es nur eine Diskussion zwischen der MSMP und der Opposition.

Frage: Ist eins der Ziele der Opposition auch die Machtübernahme, oder läuft die Bewegung auf einen demokratischen Staat hinaus, in dem Opposition und Regierungspartei an den Regierungsgeschäften beteiligt sind?

J.: Das ist schwierig zu sagen. Es gibt nicht so große Unterschiede in der Rhetorik, was die MSMP sagt und die anderen. Die MSMP hat auch diese Reformrhetorik übernommen. Sie redet auch über einen demokratischen Staat, über ein Mehrparteiensystem, und sie reden davon, daß sie nach einer Wahl, die sie vielleicht verlieren, in die Opposition gehen werden. Und das ist eine große Frage für uns, ob das wirklich so wird. Das weiß noch niemand. Und das ist in Polen auch so. Deswegen ist die Situation in Polen so gefährlich, denn wenn der konservative Flügel der Partei Angst bekommt – und das ist in Ungarn auch so –, dann greifen sie leicht zu Gewaltmitteln, um zu gewinnen.

Aber wenn ich ein bißchen zynisch bin, dann sprechen wir, wenn wir von der anderen Seite, nicht von der MSMP, sondern von der Opposition sprechen von jetzt nur 40- oder 50 000 Leuten. Und über die anderen wissen wir nichts. Wir wissen nicht, wie sie denken, was sie denken, auf welcher Seite sie bei Wahlen stehen. Das ist auch gefährlich, denn wenn die Wahlen so ohne Massenbeteiligung stattfinden würden, dann kann in einer Koalition mit der Opposition ebenfalls eine zentralistische Macht entstehen.

Ich bin in der Opposition, aber ich mache immer einen Unterschied zwischen den Parteien, die an der Macht teilnehmen möchten, und den Bewegungen, die eine gesellschaftliche Kontrolle aufbauen möchten, und ich fühle mich verantwortlich für diese Seite.

Natürlich ist es auch sehr normal für die Leute, die sich in den Parteien organisieren, aber es kann nur funktionieren, wenn hinter diesen Parteien Massen mit politischer Kultur stehen. Was wir nicht haben – oder es bleibt noch im Verborgenen.

Frage: Der 16. Juni 1989 ist ein wichtiges nationales Ereignis. Nach meinem Eindruck werden dadurch nationale, vielleicht sogar nationalistische Emotionen geweckt. Was sind die Auswirkungen eines solchen Datums?

J.: Ich kann verstehen, daß der Eindruck entsteht, es wäre auch nationalistisch, weil für die westlichen Länder die Nationalstaaten schon nicht mehr so wichtig sind wie hier in Mittel- und Osteuropa.

Der 15. März ist auch so ein großes Fest in Ungarn, der Tag der Revolution von 1848 – da kommen auch westliche Journalisten, die sehen das und sagen: schrecklich, diese vielen Fahnen. Ja, aber das ist nicht gegen etwas, das ist für uns selbst. Die Ungarn halten sich immer ein bißchen für größer, als ihr eigentliches Gewicht in Europa ist. Aber solange es nicht gegen ein Volk ist, ist es noch gesund.

Es gibt viele Leute im »Demokratischen Forum«, das ist auch eine oppositionelle Organisation, deren Anhänger mehr Nationalgefühle haben. Es gibt den Unterschied zwischen ländlicher und städtischer Einstellung. Ich

bin mehr städtisch, mehr europäisch eingestellt.

Frage: Heißt das, es gibt ein politisches Denken, das nicht nur national, nicht nur auf Ungarn bezogen ist, sondern auch die Welt rundherum sieht?

J.: Ja, deswegen war es auch sehr schön, daß z.B. Adam Michnik hier war. Das finde ich sehr wichtig. Das ist meine Arbeit. »FIDESZ« hat eine Gruppe für die ausländischen Beziehungen. Und jetzt arbeite ich an unseren CSSR-Kontakten mit der Charta 77. Andere Leute arbeiten an den polnischen Kontakten. Das ist sehr wichtig, weil wir meinen, daß es nicht möglich ist, nur in einem Land eine demokratische Gesellschaft, einen demokratischen Staat zu haben, das können wir nur mit den anderen mitteleuropäischen Ländern zusammen erreichen, und deswegen probieren wir es, Kontakte mit anderen mitteleuropäischen Ländern aufzunehmen.

Frage: Wie sind denn diesbezügliche Kontakte zu den Leuten in der DDR?

J.: Es ist sehr schwer. Bisher haben wir uns nur mit wenigen Leuten getroffen, und ich meine, nicht mit den richtigen Leuten. Das ist so zu verstehen: Sie sind in einigen Gruppen bei der Kirche organisiert. Wir treffen uns, sie erzählen, wie es bei ihnen ist, wir erzählen, was bei uns ist, aber wir können nicht zusammenarbeiten, weil sie so große Angst haben, etwas zu tun... und wir sollen sie schützen. Das ist die andere Sache, natürlich, wir schreiben, was bei ihnen passiert.

Z.B. waren vor einem Monat ein paar Leute hier, sie wollten Material mitbringen, sie sind an der Grenze kontrolliert worden, es ist alles weggenommen worden. Natürlich haben wir darüber geschrieben, es war auch in den Zeitungen, aber man soll nicht dabei stehen bleiben – das scheint sehr schwer zu sein. Was uns interessiert, ist die »Initiative Frieden und Menschenrechte«. Im Sommer werden wir wahrscheinlich Kontakt aufnehmen..., wir haben ein Projekt, die Osteuropäische Presseagentur. Das funktioniert schon zwischen Polen, Ungarn und der CSSR – wir möchten in diese Arbeit auch unsere Freunde in der DDR einbeziehen, aber das ist sehr schwer. Man braucht nur ein Telefon, aber das ist auch schwierig.

Frage: Kann es sein, daß die Leute, die in der DDR versuchen, ein bißchen Demokratie einzuüben, aus ihrer Angst vor Repressalien durch die Sicherheitsorgane nicht so recht in der Lage sind, über den Punkt hinauszudenken?

J.: Ja, aber das kann man gut verstehen. Ich weiß nicht, ob ich, wenn ich in der DDR leben würde, nicht auch nichts machen würde. Ich weiß es nicht. In der CSSR gibt es auch viele Leute, die Angst haben, aber vielleicht haben wir dort die richtigen Leute gefunden. Doch man soll auch in der DDR weitersuchen.

Frage: Es könnte doch sein, daß in Ungarn eine wirklich demokratische Gesellschaft entsteht. Könnte es sein, daß die Nachbarländer aus Furcht um den Erhalt der eigenen Macht sich diese Entwicklung nicht lange ansehen?

J.: Soweit sind wir noch nicht. Wir haben hier ganz andere Probleme.

Frage: Welche?

J.: Das größte Problem ist die Ökonomie. Es sieht sehr hoffnungslos aus. Die neuen unabhängigen Organisationen, Parteien, haben auch keine Vorstellungen, wie man die Ökonomie verändern kann. Sie sagen, wir brauchen eine freie Marktwirtschaft, der Verband der freien Demokraten sagt das, ›wir glauben nicht an einen dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus‹, aber wie man das lösen kann, haben sie noch nicht gesagt. Das sind die Probleme. Es sieht so aus, daß wir auf diesem Weg weitergehen, aber wir haben keine ökonomische Grundlage und auch keine politische Tradition. Man spricht da in Ungarn über das schwedische und finnische Modell, aber auch dafür haben wir keine Grundlage, und ich sehe nicht den Weg für dieses Modell.

Wenn man sich eine gesunde Gesellschaft vorstellt, dann o.k., aber diese Gesellschaft ist nicht gesund. Man spricht über diese traditionellen Ideen, Gleichheit, Freiheit, Solidarität, aber... Solidarität, wie steht es mit ihr heute in Ungarn, auch zwischen den unabhängigen Organisationen? Sie streiten miteinander, nicht in jeder Sache und nicht hart, aber dennoch. Und Gleichheit. Wenn wir auf diesem Weg weitergehen, werden die Unterschiede zwischen den Leuten immer größer.

Frage: Das heißt, die wirtschaftlichen Unterschiede und demzufolge auch die sozialen?

J.: Jaja, d.h. ich bin gar nicht optimistisch, aber ich arbeite doch in »FIDESZ«, weil man nicht schweigen und abwarten kann, in welche Richtung das geht.

Frage: Die Ereignisse in China in der letzten Woche haben ihre Ausstrahlung doch auf die ganze Welt, vornehmlich auf die östliche. Wie haben die Ereignisse auf Euch gewirkt?

J.: In der ersten Zeit hat es uns unglaublich gefallen, was die Studenten gemacht haben – was ich darüber gelesen habe, hat mich gewundert, und es hat mir sehr gut gefallen.

Aber was dann passierte – natürlich war das ein Trauma. Wir haben auch Demonstrationen gemacht vor der chinesischen Botschaft und Erklärungen veröffentlicht, und die 25 chinesischen Studenten aus Budapest waren auch auf unserer Demonstration und haben dort gesprochen. Und wir wollten sie zurückhalten, sie wollten nach Hause reisen, wir haben mit ihnen diskutiert, aber 21 sind zurückgefahren, was ich einerseits sehr gut verstehen kann, aber andererseits ist das sehr gefährlich.

Aber obwohl das eine große Tragödie ist, hat Grosz schon gesagt, sowas kann in Ungarn nicht passieren, und das ist in jedem Land so, naja, vielleicht nicht in jedem, aber in der Sowjetunion und in Polen – das hält vielleicht die konservativen Kräfte zurück, die Gewaltmittel zu benutzen.

Frage: Das ist freilich ein ganz neuer Gedanke. Wir sind bisher davon ausgegangen, daß diese Ereignisse in China gegen die Studentenbewegung, die ja schon zu einer Volksbewegung geworden war, gerade die konservativen Kräfte in den sozialistischen Ländern unterstützen könnten. Dafür sprechen z.B. die das chinesische Vorgehen unterstützenden Äußerungen der Volkskammer der DDR. Ebenso hat die Volksbildungsministerin der DDR die politischen Vorgänge in manchen sozialistischen Ländern als Konterrevolution bezeichnet.

J.: Ja, die Gefahr besteht vielleicht später. Aber jetzt ist es eine Tragödie. Diese Zeit ist jetzt sehr wichtig für uns, denn jetzt sind wir in Gefahr, hier und auch in Polen, doch in dieser Zeit kann das nicht passieren, nicht in der CSSR und auch nicht in der DDR. Denn die unabhängigen Kräfte sind einerseits noch nicht so stark, andererseits hält sich die Ökonomie noch. Die Ökonomie ist sehr wichtig.

Aber es ist beschämend, daß die Sowjetunion und auch die USA sehr zurückhaltend reagiert haben. Das ist wieder die selbe Sache, die auch 1956 in Ungarn passiert ist usw. Für sie sind die osteuropäischen Länder und auch China nur von ökonomischer Seite wichtig, sonst überhaupt nicht. Und für sie ist dazu nur die gesellschaftliche Stabilität wichtig, nicht die echte ökonomische Entwicklung. Das zu wissen ist sehr traurig. Hier spreche ich natürlich über die Regierungen und nicht über die Völker.

CSSR

Hans-Georg Grothe

Administrativer Assimilationsdruck – Die ungarische Minderheit in der Slowakei

Mit dem Zerbrechen der Donaumonarchie entstand in Ostmitteleuropa das Problem nationaler Minderheiten. Der Widerspruch zwischen (zu) spät gekommenen Nationalstaaten und deren Minoritäten wurde in den sozialistischen Ländern nur deklaratorisch gelöst.

Mit der Perestroika brechen latent immer vorhandene Spannungen offen aus. Rumänien, das Baltikum, die Spätaussiedler sind die pressewirksam werdenden Spitzen des Eisberges. 700 000 Ungarn leben in der Slowakei. Deportationen nach Ungarn und Zwangsumsiedlungen innerhalb der CSSR nach dem 2. Weltkrieg, seither administrativer Druck und ein langsam zur Fassade werdendes Schulsystem für diese Minderheit, sollen das Problem einer Minderheit lösen. Auszüge aus einem Interview mit einem Mitglied der Gruppe um den Sprecher der ungarischen Minderheit, Miklos Duray, Bratislava, erhellen Probleme und ihre Hintergründe: (...)

Antwort: Die derzeit wichtigste Form der Repression ist die Schließung unserer Schulen. Wir hatten einmal ca. 600 Schulen. Jetzt sind es nur noch ca. 270. Dazu kommen die Kindergärten. Auch diese wurden und werden nacheinander geschlossen. In den Schulen existiert eine starke Propaganda zugunsten der slowakischen Schule. Den Eltern wird nahegebracht, ihre Kinder könnten nur durch den Besuch einer slowakischen Schule Karriere machen. Unsere Versuche, die ungarischen Schulen zu stärken, lösten polizeiliche Repressionen aus...

Die Schließung weiterbildender Schulen, Zusammenlegungen, die immer zur Dominanz des Slowakischen führen, Benachteiligungen und Hetze gegen ungarische Schüler und Lehrer durch slowakische Rektoren – das ist alltäglich...

Frage: Gibt es eine Tradition dieser Repressionen?

Antwort: Diese Repressionen begannen mit der Entstehung der Minderheiten durch den Frieden von Trianon. Die erste tschechoslowakische Republik war eine liberale Demokratie. Aber die Minderheiten waren nicht voll gleichberechtigt...

So wurden z.B. im Norden der Slowakei sofort alle ungarischen Schulen geschlossen... Es wurden alle ungarischen Universitäten und Hochschulen geschlossen.

Nach dem 2. Weltkrieg ist die Situation viel, viel schlechter geworden. Sehr viele Ungarn wurden aus nationalistischen Gründen deportiert. Alle Minderheiten wurden von der Staatsregierung für die Zerstörung der ersten Republik kollektiv schuldig gesprochen... Aber die Tschechoslowakei war zu dieser Zeit eine kleine Nation, und der 2. Weltkrieg war so fürchterlich, daß diese Kleinigkeit von der Weltmeinung einfach nicht registriert wurde...

Die Situation in der Slowakei ist sehr kompliziert. Die slowakische Nation wurde als Nation vierfach schockiert. Ihre Entwicklung war weniger demokratisch und weniger normal als die Entwicklung anderer Nationen in Mitteleuropa.

Ihre nationale Geburt verdanken sie anderen Ländern, nicht sich selbst. Sie verdanken sie vor allem den Politikern und den Weltmächten. Sie hatten nach dem Frieden von Trianon kein breites Bürgertum und keine Intelligenz.

Die Demokratie bekamen sie von den Tschechen. In der 1. Republik waren sie nicht als eine unabhängige Nation anerkannt, sondern der Masarikismus hatte eine Theorie: In der CSR existiert nur eine Nation, die tschechoslowakische, welche zwei Stämme hat: den tschechischen und den slowakischen. Dies bedeutet: Nach dem Zerfall Ungarns war nicht sicher, ob die Slowaken eine Nation werden können.

Eine nationale Schockierung und die Nichtexistenz einer Menschengruppe, welche aus einer liberalen Grundhaltung heraus eine liberale Politik betreiben konnte, verursachte, daß die slowakische Politik sehr nationalistisch-pragmatisch war. Das ist sie bis heute.

Das heißt: Im 2. Weltkrieg geht die slowakische Intelligenz aus der zerfallenden, aber demokratischen CSR ohne Schwierigkeiten an die Seite Hitlerdeutschlands und vertreibt alle Tschechen aus der Slowakei. Die Slowakei ist das erste Land nach Deutschland, das die Juden deportiert. Nach dem 2. Weltkrieg kehrt dieses Land ohne theoretische und ethische Schwierigkeiten zur Tschechoslowakei zurück. Es deportiert sehr viele Ungarn nach Ungarn, es deportiert die Deutschen, d.h. seine bisherigen Verbündeten (!) – ohne ethische Schwierigkeiten.

Eine Gruppe, die ethische Schwierigkeiten mit ihrer Nation hat, eine liberale Gruppe, existiert gar nicht.

Als 1968 die Entwicklung automatisch in Richtung Demokratisierung und Förderalismus, d.h. zu einer Autonomisierung der Slowakei geht, sind die Slowaken natürlich froh. Aber als die Russen den Prager Frühling unterdrücken, dreht sich die slowakische politische Elite ohne Rücksicht, ohne ethische Fragen und Probleme noch einmal um auf die Seite der Russen und hindert die demokratische Entwicklung in der Tschechei, und beginnt mit einer sehr harten Unterdrükkung der Ungarn in der Slowakei.

Frage: Gibt es eine Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit?

Antwort: Es passierte nicht, und es darf nicht passieren – aus verschiedenen Gründen:

1.- weil einige bis heute nicht erforschte persönliche Zusammenhänge zwischen der klerofaschistischen und der heutigen kommunistischen Slowakei vorhanden sind. ...Diese gründliche Forschung ist heute fast unmöglich, weil diese Materialien Staatsgeheimnisse sind. Es könnte z.B. erleichtert werden, mit dem Naziarchiv in Koblenz zusammenzuarbeiten. Die Nazis haben sehr genaue Dossiers geführt über die Funktionäre im slowakischen Staat. (...)

2.- Der sozialistische Staat nennt sich internationalistisch. Aber die slowakische Politik ist sehr entschlossen, das Gebiet, das in Trianon zur Slowakei erklärt wurde, von allen politikfähigen Minderheiten zu bereinigen. Sie schickten die Tschechen weg. Sie deportierten die Juden. Sie vertrieben die Deutschen, und sie siedelten sehr viele Ungarn aus. Jetzt leben noch ca. 700 000 Ungarn in der Slowakei. Die ungarische Minderheit ist die letzte noch politikfähige Minderheit in der Slowakei. Wenn die „Endlösung" des

Ungarnproblems in der Slowakei geschafft ist, dann haben die Slowaken einen voll slowakischen Nationalstaat.

Aber die derzeitige Situation der Ungarn ist jetzt nicht lösbar. Wenn in einem Staat mit 5 Millionen Einwohnern eine Minderheit von mehr als 10 % der Staatsbevölkerung lebt, kann der Staat dies Problem in ein, zwei, drei oder fünf Jahrzehnten nicht lösen. In 30 oder 50 Jahren werden die Ungarn ihre Muttersprache nicht vergessen, selbst wenn sie keine oder fast keine ungarischen Schulen oder Kindergärten mehr besitzen. Das ist menschlich unmöglich. Aber diese Situation kann das diktatorische Regime und auch im Falle einer Demokratisierung die rechtsextremistischen, nationalistischen und diktatorischen Elemente verstärken.

Frage: Dies bedeutet also, die slowakische Regierung versucht durch administrative Maßnahmen das Ungarnproblem durch Assimilierung zu lösen?

Antwort: Ja! ...Neben der schleichenden Auflösung des ungarischen Schulsystems ist dies das Aufbrechen des geschlossenen Siedlungsgebietes der Ungarn durch die Ansiedlung von Slowaken, die Umsiedlung von Ungarn in Ballungszentren – beides nicht unerwünschte Nebeneffekte des Staudammprojektes von Gabcikovo, die Reglementierung des Reiseverkehrs nach Ungarn, Repression und Benachteiligung ungarischer Intellektueller u.a. ...

Frage: Ist ein gesamteuropäischer Prozeß insbesondere in Menschenrechtsfragen Illusion oder Chance, liberale mitteleuropäische Denktraditionen zu verbreiten und umzusetzen?

Antwort: Der vollkommene Erfolg ist Illusion. Aber er ist sehr wichtig, weil er in uns den Geist aktiviert. Die Leute hier, vor allem die Intelligenz, interessieren sich sehr für Politik. Wahrscheinlich mehr als in Westeuropa, weil sie immer und überall Politik sehen. ...Das Wissen um Leute, die etwas für uns machen, ist für uns sehr wichtig, auch und gerade in schlimmen Zeiten.

Wenn hier eine relative Demokratisierung beginnt – und sie wird meiner Meinung nach andauern, denn es besteht keine andere Möglichkeit kulturell und wirtschaftlich für Osteuropa –, dann sind solche Aktivitäten für uns sehr nützlich. Auch politisch!

Frage: Das Wort „Intelligenz" ist gefallen. Welche Rolle spielt die Intelligenz, insbesondere die Intelligenz bei den Minderheiten? Ist eine Verbindung der Intelligenz von Gesamt-Mitteleuropa möglich und erstrebenswert?

Antwort: Eine Verbindung nicht der gesamten Intelligenz Mitteleuropas, aber der demokratischen Intelligenz, – denn hier existiert eine nichtdemokratische Intelligenz, und sie ist sogar die stärkere –, ist möglich. Die ersten Schritte sind getan. ...

Mitteleuropa kann wirtschaftlich und kulturell nur leben, wenn Entspannung herrscht. Wenn sich das Verhältnis zwischen Ost und West verschlechtert, heißt dies für Ost-Mitteleuropa immer eine Diktatorisierung, eine Totalisierung. Dies möchte die mitteleuropäische Gemeinschaft nicht. ...

Die ungarische Minderheit in der Tschechoslowakei könnte eine unersetzliche Rolle spielen. ...In Mitteleuropa herrscht eine Sprachenvielfalt. Diese Sprachdifferenzen zwischen der ungarischen und den slawischen Sprachen kann nicht auf dieselbe Weise behoben werden wie in Westeuropa. Hier ist es aus kulturellen Gründen nicht möglich, diese Kleinsprachen in den Schulen zu unterrichten. In Mitteleuropa müssen die Leute zunächst die großen westlichen Sprachen können. Daher ist dieser Unterschied zwischen der ungarischen Sprache und Kultur und den anderen Sprachen in Mitteleuropa nur durch die ungarischen Minderheiten zu überbrücken.

Nur sie können die wichtige kulturelle Information übergeben, die wichtigen Werke übersetzen. Durch sie können diese Nationen eine Verbindung ohne Vermittler halten. In der Kultur ist dies sehr wichtig.

Frage: Statt Zwangsassimilierung wäre eine gezielte Förderung der Autonomie wegen dieser Brückenfunktion in Mitteleuropa politisch gebotener?

Antwort: Mit der politischen Realisierung so einer Autonomie wäre das ganze Mitteleuropa kulturell viel reicher.

Jugoslawien

Lino Veljak

Was ist los mit der Euro-Linken?

Lino Veljak ist Professor der Anthologie an der Philosophischen Fakultät der Universität Zagreb. Er ist bekannter Marxist und Mitglied des Exekutivkomitees der »Assoziation für eine jugoslawische demokratische Initiative« (UJDI), die Anfang dieses Jahres gegründet wurde. Diese Assoziation hat sich zum Ziel gesetzt, für die Demokratie in Jugoslawien – unabhängig von der Nationalität – zu kämpfen. Insbesondere ihre Haltung während des Krieges des serbischen Staatspräsidenten Milosevic gegen die Albanier des Kosovos war eindeutig: Toleranz und Gleichberechtigung der Nationalitäten. Die Assoziation hat serbische, kroatische, albanische, slowenische, makedonische Mitglieder! -t.k.-

In Übereinstimmung mit dem allgemein bekannten Schema zeichnet sich das politische Leben in den westeuropäischen Ländern seit längerem durch eine mannigfaltige Verschiebung aus:

Die Liberalen sind das geworden, was traditionell die Konservativen waren, d.h. der spezifische Unterschied zwischen Liberalismus und Konservatismus ist verloren gegangen. (Dies ist wahrscheinlich das Auffälligste beim Vergleich Neo-Liberalismus : Neo-Konservatismus.) Der Platz, der traditionell der liberaldemokratischen Mitte gehörte, wird nun von der Sozialdemokratie eingenommen (der Unterschied zwischen den Strategien der strukturellen Veränderung, der einst charakteristisch für den reformistischen Flügel der sozialistischen Bewegung war, ist gleichzeitig verschwunden). Damit verwaiste der politische Raum der Reform. Er blieb jedoch nicht leer – mit dem Erscheinen des Euro-Kommunismus wurde er von den kommunistischen Parteien mit ihrer neuen Strategie, die existierende Gesellschaft zu verändern, gefüllt. Auf diese Weise nahm der revolutionäre Kommunismus immer weniger Raum ein. Die Fragwürdigkeit dieses Prozesses nimmt mit der Einsicht zu, daß die auf der Logik des Kapitals basierende Produktionsweise seine Grenzen noch nicht erreicht hat.

Dasselbe kann man nicht von der Ordnung behaupten, die auf den Ursprüngen der Oktoberrevolution basiert (wenn auch pervertiert und relativiert). Diese Ordnung ist nicht nur ein Zeichen katastrophaler historischer Versuche, die bürgerlich-kapitalistische Welt zu überwinden, sondern auch der Beweis für die charakteristischen Grenzen einer plangelenkten Gesellschaftsordnung, die – nach ihren eigenen Verlautbarungen – die Verwirklichung des „sozialistischen Aufbaus" repräsentiert.

Natürlich leidet das beschriebene Schema, wie jedes andere auch, unter der Vereinfachung und Verkürzung der Komplexität des Lebens, das man einfach nicht in einen schematischen Rahmen pressen kann. Wie jedes andere Leben ist das politische Leben zu kompliziert, zu vielfältig und gegen-

sätzlich, um durch ein Schema ausreichend dargestellt zu werden. Jedoch macht ein gutes Schema – im Gegensatz zu einem schlechten – eine gewisse Orientierung in der Verflechtung und Undurchsichtigkeit der Prozesse, die das Leben ausmachen, möglich. Ich glaube, daß das vorgestellte Schema dies tut.

Wenn wir dies im Blick behalten, dann bedeuten die jüngeren Vorgänge in der europäischen Linken teils eine Übereinstimmung mit und teils eine Diskrepanz zu der Hauptrichtung, in welche sich die politischen Kräfte des gegenwärtigen Europas bewegen. Die Idee der Euro-Linken (und besonders ihr eventueller Erfolg) verfolgt diese Hauptrichtung, indem sie die Unterschiede zwischen dem (reformierten) Kommunismus und der (liberalisierten) Sozialdemokratie zu verdecken sucht. Dadurch drückt sie die real-sozialistische Richtung innerhalb der westeuropäischen kommunistischen Bewegung noch weiter an den Rand.

Aber die Idee der Euro-Linken bekämpft noch einen anderen Aspekt der erwähnten Richtung, nämlich den andauernden Rechtsruck der Schlüsselfaktoren des politischen Lebens. Wenn es möglich ist, durch einen Rechtsruck die kommunistischen Parteien, die an der Euro-Linken teilhaben wollen, radikal zu säkularisieren (und ebenso die Akzeptanz der „kleinen Schritte"-Strategie und der Vorstellung, daß der Sozialismus die Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft in unbestimmter Zukunft überwinden wird), dann ist es nicht möglich, die Prozesse, die innerhalb der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der Euro-Linken ablaufen, genauso einzuschätzen.

Für diese Parteien bedeutet die Idee der Euro-Linken nämlich das Abstandhalten von der liberalen (liberalkonservativen) Mitte und, wenn auch im eingeschränkten Rahmen, die Wiederherstellung des Bewußtseins von der Notwendigkeit, die Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft, die das Resultat der ungehinderten Logik der kapitalistischen Reproduktion sind, zu überwinden. Die Einsichten, die dank der Umweltbewegung fast ein allgemeines Erbe der kritischen Bevölkerung der entwickelten Industriestaaten sind, sind zweifellos von großer Wichtigkeit.

Die wesentliche Erkenntnis dieser Art besteht in der unausweichlichen Katastrophe, die eine ungehinderte Reproduktion des Kapitals, von der Logik des Profits geleitet, mit sich bringen würde. Die Unterwerfung des Kapitals unter eine soziale Kontrolle und die sich daraus ergebende Veränderung erscheinen nicht mehr als eine Frage des Klassenkampfes, sondern als eine elementare Frage des Überlebens der Menschheit.

Wenn die Sozialdemokratie sich diese Einsichten zu eigen macht, zumindest als Teil der Euro-Linken, dann muß die Frage gestellt werden, ob die Einschätzung, Manager des Kapitals zu sein, gerechtfertigt ist. Natürlich ist auch die gegenteilige Einschätzung möglich: Die Unterwerfung des Kapitals unter eine Kontrolle, die die Gefahr einer weltweiten Katastrophe verringert, die wegen der sorglosen und ungehinderten Profitlogik zu erwarten ist und die – geleitet vom Instinkt der Selbsterhaltung – zu einer Selbstbeschränkung führen könnte. Die globale Vernichtung wird auch das Kapital selbst nicht verschonen (nicht einmal unter der lächerlichen Annahme des französischen Denkers Henri Lefevre, daß sich in einem solchen Fall die politisch und finanziell Mächtigen ins Weltall retten würden).

Wenn diese Beurteilung richtig ist, dann verkörpern die Euro-Linken (genauso wie die linken Sozialdemokraten, die »Grünen« und die verweltlichten Kommunisten) die neue Rationalität des Kapitals, als Kandidaten für ein neues Management-Komitee, das alles verändert, damit alles so bleiben kann.

Wenn diese Beurteilung korrekt ist, dann kann man aus dieser Sicht erklären, daß die Euro-Linke ein Trick des Kapitals ist. Aber bevor wir dieses vorschnelle Urteil verkünden, wären wir gut beraten zu fragen, welche Alternative die Euro-Linke hat, und – wenn wirklich eine Alternative existiert – wie sie aussieht. Was sich wirklich entwickelt, ist der konservativ-neoliberale Block, der – besonders wenn er zu ungenutzten autoritären Reserven greifen würde – sicherlich wüßte, mit den selbstzerstörerischen Auswirkungen der kapitalistischen Logik fertig zu werden.

Der »real-sozialistische« Block ist heutzutage kümmerlich, nicht nur im Westen, sondern auch in Osteuropa selbst, so daß wir ihn im Moment vernachlässigen können – selbst wenn wir annehmen, daß es möglich wäre, unter den Bedingungen seiner Herrschaft die Methoden zu finden, die es erlauben, die selbstzerstörerischen Auswirkungen einer Praxis, die nach dem Motto „Einholen und überholen" handelt, zu überwinden.

Der Kräfteblock, der in radikaler Weise die logischen Folgen dieser Lebensweise überwinden sollte, existiert nicht, außer in der Form eines vollkommen ungewissen und empirisch unbeweisbaren Potentials aufgestauter Unzufriedenheit. Auf dem Schlachtfeld befinden sich die Euro-Linke und der konservative Block. Nach der Logik des „kleineren Übels" scheint die Euro-Linke die bessere Alternative. Aber nach der Logik des „kleineren Übels" zu urteilen, beinhaltet in diesem Fall eine unzulässige Reduktion sowohl auf der Ebene des Denkens als auch auf der politischen Ebene. Wenn tatsächlich die Euro-Linke lediglich das System der Unterdrückung und Ausbeutung stabilisiert, und wenn es wirklich kein Potential für eine strukturelle Veränderung von innen gibt – weder praktisch noch faktisch (diese Beurteilung sollte nur unter Vorbehalt akzeptiert werden, denn eine sorgfältigere Analyse würde zeigen, daß es sich nicht um einen vollkommen unzweideutigen Prozeß handelt), heißt das jedoch nicht, daß die Euro-Linke nicht in ihrem Pragmatismus und in ihrer Strategie das unversehrte Vermächtnis der bürgerlichen Revolution aufrechterhält, im Gegensatz zu dem konservativen Block, der im Grunde eine Fortführung der autoritären-konservativen Tendenz ist, die die Gültigkeit des universellen Erbes der bürgerlichen Welt eingeengt hat.

Wenn die Überwindung der charakteristischen Grenzen der bürgerlichen Welt durch die Sozialisten/Kommunisten möglich ist – wie uns die Erfahrung mit dem „realen Sozialismus" bereits gezeigt hat –, verdient die Euro-Linke als eine mögliche Perspektive für die Menschheit dann einen Tadel, wenn das universelle Erbe der bürgerlichen Welt nicht automatisch und unwiderruflich abgeschafft wird, weil sie den Namen „Sozialismus" als ein Ornament benutzt (nicht als einen wichtigen pragmatischen und strategischen Inhalt).

Aber gleichzeitig gebührt ihr Anerkennung, weil sie die einzige wirkliche Kraft ist (zumindest im demokratischen Westen), die den Traum, daß die Sozialisten die Grenzen der bürgerlichen Welt überwinden können, schützt und fördert.

Rumänien

Proteste gegen Ceausescu

Sie sind der am besten bewachte Sohn des Volkes

Offener Brief des rumänischen Schriftstellers Dan Desliu an Nicolea Ceausescu, Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei, Präsident der SR Rumänien

Herr Präsident,
nach 40 Jahren benutze ich zum ersten Mal wieder eine andere Anredeformel als „Genosse". Mir scheint dies, um es so zu sagen, ehrlicher zu sein, denn die täglich Getretenen sind keinesfalls die Genossen jener, von denen sie getreten werden. Ich bin ein Staubkorn vom Körper dieses Volkes, wie unzählige andere auch. Auch Sie sind praktisch nicht mehr, aber Sie bilden sich ein, etwas Besseres als die anderen zu sein. Auf diesen Gedanke komme ich zurück.

Ich appelliere aus wohlbekannten Gründen nicht an Radio Bukarest, weil, wie man weiß, die an Sie adressierten Briefe Ihnen nicht ausgehändigt werden. Es sind selbstverständlich auch sehr viele; wegen der großen Anzahl würden Sie es nicht einmal schaffen, wenigstens jene zu lesen, die sich mit allgemeinen Problemen befassen. Im Juli 1988 schickte ich Ihnen eine Stellungnahme betreffend die Dorfzerstörung. Darin drückte ich meine Ablehnung aus und fügte hinzu, daß diese Operation, unabhängig jeglicher guter Absichten, ein schwerer Fehler ist. Selbstverständlich hoffte ich auf keine Antwort. Trotzdem hatte ich danach einige Unannehmlichkeiten mit der Post und mit meinem Telefon. Auch darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

Wie Sie wissen, begab ich mich bereits 1945 auf einen Weg, dessen erklärtes Ziel ein ganz anderes gewesen war. Das Programm der Rumänischen Kommunistischen Partei (RKP), deren Erklärungen sowie die in ihrer Zeitung veröffentlichten Dokumente bestärkten mich in meiner Absicht, mich der Vorhut der Arbeiterklasse – wie es damals hieß – anzuschließen. Hätte ich damals nur die geringsten Zweifel gehabt und gewußt, wohin dieser Weg führt, dann hätte ich mich ohne Bedenken der Gegenseite angeschlossen. Ich hätte bestimmt nicht als einziger meiner Generation diese Entscheidung getroffen, wenn es deutlich geworden wäre, daß die alte Oligarchie durch einen Bojarenadel neuen Typs ersetzt werden sollte und wir anstelle einer erblichen Monarchie – es klingt etwas merkwürdig! – eine unbeugsame Diktatur, die sich zusehends in einen ebenfalls erblichen Familienbetrieb verwandelte, erhielten.

Als einer, der sich vor langer Zeit auf einen Weg begeben hatte, davon aber abwich, als einer, den Sie sogar 1965 in Ihren Mitarbeiterstab aufnehmen wollten, und als einer, der jahrelang in seinen Gedichten die von der kommunistischen Partei angekündigte, glorreiche Zukunft verherrlichte, bin ich der Meinung, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zu haben, Ihnen öffentlich folgendes mitzuteilen:

Herr Präsident,
wir sind am Ende unserer Kräfte, unserer Geduld, der vielseitig entwikkelten Absurdität. Warum wohl? Meiner Ansicht nach wegen der von Ihnen total falsch eingeschätzten Wirklichkeit.

Herr Präsident, Sie sind nicht der oberste Chef, der Diktator, der Kaiser oder der Vater der Heimat. Sie betrachten sich einfach als der Besitzer Rumäniens. Als der alleinige Besitzer des Bodens, der Gewässer, der Luft, der Toten und der Lebenden (Sie haben sogar die Friedhöfe zerstört!) sowie der Wahrheit und der Gerechtigkeit. Das geht einfach zu weit. Niemand besaß jemals ein ganzes Land. Daß Sie sich als Besitzer wähnen, beweisen Ihre illegalen und alogischen Taten. Diese falsche Perspektive der Realitätseinschätzung wird noch durch eine Ihrer persönlichen Eigenheiten verschlimmert, derer Sie sich wahrscheinlich gar nicht bewußt sind. Sie, Herr Präsident, sind ein unverbesserlicher Mystiker – was einem eingeschworenen Atheisten kaum zu glauben kommt –, denn Sie sind davon absolut überzeugt, daß eine übernatürliche Macht Sie mit außergewöhnlichen Fähigkeiten ausgestattet hat, wie keinen anderen Menschen dieser Erde. Wäre dem nicht so, dann könnten Sie sich selbst nicht erklären, daß Sie, als ein nur mäßig gebildeter Mensch, allen Leuten Anleitungen geben, den Bauern, wie sie anbauen sollen, den Städteplanern, wie sie einen 13 Stock hohen Block auf einen für einen achtstöckigen geplanten Grundriß bauen sollen, den Hüttenarbeitern, den Malern, den Verkäufern, den Fußballspielern und allen anderen.

Ich gestatte mir, Sie an einen von Ihnen im Jahr 1965 geäußerten Satz zu erinnern. In einer Rede sagten Sie, es hätte weder früher noch jetzt, und es würde auch in Zukunft kein allwissendes Wesen, kein unfehlbares Wesen geben. In Ihrer Person fand nun das Gegenteil Ihrer Äußerung seine Verwirklichung. Das Ergebnis davon ist ein nationales Desaster. Jetzt sparen wir sogar am Klebstoff für Briefmarken und -umschläge, suchen taumelnd Zahnpasta oder Zündhölzer, oder Waschmittel, körperverträgliche Unterwäsche – ich möchte auf keine weiteren peinlichen Einzelheiten eingehen –, dabei behaupten Sie, daß es uns noch nie so gut gegangen wäre wie jetzt. Für eine Kilowattstunde bezahlen wir 3 Lei; nach Einbruch der Dunkelheit tasten wir uns durch ein Bukarest, als wäre die Hauptstadt der Vlasiei-Wald; die erlaubten Glühbirnen spenden weniger Licht als ein Öllämpchen, dabei wird die berüchtigte Baustelle, wo das neue Haus der Republik entsteht, Tag und Nacht buchstäblich in elektrischen Lichtschwaden ertränkt.

Das Schlangestehn um die fast ungenießbaren Grundnahrungsmittel raubt den Bürgern ihre ganze Freiheit, ganz zu schweigen von der Versorgungstragödie in den großen und kleineren Provinzortschaften, und Sie rügen die armen Leute ihrer Gefräßigkeit wegen, daß sie zuviel essen würden.

Unermüdlich widmet Ihnen das Fernsehen ganze Programme, die Presse verausgabt ganze Seiten nur für Sie, so daß für diejenigen, die sich tagtäglich mit den „Freuden des Lebens" herumschlagen, kein Platz bleibt, weder für ein Fußballspiel im Fernsehen, noch für einen interessanten Film oder eine Unterhaltungssendung oder ganz einfach für Nachrichten (die wenigstens Informationen aus den benachbarten und befreundeten Ländern, wie Polen oder der UdSSR, enthielten). Das Fernsehen und die Presse gehören praktisch zu Ihrem Familienbesitz.

Was soll ich Ihnen noch schreiben? Daß ein akuter Mangel an pharmazeutischen Erzeugnissen herrscht, was sich existenzbedrohend auf alte und junge Leute auswirkt, weil die Krankheiten niemanden verschonen? Daß wir (d.h. Sie) Menschen verkaufen um DM, um Dollar usw.? Dies ist wahrscheinlich gleichbedeutend mit der

endgültigen Lösung der nationalen Frage.

Aber die Kinder? Hat man Ihnen denn darüber gar nichts berichtet? Sollen Sie auch nichts über den Giftmüllskandal im Freihafen Sulina gehört haben? Vielleicht hat man Ihnen auch nicht zur Kenntnis gebracht, daß Kinder um französische Franken, englische Pfund Sterling etc. verkauft werden – unwissende Kinder, wie Sie selber, Herr Präsident, auch einmal eines waren, Söhne und Töchter dieses Landes. Ich frage mich, was geschehen wäre, wenn eine solche Sache zum Beispiel während der Herrschaft von König Ferdinand aufgeflogen wäre? Ich erlaube mir die Feststellung, daß wir zu jener Zeit geboren wurden...

Um jegliche Spekulationen zu vermeiden, möchte ich in diesem Zusammenhang noch erwähnen, daß ich den Nachfolger Ferdinands, Carol II., häufig in Begleitung von nur 2-3 Leibwächtern als Fußgänger beim Spaziergang auf der Bukarester Calea Victoriei gesehen habe. Dem Auftauchen des Präsidialwagens geht heute jedoch ein ohrenbetäubendes Sirenengeheul voraus, unzählige Miliz- und Securitateleute betätigen ihre Trillerpfeifen wie bei einem Brand, halten die Fußgänger an und drängen diese vom Gehsteig in Wohnungseingänge und in Nebenstraßen; dadurch entsteht der Eindruck von einem Freilichtlager...

Ich weigere mich und werde mich auch in Zukunft weigern, derartige Erniedrigungen über mich ergehen zu lassen, weil ich diese als einen brutalen Versuch empfinde, uns als Ihre Mitbürger (ja sogar Genossen) in Mist zu verwandeln, der schleunigst beim Auftauchen des Bojaren beiseite geschafft werden muß. Letztendlich ist das Opfer dieser Erniedrigungen nur das Volk, diese schwer definierbare und noch schwerer zu befragende Einheit, in deren Namen die diversesten Mißbräuche angezettelt werden, die Gesetzesübertretungen, die Verletzungen der Verfassung, das Briefgeheimnis gebrochen und gegen die internationalen Abkommen bewußt verstoßen wird.

Die Verfassung der SR Rumänien gilt gemäß Ihrer Auffassung nicht mehr als ein Fetzen Papier. Das beweisen die Bulldozer, mit denen Tag und Nacht die privaten Häuser und Grundstücke aus unseren Dörfern und Städten niedergewalzt werden. Meine eigenen Erfahrungen bestärken mich in der Annahme, daß die Verfassung systematisch außer Kraft gesetzt wird. Die hochmodern ausgerüsteten Abhörspezialisten griffen kürzlich zu einem perfiden Mittel, um mein Familienleben zu stören, wobei sie sich gewisser Auszüge aus Telefongesprächen und Briefen bedienten. Sie behaupten doch, daß die im Ausland geäußerten Ansichten betreffend die Respekierung der von Ihnen selbst unterzeichneten Abkommen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten bedeuten. Wie würden Sie, Herr Präsident, den Überfall auf einen Haushalt bezeichnen; oder die Stiefel, mit denen das Leben einer Familie getreten wird? Sie handeln uneingeschränkt im Namen und mit dem Einverständnis des Volkes. Eine Handvoll bis in die Knochen korrupter Leute drechseln Glückwunschtelegramme, Bänder mit begeisterten Sprechchören, um Ihnen **was** zu beweisen?

Daß Sie der geliebteste Sohn des Volkes sind? Auch Sie – wie fast alle – handeln so aus Angst. Denn es ist Ihnen glänzend gelungen, die Leute vor Angst zu lähmen. Gleichzeitig – und das ist ein Ding der Unmöglichkeit, Herr Präsident – zeigen Sie sich in der Pose des „Geliebten Sohnes". Seit Menschengedenken waren Liebe und Angst unvereinbar. Angst schließt Liebe aus, das wissen Sie auch, denn wie anders ließen sich Ihre unwahrscheinlichen Sicherheitsvorkehrungen erklären? Sie, Herr Präsident, sind zweifellos der am besten bewachte Sohn des Volkes!

Im Namen des Volkes wurden im Ausland enorme Gelddarlehen mit hohen Zinssätzen aufgenommen, um damit unsere Kräfte übersteigende Arbeiten durchzuführen, Arbeiten, die zumeist sinnlos waren; ebenso trafen Sie im Namen des Volkes die plötzliche Entscheidung, diese Schulden raschestens zurückzuzahlen, so als hätten wir Sie gezwungen, diese Darlehen zu beantragen. Sie setzten Ihre sinnlosen, pharaonischen Projekte fort, indem Sie das (immer zum Sündenbock gestempelte) Volk noch stärker durch Hunger und alltägliche Entbehrungen drangsalierten. Sie und die Ihren aber, Herr Präsident, erfreuen sich, wenn ich mich nicht täusche, außergewöhnlicher Privilegien, die jeden früheren als auch jetzigen Potentaten vor Neid erblassen ließen.

Wenn die Welt sich über die bei uns herrschenden Verhältnisse (die spurlos Verschwundenen nach den Ereignissen in Kronstadt/Brasov, die illegalen Hausdurchsuchungen, die Stillegung der Telefone, die Beschlagnahmung der Korrespondenz) empört, weil es sich um flagrante Menschenrechtsverletzungen handelt, dann behaupten Sie großspurig, dies sei eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Ihre Meinung beruht auf der Tatsache, daß Sie sich als exklusiver Besitzer des Landes wähnen.

Haben nicht Sie vor einigen Jahren mit Ihrer Rechten auf die Verfassung geschworen? Heißt es denn nicht im Grundgesetz, daß das Privateigentum gesetzlich geschützt ist? Sie haben nicht nur der Verletzung dieser Verfassungsbestimmung Vorschub geleistet, sondern sie einfach außer Kraft gesetzt, indem Sie Architekten und Bauleute zur Verfassungsverletzung zwingen. Diese Leute haben nicht einmal mehr den Mut, eigene Meinungen zu äußern, um ja nicht in Ungnade zu fallen; ihre Unterwürfigkeit geht so weit, daß sie versuchen, Ihre Wünsche zu erraten, noch bevor Sie sie geäußert haben.

All dies ist auch eine Erklärung für die systematische Zerstörung kultureller und architektonischer Baudenkmäler, die einst zu den nationalen und europäischen Kulturwelten gehörten. Es ist schon merkwürdig, daß einem Ausreisenden die Mitnahme eines alten Buches oder Tellers unter dem Vorwand, dies seien nationale Kulturgüter, verweigert wird, gleichzeitig aber das Vacaresti-Kloster oder das Geburtshaus von Helene Vacaresco, eine bedeutende rumänischstämmige Vertreterin der französischen Kultur, abgerissen werden. Für Sie war das Vacaresti-Kloster wahrscheinlich nichts weiter als der Name eines Gefängnisses.

Unter den von Ihnen häufig zitierten Versen sind auch jene des Barden Ienachita Vacarescu: *„Meinen Nachkommen hinterlasse ich als Erbe, die Pflege der rumänischen Sprache und die Liebe zur Heimat."* Diese Hinterlassenschaft haben Sie durch den Abriß des genannten Klosters auch zerstört. Und was ist, Herr Präsident, mit der Enea-Kirche, dem Haus, in dem Eminescu, Macedonski und Calinescu lebten und arbeiteten, oder mit dem Cotroceni-Palais, wo Fürst Serban Cantacuzino begraben liegt? Sehen Sie, Herr Präsident, dieser weise Fürst hat das Land nicht durch unsinnige Kanäle zerstückelt, er ließ keine Berge enthaupten und auch keine von seinen Vorgängern errichtete Bauten zerstören. Er wird auf jeden Fall mit seinem wohlverdienten Nimbus die Jahrhunderte überleben, schon aus dem einfachen Grund, weil er es war, der die Drucklegung der ersten Bibel in rumänischer Sprache veranlaßte, auch wenn Sie sein Grab zerstören und seine Gebeine an einen unbekannten Ort bringen ließen.

Mit welchem Recht und warum geschieht das alles?

Um für irgendwelche häßliche und unnötige Bauten Platz zu schaffen, kasernenähnliche, graue Bauten, in denen es einem schwerfällt zu atmen, zu lieben, gesunde und fröhliche Kinder großzuziehen, zu singen, zu lachen, sich einfach seines Lebens zu freuen. Diesen, über einen Leisten geschlagenen Betonsilos fehlen jegliche Funktionalität und jedweder ästhetische Anspruch. Dabei tun Sie so, als würde Ihnen ein Dieb in die Tasche greifen wollen, weil sich angesichts dieser Situation verstärkt protestierende Stimmen erheben.

Ich möchte Ihnen ganz offen folgendes sagen: Als Sie mir 1965 den Vorschlag machten, Ihrem Mitarbeiterstab beizutreten, ahnte ich bereits, daß Sie keine Berater brauchen. Aus

diesem Grund lehnte ich Ihren Vorschlag ab. Sie brauchen bloß Handlanger zur Verwirklichung Ihrer Vorstellungen. Ein Staatsführer müßte schon wegen der ihm übertragenen Verantwortung die verschiedenen Meinungen berücksichtigen, um den richtigen Weg für Entscheidungen zu finden. Sie aber versteifen sich auf die militärische Devise: Befehl ist Befehl!

Meines Wissens werden selbst die während des Krieges, an der Front, erlassenen Befehle vorher unter Spezialisten aufeinander abgestimmt. Es ist müßig, sich länger über den Ursprung Ihrer Befehle Gedanken zu machen. Sie zitieren mit Vorliebe Verse wie beispielsweise folgende: *„Die murrend kämpfen, sind gleichgestellt den freien Deserteuren."* Warum zitieren Sie denn nicht auch die anderen Strophen aus dem Gedicht von Cosbuc: *„Die Feiglinge, sie schweigen, wie die Toten. Die Lebenden jedoch, sie lachen; die Guten lachen, fallen."* Uns vergeht das Lachen beim Anblick dieser *„schmerzlichen Dinge"*, wie es einer unserer Chronisten ausgedrückt hatte. Wie läßt es sich erklären, daß der Exodus wertvoller Menschen (die Sie als „Verräter" bezeichnen) sich in dieser *„glorreichen Epoche der Geschichte Rumäniens"* vervielfacht hat?

Der zunehmende internationale Prestigeverlust, die scharfen (nicht nur im Westen) Kritiken, beispielsweise auch seitens der italienischen oder französischen KP, sogar seitens Ihres alten (ehemaligen?) Freundes, Georges Marchais, sind Ihnen nicht willkommen. Ihrer Meinung nach sind Ihnen alle feindlich gesinnt; dabei geben Sie sich als der alleinige Besitzer der Wahrheit und Gerechtigkeit aus.

Wer Ihre Meinung nicht vertritt, wird augenblicklich zum Feind gestempelt und demgemäß behandelt.

Ich hatte einst einen Jugendfreund, den Ingenieur Gheorghe Ursu, ehemaliger Funktionär der Jugendorganisation der Bukarester Universität. Vor mehr als drei Jahren wurde er von übereifrigen Staatssicherheitsbeamten gefoltert – nur wegen seiner Tagebuchaufzeichnungen. Infolge der Torturen, Herr Präsident, ist er – wie viele andere Leute auch – gestorben.

Und was geschieht mit Doina Cornea, die bloß das ihr laut Verfassung zustehende Petitionsrecht in Anspruch nimmt – was ich nun selbst auch tue? Ich erlaube mir die Feststellung, daß Ihre in Scornicesti beerdigte Mutter sich in ihrem Grab umdrehen würde, wenn sie mitansehen müßte, was der mutigen und ehrlichen Frau Cornea zugestoßen ist, nur aus dem einfachen Grund, weil sie ihre Meinung öffentlich äußerte.

Ich betrachte mich weder als Feind, noch als Dissident, ich bin ganz einfach anderer Meinung. Was wird wohl geschehen, wenn ich meine Meinung äußere? Seit vielen Jahren schon verzichtete ich auf jegliche Veröffentlichungen, weil ich der Überzeugung bin, daß kein sich selbst ernstnehmender Schriftsteller Werke publizieren dürfe, in denen die triste rumänische Wirklichkeit ausgespart bleibt. Mich kann also so etwas wie ein Publikationsverbot – das kürzlich über meine geschätzte Kollegin Ana Blandiana verhängt wurde – nicht sonderlich treffen.

Aus der Partei bin ich bereits zu dem Zeitpunkt ausgetreten, als Sie die Grundorganisation des Schriftstellerverbandes auflösten. Da ich seit nunmehr einem Vierteljahrhundert auch nicht mehr bei der Zeitschrift »Luceafarul« arbeite, kann mir schwerlich dasselbe wie Aurel Dragos Munteanu zustoßen. Und dann? Tja, es könnte zu einem Verkehrsunfall kommen, oder zu einer Begegnung mit einer Gruppe erzürnter junger Männer, oder – nichts bleibt dem Zufall überlassen – man könnte mich ganz einfach mit dem Gummiknüppel traktieren. Wir wollen das Beste hoffen.

Vor neun Jahren – d.h. im Sommer 1980 –, als unser letztes persönliches Gespräch stattgefunden hatte, erzählte ich Ihnen am Ende unserer Unterredung die Geschichte von einem armen Bauern, der (wie in alten Zeiten) mit seinem holzbeladenen Wagen nach Hause fuhr. Die Sonne ging dabei mit dem Schneesturm eine Wette ein, daß sie den in seinen Pelz gehüllten Bauern eher ausziehen würde. Der eisige Wind versuchte es vergeblich und mußte schließlich aufgeben. *„Und nun"*, sagte die Sonne, *„bin ich dran."* Sie lächelte bloß ein wenig, und im Nu legte der Bauer seinen Pelz ab. Freiwillig, das versteht sich von selbst. Sie lachten damals und sagten, die Geschichte hätte Ihnen gefallen. Einen Augenblick lang glaubte ich Ihnen sogar und hoffte, Sie hätten verstanden. Ich täuschte mich. Man möge mir meine Zuversicht entschuldigen. Oder auch nicht... ●

Offener Brief von Ana Blandiana an Präsident Ceausescu

„Herr Präsident,

heute ist es ein halbes Jahr her, seitdem ich erfahren habe, daß ich nichts mehr veröffentlichen dürfe, infolge der Interpretation eines Gedichtes aus meinem Kinderbuch. In dem damals an Sie geschriebenen Brief brachte ich darüber meine Verwunderung zum Ausdruck und war der Meinung, daß es sich um ein Mißverständnis handele.

Daß ich bis heute noch keine Antwort auf meinen Brief erhalten habe, läßt mich einerseits glauben, mein Brief habe Sie niemals erreicht, andererseits muß ich aus diesem Grund die Dinge in einem ganz anderen Licht betrachten.

Mir wurde die Arbeit als Schriftstellerin durch einen mir nie offiziell mitgeteilten Erlaß verboten, so daß ich gar nicht weiß, wer einem ein Grundrecht – und zwar das Recht auf Arbeit – aberkennen kann, und somit meine Arbeiten dem kollektiven Bewußtsein entzieht. Es handelt sich in dieser Sache um anachronistische Prozeduren, durch die in diesem Jahrhundert einem legal erschienenen Werk tendenziöse Gedanken unterstellt werden und ein Schriftsteller aufgrund obiger Tatsachen aus einer Literatur ausgeschlossen wird, was meines Erachtens eine dirigierte Ungerechtigkeit darstellt, die sich nicht nur gegen den Schriftsteller und die Literatur richtet, sondern auch gegen jene Institutionen, deren Aufgaben darin bestehen, eine Kultur am Leben zu erhalten.

Weil ich nicht den Anlaß zu einem Skandal geben wollte, wartete ich ruhig ein halbes Jahr darauf, daß die ergriffenen Maßnahmen rückgängig gemacht würden, und mußte dabei zusehen, wie meine bereits geplanten Bücher (beim Verlag Cartea Romaneasca), meine druckfertigen (beim Minerva Verlag) oder gar schon ausgedruckten Bücher (beim Kriterion Verlag) gestoppt wurden, meine permanente Rubrik aus der Zeitschrift »Romania literara« verschwand und mir jegliches Mitarbeiten bei der besagten Publikation verboten, mein Name und meine Person aus der Öffentlichkeit verbannt wurden.

Wenn ich ursprünglich hoffte, dies alles sei bloß ein bürokratischer Unfall, dann hat sich nach einem halben Jahr meine Annahme erhärtet, daß es sich um einen Mißbrauch und eine Übertretung jeglicher demokratischer Spielregeln handelt. Auch jetzt wünsche ich nicht, ein „Fall" zu werden, so wie ich auch nicht zu einem Opfer werden möchte, das durch sein eigenes Schweigen dem isolierenden Schweigen Vorschub leistet; ich möchte nicht mehr und nicht weniger als eine Schriftstellerin sein, deren Aufgabe darin besteht, durch ihre Bücher ihrer Literatur zu dienen, aus der sie niemand aufgrund administrativer Verfügungen entfernen kann.

In den letzten sechs Monaten, in denen ich in Rumänien nicht mehr veröffentlichen durfte, wurde eines meiner Bücher in der DDR gedruckt, weitere zwei erscheinen demnächst in der Sowjetunion, eines in England, ein weiteres wird in Italien vorbereitet. Ich bin eine rumänische Schriftstellerin, deren fundamentales, unerschütterliches Recht darin besteht, in ihrer Heimat und in ihrer Sprache veröffentlichen zu dürfen, um durch ihre Schriften zur Blüte ihrer Literatur beizutragen. Es gehört also zu meinen Pflichten, für die Achtung dieses Rechtes zu kämpfen, und ich werde alles tun, um meinen Status als rumänische Schriftstellerin zu verteidigen.

Ich schließe in der Hoffnung, daß diese meine, an die von Ihnen repräsentierte, höchste Autorität des Landes gerichteten Gedanken, zur Wiederherstellung der Normalität beitragen werden."

Anna Blandiana
Bukarest, den 3. März 1989

V.- Sowjetunion

Der Schmerz wird für immer bleiben

Die blutige Niederschlagung der Proteste in Georgien

„Abgeschlachtet haben sie sie", sagt eine Frau, *„so wie Schafe... einfach abgeschlachtet..."* Sie weint und kann nicht mehr weitersprechen. Wir stehen vor einem der Zettel, die am Tag danach überall an Häuserwänden und Bäumen auftauchten: Listen mit den Namen von Toten und Vermißten. Um uns herum eine Menschentraube. Viele sind schwarz gekleidet, Jugendliche tragen schwarze Stirnbänder um den Kopf. In den Gesichtern spiegelt sich das Unfaßbare. *„Diese russischen Schweine"*, raunt mir ein Mann voller Haß zu, *„Faschisten sind sie. Zu allem fähig."* Wenige Schritte weiter sehe ich den Sowjetstern mit Hakenkreuz an die Wand gemalt.

Niemand hatte mit einer solchen Eskalation gerechnet. Im November letzten Jahres waren Demonstrationen und ein Hungerstreik gegen die Verfassungsreform, mit der das Austrittsrecht einzelner Republiken aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abgeschafft wurde, friedlich verlaufen. Am 25. Februar, als Tausende von GeorgierInnen gegen die sowjetische Annexion ihrer Republik im Jahre 1921 protestierten, hatte die Polizei den Demonstrationszug lediglich gestoppt und rund 200 Personen festgenommen.

Zu den jüngsten Unruhen kam es, nachdem am 18. März mehrere Tausend AbchasInnen in Lychny im Bezirk Gudautskij die Loslösung ihrer autonomen Republik aus der Unionsrepublik Georgien verlangten.

Dieses am Schwarzen Meer gelegene Gebiet mit der Hauptstadt Suchumi kann als exemplarisch für die Völkervielfalt des Kaukasus gelten: von den 513 000 BewohnerInnen sind knapp 50 % GeorgierInnen, ca. 17 % AbchasInnen, je 15 % RussInnen und ArmenierInnen und weniger als 3 % GriechInnen.

Das Übergewicht des georgischen Anteils in der Bevölkerung hatte schon 1978 in Abchasien zu der Forderung geführt, lieber einen Anschluß an die Russische Sowjetrepublik zu verlangen, als sich länger mit dem Verbleib in der Georgischen Unionsrepublik und der georgischen Bevormundung abzufinden.

GeorgierInnen empfanden diese Bestrebungen natürlich als Unrecht. Schon oft haben sie in der Geschichte ihres Landes Gebiete abgeben müssen: zuletzt hatte der Georgier Sergo Ordzonikidze, der bereits für die militärische Intervention 1921 und die auf Befehl Stalins erfolgte Bolschewisierung verantwortlich ist, einen Teil von Georgien an Rußland verschenkt (1).

So gingen im März/April in Tbilisi GeorgierInnen auf die Straße und begannen einen befristeten Hungerstreik. Er sollte bis zum 14. April dauern, dem Tag des Massakers von 1956, an dem etwa 1 000 GeorgierInnen umgebracht wurden (2).

Als am 6. April die ersten Panzer in Tbilisi auftauchten, quer über den zentralen Leninplatz rollten und hinter dem Regierungsgebäude Stellung bezogen, wertete die Mehrheit der Bevölkerung dies als Einschüchterungsversuch, ließ sich aber nicht davon beeindrucken. Die Demonstrationen waren ein Stück Normalität geworden, obwohl ihr anfangs volksfestähnlicher Charakter einer stärker werdenden Entschlossenheit gewichen war. Zu dem Protest gegen die Loslösung Abchasiens aus Georgien kam die Forderung nach Rücktritt der georgischen Regierung, die als reformfeindlich und bürokratisch galt. Vereinzelt tauchten auch Rufe nach der Unabhängigkeit Georgiens auf.

Etwa 8 000 bis 10 000 DemonstrantInnen hatten sich in der Nacht vom 8. zum 9. April auf dem Rustaveli-Prospekt vor dem Regierungsgebäude versammelt. Auch in den Tagen zuvor war dies der zentrale Ort der Proteste: zeitweilig mußte der Prospekt, eine der dicht befahrenen Hauptstraßen Tbilisis, für den Autoverkehr gesperrt werden. Hier fand auch der Hungerstreik statt. Vertreter verschiedener Institutionen, halblegaler und illegaler Organisationen hielten Reden – unter ihnen auch Ilja II., das geistliche Oberhaupt Georgiens. Um 3.30 Uhr morgens richtete er an die Versammelten die dringende Bitte, den Platz zu verlassen. Wußte er, was gleich geschehen würde?

Wenige Stunden später war der Rustaveli-Prospekt mit Panzern abgeriegelt. Niemand durfte mehr an den Ort, wo die Menschenmenge versammelt gewesen war. Auf den Straßen standen Menschen beisammen, redeten und weinten. Autokolonnen bildeten sich: hupend und schwarze Fahnen schwenkend fuhren sie durch die Straßen. Trauerfahnen wurden aus den Fenstern der Wohnungen, an Bäume und Laternen gehängt. Dazwischen immer wieder die weinrote Fahne mit dem schwarz-weißen Streifen in der oberen Ecke, die schon vorher Symbol der Protestbewegung gewesen war: die Fahne des unabhängigen Georgiens 1918-21.

Ohnmacht und Wut, Trauer und den Wunsch nach Vergeltung las ich aus Gesichtern und Gesten, hörte ich aus einigen Worten. Die meisten waren noch unfähig, etwas zu sagen.

Erst nach Tagen setzten sich viele Einzelberichte zu einem halbwegs geschlossenen Bild zusammen. Sofort kursierende Gerüchte erschwerten diesen Prozeß der Klärung.

„Vom Leninplatz kamen die Panzer an." Ein Mann zeichnet mir einen Lageplan in den Sand. *„Es war so gegen 4 Uhr morgens. Wir bildeten zu beiden Seiten der Straße eine Gasse, wollten sie durchlassen."*

„Gaspatronen flogen in die Menge", fügt eine junge Frau hinzu. Bereits einen Tag später teilte ein Mediziner der Akademie der Wissenschaften auf einem Treffen mit Vertretern des Zentralkomitees der KP Georgiens das Ergebnis chemischer Untersuchungen mit: Nervengas sei eingesetzt worden. Erst zwei Wochen später wurde diese Tatsache von offizieller Seite bestätigt (3). Noch länger zogen sich Untersuchungen über die Zusammensetzung des Gases hin, obwohl mehrere unabhängige Kommissionen, darunter eine Medizinerkommission, und ausländische Delegationen mit den Vorfällen befaßt waren.

Die georgische Führung behauptete, daß für die Behandlung der durch Giftgas Verletzten eine spezielle Methode entwickelt worden sei und sogar Spezialisten aus Moskau und Leningrad hinzugezogen worden wären, obwohl die Ärzte zu diesem Zeitpunkt weder den Typ des Gases bestimmen, noch den PatientInnen helfen konnten (4). Im Juni lagen noch etwa 60 Menschen mit lebensgefährlichen Verletzungen in Krankenhäusern.

„Und dann... hinter den Panzern kamen sie hervorgerannt. Mit Schlagstöcken und spitzen Spaten. Wild und brutal haben sie damit zugeschlagen." Der Mann, der das sagt, will, daß ich die ganze Wahrheit erfahre. *„Besonders die vom Hunger Geschwächten konnten nicht so schnell wegrennen. Manche lagen ja in Schlafsäcken. Die Polizei hat versucht, sie zu schüt-*

zen." Nach offiziellen Angaben sind dabei 26 georgische Polizisten verletzt worden (5). Die Polizei wurde entwaffnet.

Die Flüchtenden suchten Schutz in einer nahegelegenen Kirche, im Schauspielhaus und in Wohnungen der Umgebung. *„Ins Theater sind wir gerannt. Bis zum Morgen haben wir uns dort versteckt"*, berichtet eine junge Frau, der man die Angst noch ansieht. Aber selbst dort gab es keine Sicherheit. Bis in Wohnungen sind Flüchtende verfolgt worden, Wohnungseinrichtungen wurden zerschlagen, selbst vor der Kirche wurde nicht halt gemacht.

Dieser Einsatz wurde von einer Sondereinheit des sowjetischen Innenministeriums durchgeführt. *„Aus Gorki waren sie. Waisen mit einer dreijährigen Schulbildung, die speziell ausgebildet und in Afghanistan erprobt wurden"*, sagt ein Mann kopfschüttelnd. *„Aufputschmittel hat man ihnen gegeben und gesagt, wir seien bewaffnet."*

16 Menschen waren sofort tot, drei weitere erlagen wenig später im Krankenhaus ihren Verletzungen. Die Mehrzahl davon waren Frauen, unter ihnen zwei 16jährige und eine 70jährige sowie eine Schwangere (6). Viel mehr jedoch wurden vermißt; deshalb lagen die inoffiziellen Zahlen wesentlich höher. Angehörige erhielten keine Auskunft.

Eine Verhaftungswelle begann. Unter den Verhafteten befanden sich auch die Anführer der Protestbewegung, Chuchunasvili, Canturia, Sarisvili, Gamsachurdia und Kostava, Leiter bzw. Mitglieder der halboffiziellen »Rustaveli« und inoffiziellen »Cavcavadze«-Gesellschaft. Die meisten von ihnen sind noch immer in Haft.

An allen strategischen Punkten der Stadt bezogen Panzer Stellung. Am 9. April wurde in der abendlichen Nachrichtensendung »Vremja« um 22.50 Uhr die um 23.00 Uhr beginnende nächtliche Ausgangssperre bekanntgegeben. In den folgenden Stunden wurde ein junger Mann erschossen und ein weiterer schwer verletzt, als sie auf die Aufforderung, ihr Auto zu stoppen, nicht reagierten. Wieder wurden Hunderte verhaftet; sie hatten vom Inkrafttreten der Ausgangssperre nicht rechtzeitig erfahren.

Auf dem Kongreß der Volksdeputierten in Moskau, auf dem hitzig über die Vorfälle gestritten wurde, behauptete der Stadtkommandant von Tbilisi, General Jegor Rodionov, daß er bereits um 20.30 Uhr die Mitteilung über die Ausgangssperre an die Nachrichtenagentur gegeben habe. Ein anderer Abgeordneter berichtete von einem Telegramm, das Patiasvili, seinerzeit noch georgischer Parteichef, am Morgen an das Zentralkomitee in Moskau aufgegeben habe und in dem der Entschluß, auf Grund der schwierigen Lage eine Ausgangssperre einzuführen, mitgeteilt wurde (7).

Erst zwei Tage später hing in Tbilisi

(Übersetzung)

AUFRUF

An die Bevölkerung der Stadt Tbilisi, an die Bürger der Republik

Genossen!

Durch die Schuld bestimmter perestrojkafeindlicher Kräfte kam es in der Stadt Tbilisi zu einer explosiven Lage, die in ihrer weiteren Entwicklung zu noch negativeren Folgen führen kann.

Im Zusammenhang damit wird in der Stadt Tbilisi die Ausgangssperre eingeführt, während der **verboten** ist:

1. Die Durchführung von Demonstrationen, Meetings, Manifestationen und Versammlungen sowie Bühnendarbietungen zu jeder beliebigen Tageszeit, die Durchführung von Streiks in den Betrieben, Werken und Fabriken, in den Lehreinrichtungen und Instituten, im Verkehr.

Wer dagegen verstößt, wird gekündigt und zur Verantwortung gezogen.

2. Der Verkehr aller Bürger und Transportmittel ohne Sondergenehmigung zwischen 23 und 6 Uhr.
3. Die Beleidigung oder körperliche Verletzung von Personen, die die Einhaltung der Ausgangssperre kontrollieren.
4. Die Aufbewahrung und das Tragen von Stoß- und Schußwaffen, Spreng- und Zündstoffen.
5. Das Verlassen der Wohnungen ohne Personaldokumente für Bürger über 16 Jahre.
6. Die Einreise in die Stadt von Personen, welche dort nicht polizeilich gemeldet sind, ohne Passierschein – mit Ausnahme von Dienstreisenden, Urlaubern, ausländischen Touristen und Personen, die zur Versorgung der Bevölkerung einreisen.

Armee und Rechtsschutzorgane haben das Recht,

1. Bürger, die die Ausgangssperre verletzen und das Ausnahmeregime stören, in Verwahrung zu nehmen, ihre Identität festzustellen und aufklärende Arbeit durchzuführen.
2. Verkehrsmittel und Personen, die sich darin befinden, ohne Sondergenehmigung zu inspizieren.
3. Paßkontrollen in Wohnungen, an öffentlichen Plätzen und im Verkehr durchzuführen.

Ich rufe alle Bürger dazu auf, die Bestimmungen der Ausgangssperre streng einzuhalten.

Für die Übertretung der Anordnungen und Befehle des Kommandanten werden die Bürger in Übereinstimmung mit der geltenden Gesetzgebung zur Verantwortung gezogen.

Der Stadtkommandant von Tbilisi

ОБРАЩЕНИЕ

К НАСЕЛЕНИЮ ГОРОДА ТБИЛИСИ, ГРАЖДАНАМ РЕСПУБЛИКИ

Товарищи!

По вине определенных антиперестроечных сил в городе Тбилиси сложилась взрывоопасная обстановка, которая может в своем развитии привести к еще более негативным последствиям.

В связи с этим в городе Тбилиси введен комендантский час, в режиме которого:

ЗАПРЕЩАЕТСЯ:

1. Проведение демонстраций, митингов, манифестаций и собраний граждан в любое время суток, а также всех зрелищных мероприятий, проведение забастовок повсеместно на предприятиях, заводах и фабриках, учебных заведениях и учреждениях, на транспорте.

Нарушители подлежат увольнению с работы и привлекаются к ответственности.

2. Движение всех граждан и транспортных средств без специальных пропусков с 23.00 до 6.00.
3. Словесное или физическое оскорбление лиц, осуществляющих комендантский час.
4. Ношение и хранение везде огнестрельного и холодного оружия, взрывоопасных предметов и зажигательных средств.
5. Нахождение вне своих квартир граждан 16 лет и старше без документов, удостоверяющих их личность.
6. Въезд в город без пропусков установленного образца всем лицам, не прописанным на жительство в нем, за исключением командированных, отпускников и иностранных туристов, а также прибывающих для обеспечения населения видами довольствия по государственной линии.

ВОЙСКАМ И ПРАВООХРАНИТЕЛЬНЫМ ОРГАНАМ ПРЕДОСТАВЛЯЕТСЯ ПРАВО:

1. Задерживать граждан, нарушающих комендантский час и особый режим, для установления их личности и проведения разъяснительной работы.
2. Досмотра транспортных средств и лиц, находящихся в них, в случае отсутствия специальных пропусков.
3. Осуществление контроля паспортного режима на квартирах граждан, в общественных местах и на транспорте.

Призываю всех жителей города к строгому соблюдению правил комендантского часа.

За неподчинение распоряжениям и приказам коменданта граждане подлежат привлечению к ответственности согласно действующему законодательству.

КОМЕНДАНТ ГОРОДА ТБИЛИСИ

eine Bekanntmachung des Stadtkommandanten aus, die über die nächtliche Ausgangssperre sowie die erteilten Verbote und die Rechte von Armee und Rechtsschutzorganen informierte: die Durchführung von Demonstrationen, Meetings, Happenings und Streiks sowie das Tragen und die Aufbewahrung von Spreng- und Zündstoffen seien verboten. Für die Übertretung der Anordnungen würden die BürgerInnen in Übereinstimmung mit der geltenden Gesetzgebung zur Verantwortung gezogen.

Wenige Tage darauf klebte dann ein Auszug aus dem neuen Strafenkatalog, der am 9. April vom Präsidenten des Obersten Sowjet in Moskau verabschiedet worden war, an Straßenbäumen und Häusern. Ihm waren Strafen für die öffentliche Beleidigung von Staats- und Regierungsinstanzen, Untergrabung des Systems und das Schüren von Haß zwischen den Nationalitäten zu entnehmen. Während ich ihn las, spuckte ein vorbeigehender Georgier zum Zeichen der Mißachtung auf das Papier.

Am 10. April antwortete die Bevölkerung mit einem Generalstreik auf das Massaker. Die Streiks wurden auch fortgesetzt, als eine Anwesenheitspflicht in den Betrieben die Bewegung zu zerschlagen versuchte.

Nachdem am 11. April der Rustaveli-Prospekt wieder zugänglich gemacht worden war, verwandelte sich der Platz vor dem Regierungsgebäude in ein Blumenmeer. Tausende kamen täglich hierher, um den Protest gegen das Vorgehen der Armee und ihre Trauer auszudrücken. Auch die Beerdigungen wurden zu mächtigen Trauerzügen.

Einige Wochen später – das Blumenmeer war immer wieder durch neue Blumen aufgefrischt worden und hatte beträchtlich an Größe zugenommen – sollten die Blumen unter Androhung einer erneuten Einführung der Ausgangssperre vom Platz entfernt werden: diejenigen, die sie in die Sionikirche trugen, zogen sich dabei ebenfalls Vergiftungen zu, da sich das Giftgas in den Blumen festgesetzt hatte.

40 Tage dauerte die Trauer. Am 40. Tag wurde wieder demonstriert. Der 26. Mai, der Tag der georgischen Unabhängigkeit von 1918, durfte dann sogar offiziell begangen werden: öffentliche Gebäude waren mit der schwarz-weiß-weinroten Fahne der unabhängigen georgischen Republik geschmückt.

Auf dem Treffen mit Vertretern des Zentralkomitees der KP Georgiens am 10. April hatten Mitglieder der Akademie der Wissenschaften eine unmißverständliche Sprache gesprochen: *„Wer hat die SS-Schergen überhaupt hierher geschickt?“* In der Tat bleibt die Frage ungeklärt, wer den Einsatzbefehl gegeben hat. Manche meinen, Patiasvili, der unmittelbar danach zurückgetretene Parteichef Georgiens, habe um Entsendung der Truppen gebeten, weil er die Lage nicht mehr unter Kontrolle bringen konnte und um seinen Posten fürchtete. Andere behaupten, daß Kräfte in Armee oder Staat, die dem Reformprogramm Gorbatschows feindlich gegenüberstehen, die Situation provoziert haben.

Auf dem Kongreß der Volksdeputierten im Juni beteuerte Patiasvili, er habe den Einsatzbefehl nicht gegeben. Nach den Vorfällen hatte er geäußert, die blutigen Zusammenstöße seien *„unser gemeinsames Leid, für das wir verantwortlich sind“*. Und er hatte hinzugefügt: *„Der Schmerz, den uns dieser Vorfall zugefügt hat, wird für immer bleiben.“* (8) Die Führung in Moskau hatte mit der Liste der Toten auch eine Beileidsbekundung in der »Prawda« veröffentlicht (9). Sie räumte ein, daß unschuldiges Blut geflossen sei (10). Gorbatschow sagte auf dem Kongreß der Volksdeputierten, er selbst habe erst sechs Stunden später von dem Vorfall erfahren (11).

Das Vertrauen der GeorgierInnen in die Politik der Perestroijka ist zerstört. Die Forderung nach der Unabhängigkeit Georgiens hat nun erst recht Nährboden bekommen. In der so komplizierten nationalen Frage der UdSSR kann ein falscher Schritt zu hundert neuen Problemen führen. Ein Prüfstein für Gorbatschows Reformpolitik.

Sabine Erdmann-Glasmeyer

Anmerkungen:

(1) Georg von Rauch, »Geschichte der Sowjetunion«, 7. verb. und erw. Auflage, Stuttgart 1987, S. 142 und 185.

(2) Diese Information findet sich m.W. in keinem Buch zur georgischen Geschichte; lediglich gibt es vereinzelt den Hinweis auf Unruhen in Georgien, nachdem der XX. Parteitag der KPdSU mit der Geheimrede Chruschtschows die Entstalinisierungsperiode eingeleitet hatte. In Tbilisi wurde damals gegen die Herabwürdigung der Leistungen Stalins als Staatsmann und die Beleidigung seiner Person demonstriert. Die Zahl der Toten ist von GeorgierInnen so beziffert worden.

(3) »Der Tagesspiegel«, 25. 4. '89, S. 7.

(4) ebd.

(5) »Vremja«, sowj. Nachrichtensendung, 10. 4. '89.

(6) »Prawda«, 11. 4. '89.

(7) Übertragung der Debatten im sowj. Fernsehen.

(8) »Die Zeit« Nr. 16, 14. 4. '89, S. 5.

(9) »Prawda«, 11. 4. '89.

(10) ebd.

(11) Übertragung der Debatten im sowj. Fernsehen

Die Schreibweise der russischen und georgischen Namen folgt der in der Slavistik gebräuchlichen Transliteration.

Streik der sowjetischen Bergarbeiter:

Das Land den Bauern! – Die Fabriken den Arbeitern! – Alle Macht den Sowjets!

Juli 1989 – Meldungen und Berichte aus der Sowjetunion: Hunderttausende legen die Arbeit nieder, streiken, wählen Streikkomitees, versammeln sich auf den »Lenin«-Plätzen, diskutieren, stimmen ab. Was wird diskutiert, was wird beschlossen? Es liegen noch sehr wenige authentische Berichte vor. Trotzdem: der Juli 1989 wird in die Geschichte der sowjetischen Arbeiterbewegung eingehen.

„Die Befreiung der Arbeiter wird das Werk der Arbeiter selber sein“, schrieb Karl Marx vor über 100 Jahren. Die Arbeiter der Sowjetunion haben mit ihren Aktionen die Bühne der Geschichte erneut betreten; sie selbst haben das Wort ergriffen.

Seit Jahrzehnten werden die Arbeiter von einer Bürokratie, die widerrechtlich vorgibt, politisch in ihrem Namen zu handeln, verwaltet und verplant. Die Arbeiter und ihre Organisationen werden unterdrückt. Viele fanden sich in Stalins Kerkern und Lagern wieder. Auch nach Stalins Tod wurde das zum Schicksal gerade der konsequentesten Kämpfer der Arbeiterbewegung. So wurde z.B. bis vor kurzem noch der Gründer der ersten unabhängigen sowjetischen Gewerkschaft SMOT, Klebanow, in einer psychiatrischen Klinik „behandelt“. Die unabhängige Vertretung der Arbeiterinteressen war nicht vorgesehen.

Jene aber, die angeblich für die Arbeiter sprachen, zerstörten nicht nur die Demokratie und die unabhängigen Organisationen der Arbeiter. Sie nahmen sich den erarbeiteten Reichtum des Landes. Sie ruinierten die Wirtschaft und die Umwelt, um ihre parasitäre Existenz zu bezahlen. Gorbatschow versprach jetzt, 1/3 der Parteikasse der KPdSU an „arme Leute“ zu verteilen: 1,5 Milliarden Mark. Woher kommt dieser Reichtum, wenn nicht aus der harten Arbeit der Bevölkerung?

Mit ihren Forderungen zeigen die Arbeiter vor allem, wie wenig jene, die verwalten und planen, dazu legitimiert sind, im Namen der Arbeiterklasse zu sprechen. Sie fordern Lebensmittel, Lohnerhöhungen, Seife, „Fleisch für alle“. Aber es geht um sehr viel mehr: offen wurde die Forde-

rung nach Aufhebung aller Privilegien erhoben. *„Es muß Schluß sein mit der Bürokratie"*, so formulierten es die Arbeiter selbst. Die drei zentralen Losungen, die überall diskutiert wurden und werden, sind einfach und klar: **Das Land den Bauern! – Die Fabriken den Arbeitern! – Alle Macht den Sowjets!**

Das sind nicht nur Worte. Die Arbeiter haben ihre eigene Kraft gezeigt. Sie wählten Streikkomitees, die die lokale Verwaltung übernahmen. Sie bildeten Arbeitermilizen, die die Funktionen der örtlichen Polizei ausübten. Sie organisierten die Nahrungsmittelverteilung und schlossen die Alkoholläden. Um die Streikkomitees versammelte sich die Bevölkerung, und die Arbeiter machten z.B. die Forderungen der Rentner zu den ihren. Sie setzten sich ein für eine grundlegende Verbesserung der Gesundheitsversorgung für alle.

In Workuta, so berichtete selbst die Regierungszeitung »Iswestija«, übernahmen die Streikkomitees die politische Macht vollständig. Dort wurden die lokalen Behörden einfach aufgelöst. Sie brachten den Handel in Ordnung. Plötzlich gab es auch in den Läden wieder Waren, die in Workuta seit langem nicht zu haben waren.

„Angesichts der Erinnerung der Leute an unzählige nicht erfüllte Versprechen eines ›guten Lebens‹ haben sie zu den jetzigen auch kein Vertrauen." Das schreibt die sowjetische Gewerkschaftszeitung »Trud« (zitiert nach »Tribüne« vom 18. 7. 1989). Deshalb konnte nur noch die russische Regierung selbst mit den Streikkomitees sprechen – Gorbatschow mußte intervenieren. Alle Forderungen wurden schriftlich festgehalten, das Datum ihrer Erfüllung festgelegt. Erst dann kehrten die Arbeiter zu ihrer Arbeit zurück.

Die Arbeiter lösten jedoch die Streikkomitees nicht auf. Diese kontrollieren nun die Durchführung der Beschlüsse. In Workuta rief das Streikkomitee im August die Arbeiter erneut zum Streik, als die Einsicht in die Regierungsdokumente verweigert wurde, in denen die Vereinbarungen fixiert waren. Im Kusbass nahmen die Arbeiter den Streik wieder auf, als die lokalen Behörden Zusagen nicht einhielten. Es ging um den Weiterbau eines Staudamms. Die Behörden ließen den Bau fortsetzen, obwohl eine Stillegung bis zur Erstellung einer Umweltverträglichkeitsstudie vereinbart war.

Der offizielle Gewerkschaftvorsitzende Stephan Schalajew erklärte gegenüber dem Korrespondenten der FDGB-Zeitung »Tribüne«: *„Eine der Hauptlehren des Streiks ist, daß er zu verhindern gewesen wäre. Die Arbeiter wollten nicht streiken... Doch stießen ihre Forderungen überall auf taube Ohren."* Der Streik sei auch nicht verboten. (»Tribüne« vom 26. 7. 1989.)

Doch der Arbeiterführer Tejmuras Awaliani erklärte zum Thema der offiziellen Gewerkschaften: *„Es hat sich so ergeben, daß der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften in das System der Staatsmacht integriert ist. Die Gewerkschaften befassen sich mit Renten, Krankenscheinen und Arbeitsbedingungen, jedoch nicht selbständig mit den Staatsbehörden... Also mußten wir die Sache in die eigenen Hände nehmen und Forderungen mit rein gewerkschaftlichem Inhalt aufstellen."* (»Moskau News« 9/89.) Er kommt zum Schluß, daß *„die heutigen total abhängigen und unselbständigen Gewerkschaften keine bedeutende Rolle in der Arbeiterbewegung spielen können." – „Prinzipiell neue Gewerkschaften müssen gebildet werden."*

Wer die Bilder aus der Sowjetunion sieht, muß sich an den Beginn der 80er Jahre erinnert fühlen, als die Streikbewegung in Polen die erste unabhängige Gewerkschaft in einem Land Osteuropas verwirklichte: die *Solidarność*. Heute, zehn Jahre später, gibt es den Kampf für unabhängige Gewerkschaften in Ungarn, Jugoslawien, Rumänien... Die neue Entwicklung in der Sowjetunion wird ein entscheidender Impuls für ganz Osteuropa sein.

So auch für die DDR, wo sich Hunderttausende zur Flucht gezwungen sehen. Die plumpe Wahlfälschung bei den Kommunalwahlen dieses Jahres zeigt, was die herrschende Bürokratie unter Demokratie versteht. Die breite Mehrheit der Bevölkerung ist nicht mehr bereit, die bürokratische Willkür hinzunehmen. Hinzu kommen die zunehmenden Versorgungsmängel, mangelnde Gesundheitsversorgung, die zerstörte Umwelt. Die Forderungen nach dem Recht auf demokratische Entscheidung, nach Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit sind nicht mehr zu unterdrükken. So wie die Kämpfe der *Solidarność* schon lange in den Betrieben diskutiert werden, werden die Arbeiter in der DDR sich die Erfahrung der sowjetischen Kollegen aneignen.

Aber auch die Kollegen an Rhein und Ruhr werden den Kampf der sowjetischen Kollegen mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Eröffnet sich nicht hier eine Perspektive auf eine Zukunft in Freiheit, Demokratie und sozialer Sicherheit? Die Konzernherren und Banken zerstören heute systematisch die Produktion, das Gesundheitswesen, die Bildung, ja man kann sagen, die gesamte Sozialstruktur. Sie ziehen Milliarden-Summen an Kapital ab und stecken es in die „gewinnträchtige" Spekulation. Gorbatschow hat bei seinem Besuch den Industrieherren die Hand geschüttelt und öffnet ihnen den Weg in die Sowjetunion. Gleichzeitig verkündet Vizeministerpräsident Albakin für die Sowjetunion, *„daß die defizitären Betriebe innerhalb der nächsten 18 Monate verschwinden müssen"*. Das wird, so Albakin, dazu führen, daß *„10 bis 15 Millionen Arbeiter ihren Arbeitsplatz auf Grund der ökonomischen Reformen bis zum Ende des Jahrtausends verlieren werden."*

Welchen Weg kann es in Zukunft geben? Die Bevölkerung muß ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Es gab Solidarität aus Frankreich und aus dem Ruhrgebiet für die sowjetischen Kollegen. Die Kollegen aus Lothringen, der Saar, von Rhein und Ruhr, aus Eisenhüttenstadt, vereint der Kampf um die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze mit ihren Kollegen aus dem Kusbass und Donbas. Sie verbindet eine gemeinsame Sprache über alle Grenzen hinweg.

Nachbemerkung: Die Presse in der Bundesrepublik berichtet zwar über den Streik der sowjetischen Kollegen, doch der gleichzeitige Streik 10 000er Bergarbeiter in Kentucky und West-Virginia in den USA für die vertragliche Absicherung ihrer elementarsten Rechte wurde verschwiegen.

Gotthard Krupp-Boulboullé,
August 1989

Grußbotschaft von Bergarbeitern aus dem Ruhrgebiet an die streikenden amerikanischen und sowjetischen Bergleute

20. 7. 1989

„Sehr geehrter Herr Botschafter!

Wir bitten Sie dringend um die Übermittlung folgender Grußbotschaft an unsere sowjetischen (amerikanischen) Bergarbeiterkollegen.

Liebe Kollegen!

Wir Bergarbeiterkollegen aus dem Ruhrgebiet, Mitarbeiter des Arbeitskreises für Arbeitnehmerpolitik, Gewerkschafter und Mitglieder der SPD, erklären unsere Solidarität mit Euren Forderungen und Eurem Kampf.

Wir selbst stehen im Kampf für die Verteidigung unserer Zechen im Ruhrgebiet gegen Entlassungen und Stillegungen, die die Existenz tausender Bergarbeiter und ihrer Familien gefährden. Gerade aus diesem Kampf heraus findet Euer Streik unsere vollste Unterstützung."

VI.- China

„Das Volk wird in die unterste Klasse der Gesellschaft verbannt“

Ein Gespräch mit Lin Xi Ling, ehemalige Führerin der Bewegung der »Hundert Blumen«.

Lin Xi Ling ist seit langem eine entschiedene Kämpferin. Mit 13 Jahren in die Rote Armee eingetreten, nahm sie an der Revolution 1949 teil. Im Jahre 1957, während der Periode der »Hundert Blumen«, kämpfte sie für die damaligen Losungen: gegen *„einen bürokratischen Apparat, der das Volk undemokratisch regiert“*, und *„den man grundlegend ändern müsse, und zwar durch die Mobilisierung und die Erhebung der Massen“*. Dafür wurde sie für 15 Jahre ins Gefängnis geworfen. Am 7. Juni ergriff Lin Xi Ling auf der Europäischen Versammlung in Paris das Wort und rief die Völker zur Solidarität gegen die Regierung Li Peng auf.

Das folgende Interview haben wir der französischen Wochenzeitung »Informations ouvrières« (Juli 1989) entnommen.

I. O.: Wie schätzt Du die aktuelle Situation ein?

Lin Xi Ling: Die blutige Unterdrükkung ist nicht nur für das chinesische Volk, sondern für alle Völker der Welt eine Herausforderung. Vor dieser grausamen Tat gab es zahlreiche unterschiedliche Positionen. Aber seither gibt es nur noch eine Spaltung in zwei Lager: Die Befürworter der Demokratie und die Befürworter der Unterdrückung.

Vor den Augen der gesamten Welt steht Deng Xiaoping als Feind des Volkes da. In der Vergangenheit hatte er Tschiang Kaischek zu einem „Feind des Volkes“ erklärt, und nun kann man ihm diesen Titel zuerkennen. Häufig täuschen sich die Menschen in den westlichen Ländern über das, was sich in China ereignet. Im Westen kann man unterschiedliche Auffassungen haben, weil es Demokratie gibt. In China hat sich nie ein demokratisches System etabliert. Von daher gibt es nur 2 Lager: für das Volk oder für die Diktatur.

Innerhalb der chinesischen KP und ebenso innerhalb der Gesellschaft gibt es keine innere Demokratie. Verschiedene Meinungen sind nicht gestattet. Deng gehört zu der Sorte Herrscher, die diejenigen unterdrücken, die eine andere Meinung haben. Diese Diktatur bedroht den Frieden der Völker. Es ist notwendig, daß alle politischen Kräfte diese Diktatur bekämpfen. Wenn man zu den Ereignissen schweigt, bedroht das das chinesische Volk und schafft internationale Spannungen.

I. O.: Wie kam es zu der aktuellen Situation?

L.: Im Jahre 1949 stürzte Maos Volksrevolution Tschiang Kaischek. Die Revolution ähnelte der in Frankreich 1789, doch ihr sozialer Inhalt entsprach dem der Pariser Kommune. Es war eine demokratische Revolution, die sich auf sozialer Ebene fortsetzen mußte. Aber es gab keine Demokratie. Heute liegt die zentrale Frage in den sozialen Problemen. Die seit 10 Jahren von Deng Xiaoping durchgeführten Reformen sind ein Irrweg. Das Volk fühlt sich betrogen und getäuscht. Auf politischer Ebene folgt Deng Xiaoping Mao und Stalin: mit Hilfe seines Apparates ließ er durch blutige Unterdrückung die Angst regieren. Er errichtete eine reaktionäre Diktatur, die eine Demokratisierung nicht zuließ. Auf wirtschaftlicher Ebene übernahm er das Programm der Kuomintang, das heißt der Kapitalisten. Vor 1949 lauteten die 3 Losungen Maos gegen die Kuomintang:

* Gegen den Feudalismus
* Gegen die kapitalistische Bürokratie
* Gegen den Imperialismus

Heute greift Deng Xiaoping die Politik wieder auf, die Mao der Kuomintang vorgeworfen hatte.

Weil China wirtschaftlich rückständig ist, ist der Kapitalismus als Etappe unvermeidbar. Aber aufgrund der Rückständigkeit Chinas hat der Kapitalismus die Mandarinenkaste, die Bürokratie, hervorgebracht. Ein liberales kapitalistisches System ist nicht möglich. Im Westen bringt das kapitalistische System ein entsprechendes politisches System mit sich. In China widersprechen sich das wirtschaftliche und politische System.

In diesem Sinne haben sich die westlichen Regierungen über China geirrt: sie glaubten, daß man in China einen liberalen Kapitalismus chinesischer Art einführen könne. Aber es existieren nicht die gleichen politischen Bedingungen.

Hätte sich Deng Xiaoping in die Reformen gestürzt, hätte er Erfolg haben können. Er nahm sich die 4 Drachen zum Vorbild (Taiwan, Südkorea, Singapur und Hongkong), wobei er sich insbesondere für Singapur interessierte. Der Fehler Deng Xiaopings bestand darin, daß es politischen Despotismus auf der einen, wirtschaftliche Öffnung auf der anderen Seite gab. Selbst in Taiwan, Singapur oder Südkorea kann sich die politische Diktatur nicht länger halten: sie sehen sich einer unablässigen Herausforderung des Volkes gegenüber. Wenn es ein wenig Demokratie in Taiwan gibt, so deshalb, weil das Volk dafür bezahlt hat. Wieviele Gefangene, wieviele Menschen haben ihr Leben dafür geben müssen, um ein wenig Demokratie zu gewinnen? Deng hat sich Illusionen hingegeben, als er glaubte, die alte Diktatur fortsetzen zu können und gleichzeitig eine moderne Wirtschaft zu schaffen. Die 4 Drachen sind kleine Länder, während China ein immens großes Land ist.

Mit Hilfe der Bürokratie wollte Deng Xiaoping seine Reformen der Öffnung gegenüber den Kapitalisten durchführen. Das Ergebnis: alle Parteifunktionäre haben mit Privilegien und einer nie dagewesenen Korruption davon profitiert. Alle Apparate sind zu Instrumenten der Korruption geworden.

Und was noch schlimmer ist: dieses wirtschaftliche Kompradorensystem schafft einen bürokratischen Kapitalismus, der nur die übelsten westlichen Kapitalisten anzieht. In allen drei Punkten ist das schlimmste eingetreten. Die guten Seiten des Kapitalismus bestehen in den Gesetzen, die ihn reglementieren. In China ist dem nicht so. Im Westen stellt die Korruption ein kriminelles Delikt dar. Wird jemand der Korruption überführt, muß er sein Amt aufgeben. In China nicht, da ist die Korruption integraler Bestandteil des normalen Systems. Selbst um lebensnotwendige Produkte zu kaufen,

muß man sich diesem System unterwerfen: das ist auf allen Ebenen „legal". Um große Investitionen zu tätigen, muß man zu den Privilegierten gehören. Die Politik Dengs hat eine Minderheit von bürokratischen Führungspolitikern bereichert, die Milliardäre geworden sind. Sie wurden Ausbeuter des Volkes. Die Ungleichheit hat also zugenommen. Ein Abgrund klafft zwischen der reichen Minderheit und der großen, armen Mehrheit. Obgleich die Inflation wächst, wurden die Löhne nicht erhöht. Die Löhne der Intellektuellen und der Lohnabhängigen wurden blockiert.

Schon seit geraumer Zeit wächst die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Das Volk kann die Situation nicht länger ertragen. Im Jahre 1957 blieb die Bewegung der Studenten auf den Campus begrenzt und fand keine Unterstützung in der Bevölkerung. Heute finden die Studenten diese Unterstützung des Volkes aufgrund der sozialen Bedingungen.

Dabei spielen auch externe Faktoren eine Rolle. Damals nahm Mao nur mit den linken Kräften im Ausland Kontakt auf. Deng Xiaoping verbündet sich mit den extrem rechten Kräften im Ausland – mit denen der reichsten Länder. Die gleiche Methode wendet er hinsichtlich der Chinesen jenseits des Ozeans an: nur die Reichen zählen.

Revolutionen werden immer durch Ungleichheit provoziert

Ich will Euch folgendes erzählen. Einst sang man in China: *„Das Volk nimmt den wichtigsten Platz im Lande ein, die Imperialisten wurden verjagt."* Heute endet das Lied folgendermaßen: *„Die Imperialisten sind mit ihren Aktien zurückgekehrt."*

Das Volk ist über die Rückkehr der US-amerikanischen und japanischen Imperialisten nicht erfreut. In den besten Hotels sind die Zimmer der ersten Klasse für reiche Ausländer reserviert, die der zweiten für die reichen Chinesen mit ausländischen Pässen, die der dritten für die Chinesen aus den USA und die der vierten Klasse für die Chinesen aus Hongkong und Taiwan, die der fünften für die Chinesen aus den Wirtschaftssonderzonen (wie Shenshen). Das Volk wird in die unterste Klasse verbannt.

Im Jahre 1949 war die Kuomintang mit den ausländischen Imperialisten verbündet. Sie hat das Volk verraten. Jetzt ist Deng Xiaoping an der Reihe: er mißachtet die Masse des Volkes. Ich bin der Meinung, daß er ein großer Verräter ist. Für ihn und seinesgleichen zählt nur die Verteidigung ihrer Interessen. Er betreibt den Ausverkauf des Landes. Alle privilegierten Führer haben das größte Interesse an diesem Handel gewonnen. Selbst wenn ein Abkommen für das Land zu 99 % negative Folgen hat, machen die Bürokraten alles, was die Kapitalisten wollen, sobald ihnen 1 % zugute kommt; das Volk findet dabei keine Berücksichtigung. Aus diesem Grunde nimmt der Lebensstandard ab. Es handelt sich dabei um eine neue Variante der Ausbeutung, und das, obgleich die Chinesen an ein Minimum von Gleichheit gewöhnt sind.

In einem so dicht bevölkerten Land ist ein Mindestmaß an Lebensqualität unabdingbar. Der Haß wird durch die Ungleichheit geschürt. Ich verlange keine falsche absolute Gleichmacherei. Aber es muß ein Mindestmaß an Gleichheit geben. Vor 200 Jahren hat die französische Revolution den Gedanken der Gleichheit vorangetrieben.

Ungleichheit hat schon immer Revolutionen provoziert. Jetzt glauben die Menschen, daß man am Ziel der Gleichheit angelangt sei, weil man den Sozialismus errichtet hat. Ich meine, daß die Führer dem Sozialismus den Rücken gekehrt haben. Es bedeutet für mich nicht, daß der Sozialismus in China gescheitert ist, denn es ist nicht der wahre Sozialismus. Es ist ein falscher Sozialismus, es ist der Verrat am Sozialismus. Im Abendland gibt es auch sozialistische Systeme, aber das ist nicht das gleiche. Was Deng tut, hat nichts mit Sozialismus oder Marxismus zu tun...

Politisch gesehen handelt es sich um eine Art imperialistischen Feudalismus wie in früheren Zeiten.

I. O.: Glaubst Du, daß man auf die Regierungen zählen kann, um die Solidarität mit dem chinesischen Volk zu organisieren?

L.: Die Interessen der USA und der UdSSR sind zu eng mit denen Dengs verbunden. Aus diesem Grunde können sie sich nicht mit zu harten Mißbilligungen zu der Unterdrückung äußern. Nach meiner Ansicht nehmen die USA gegenüber Deng Xiaoping die gleiche Haltung wie gegenüber der Kuomintang ein. Die Protesterklärungen der USA sind reine Heuchelei. Die USA besitzen zwar eine Demokratie im Innern, aber sie unterstützen immer Diktaturen in der Dritten Welt. Sie treten nicht für Demokratien in diesen Ländern ein. Die Demokratie war

Erklärung

Die Berichte von dem unmenschlichen Vorgehen der Armee gegen friedliche Demonstrationen, den Massenverhaftungen, Todesurteilen, langjährigen Haftstrafen und den Erschießungen von desertierten Armeeangehörigen in China haben in uns große Betroffenheit ausgelöst.

Mit unerwarteter Brutalität wird gegen eine von weiten Teilen der Bevölkerung getragene Bewegung für Demokratie und politische Reformen, welche den Dialog mit der Staats- und Parteiführung gesucht hatte, vorgegangen. Die Bilder von der militärischen Besetzung des Tian'anmen-Platzes in Peking haben gezeigt, daß die gegenwärtige chinesische Führung bereit ist, um des Machterhalts willen Krieg gegen das eigene Volk zu führen!

Wir sind der Überzeugung, daß die Mißachtung der grundlegenden Menschenrechte keine sogenannte innere Angelegenheit eines Staates sein kann.

Wir rufen daher auf zur Solidarität mit den demokratischen Kräften Chinas und zur Unterstützung der folgenden Forderungen:

– Einstellung der Massenverhaftungen und Fahndungen nach angeblichen „Konterrevolutionären",

– Annullierung der bereits in diesem Zusammenhang verhängten Urteile sowie die volle Rehabilitierung der nicht an Gewalttaten beteiligten Demonstranten,

– Bestrafung der an Morden und brutalen Übergriffen direkt Beteiligten sowie der dafür militärisch und politisch Verantwortlichen.

Die Erklärung der Volkskammer der DDR zu den Ereignissen in China sowie die Berichterstattung in den offiziellen DDR-Medien beweisen unserer Meinung nach ein ungeheuerliches Maß an bewußter Ignoranz gegenüber der Unmenschlichkeit des Vorgehens der Machthaber in China. Die offene Akzeptanz der gegenwärtigen Innenpolitik der chinesischen Führung durch unsere Regierung scheint uns auch ein Ausdruck ihrer generellen Ablehnung von Demokratisierungsbestrebungen zu sein.

DDR, den 21. Juni 1989

Unterzeichner: Friedenskreis Altenburg, Umweltgruppe Altenburg, Initiative Frieden und Menschenrechte Berlin, Antinaziliga (Dresden), Wolfspelz (Dresden), Gruppe Gerechtigkeit und Solidarität Dresden-Radebeul, Friedensarbeitskreis Dresden-Leubnitz, AK Solidarische Kirche (Regionalgruppe Dresden), AG Dritte Welt, Großhennersdorfer Frauengruppe (Großhennersdorf), Friedenskreis Ilmenau, Arbeitskreis Gerechtigkeit (Leipzig), Frauen für den Frieden Leipzig, Arbeitsgruppe Menschenrechte - die Sprecher - (Leipzig), Mitglieder der Arbeitsgruppe Friedensdienst (Leipzig), Mitglieder des AK Solidarische Kirche, Regionalgruppe Leipzig, Mitglieder des Jugendkonventes Leipzig, Mitglieder des Gesprächskreises für Frieden und Gerechtigkeit (Leipzig), Mitglieder der Initiativgruppe Leben (Leipzig), Projektgruppe Humanökologie der Arche, Region Sachsen-Leipzig, Mitglieder des Friedenskreises der Oberlausitz, Mitglieder des Friedens- und Umweltkreises Quedlinburg, Mitglieder der Unweltgruppe Zittau, Mitglieder der Friedensgruppe Zittau, Redaktionskreis »Lausitzbotin« (Zittau)

„Bildet eine Untersuchungskommission, um Licht auf die grausamen Verfolgungen in China zu werfen“

Mit diesem Appell wendet sich Yue Wu an die Arbeiter in aller Welt.

„Ich muß Euch sagen..., daß während des am 4. Juni von der Regierung Li Peng begangenen Massakers Tausende chinesischer Arbeiter unter den Kugeln der faschistischen Armee gefallen sind; daß im Verlauf der sinnlosen Untersuchungen und Verhaftungen, die sich bis heute fortsetzen, Zehntausende chinesischer Arbeiter inhaftiert wurden, und daß nach Folterungen von unerbittlicher Grausamkeit einige festgenommene Arbeiter starben, viele andere wurden zu Krüppeln...

Und wozu dies alles? Nur weil wir, die Arbeiter, uns solidarisch mit den Studenten erwiesen haben, die aus Patriotismus auf die Straße gingen, weil wir dazu beitragen wollten, um die Jugendlichen im Hungerstreik zu retten, deren Leben in großer Gefahr war, weil wir dem Roten Kreuz geholfen haben, die Schwerverletzten vor den Panzern zu retten..., weil wir die Meinung der Studenten teilten, die gegen die Korruption, gegen die Funktionäre-Profiteure kämpften, um die Demokratie und die Freiheit der Presse voranzubringen? (...) Denn die Arbeiter bilden, was auch immer ihre Nationalität ist, eine Familie. Was ich mir wünsche, ist, daß die französischen Arbeiter und die französischen Gewerkschaften gemeinsam mit den Arbeitern der anderen Länder der Erde und auf internationaler Ebene mit allen Arbeitergewerkschaften eine Untersuchungskommission bilden, die in der Lage ist, wirklich Licht auf die Verfolgungen zu werfen, deren Opfer heute die chinesischen Arbeiter sind. Dies möge geschehen, damit die Gesetze angewandt, die Menschenrechte respektiert, die Eltern der Toten versorgt, die Verwundeten und Kranken gepflegt, die Gefangenen befreit werden...“

Yue Wu ist Führer der unabhängigen Arbeitervereinigung von Peking. Er konnte nach Frankreich flüchten.

Die Ereignisse von Peking und Schanghai fordern entschiedene Reaktionen und Aktivitäten der demokratischen und Arbeiterbewegung zur Verteidigung der chinesischen Arbeiter und Studenten heraus. Das ist umso dringender, als die westlichen Regierungen und Unternehmer keine Zweifel daran gelassen haben, daß das Massaker dem Handel mit China und den Investitionen dort keinen Abbruch tun könne, weil der Prozeß der „Liberalisierung“ und „Reformen“ weiter fortgesetzt werden müsse.

In den verschiedensten Ländern gab es Demonstrationen und Protestaktionen vor den Botschaften Pekings. Studenten und Arbeiter solidarisierten sich mit dem chinesischen Volk und den Vorkämpfern für Freiheit, Demokratie und unabhängige Organisationen.

Die Frage, die für viele – gerade angesichts der Zurückhaltung der großen Arbeiterparteien und Gewerkschaften, die keine mobilisierenden Aktionen zur Unterstützung der chinesischen Kollegen und ihrer Organisationen organisierten – auftauchte, war die, wie auf internationaler Ebene eine möglichst effektive Unterstützung für die chinesischen Arbeiter und Studenten organisiert werden könne.

Petra Kelly und Gert Bastian schlagen ein internationales China-Tribunal vor

Die beiden Bundestagsabgeordneten der Grünen, Petra Kelly und Gert Bastian, forderten Ende Juni „*als Reaktion der Weltöffentlichkeit auf die barbarische Niedermetzelung der Demokratie-Bewegung in der VR China ein internationales, unabhängiges China-Tribunal im Geiste der Russell-Tribunale*“.

In einer Mitteilung für die Presse vom 28. 6. wurde weiter ausgeführt:

„...Erst eine unüberhörbare Verurteilung durch die Völker selbst wird... die in China Herrschenden beeindrucken. Die chinesische Führung muß hören und wissen, daß die internationale Friedens-, Menschenrechts- und Gewerkschaftsbewegung die menschenverachtende Unterdrükkung jeder Opposition in China nicht hinnimmt, sondern sich nachdrücklich zu den Studenten, Arbeitern und Intellektuellen in der VR China bekennt, die mit der Demokratiebewegung weltweite Zustimmung erhalten und so große Hoffnungen geweckt hatten.

Petra K. Kelly und Gert Bastian *appellieren deshalb an die unabhängigen Menschenrechtsorganisationen wie ›ai‹ und ›Asia watch‹, an Kirchen und Gewerkschaften, an die internationale Friedens- und Menschenrechtsbewegung, die Unterdrückung in China zum Gegenstand eines internationalen Tribunals zu machen, das noch in diesem Herbst entweder in New York, dem Sitz der Vereinten Nationen, oder in Genf, dem Sitz der UN-Menschenrechtskommission, stattfinden sollte. Nach Meinung von Petra K. Kelly und Gert Bastian sollten die GRÜNEN und die Sozialistische*

(Fortsetzung auf Seite 59)

(Forts. von S. 57)

noch nie ein Geschenk der Herrschenden: sie muß erkämpft werden. Dieser Gedanke gilt weltweit. Die westlichen Länder haben Deng finanziell und militärisch unterstützt. Die Zeitschrift »Time« hat Deng zweimal zum „Mann des Jahres“ gekürt. Alle Waffen, die auf dem Tiananmen-Platz eingesetzt wurden, stammen aus dem Abendland, aus Frankreich und auch aus Polen. Die Völker aller Länder müssen sich gegen die chinesische Regierung erheben. Die chinesische Demokratie wird kein Geschenk der Regierungen anderer Länder sein.

Die chinesische Jugend hatte die Illusion, daß die „freie Welt“ sie unterstützen werde. Das ist ein dramatischer Irrtum. Die Regierung Thatcher hat Tschai Lin, die auf dem Tiananmen-Platz von den Studenten als Führerin gewählt worden war und der es gelungen war, der Massakernacht zu entkommen, das politische Asyl verweigert. Wir müssen auf die Völker der Welt zählen. ●

An die Botschaft der Volksrepublik China in der DDR / Berlin

Quedlinburg, 6. 06. '89

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Mit Bestürzung haben wir an den Fernsehapparaten miterlebt, wie junge Menschen, wie Arbeiter, Studenten, Frauen und Kinder unter brutaler Gewaltanwendung durch die Volksbefreiungsarmee ermordet wurden.

Es ist unfaßbar, daß eine Regierung zu solch menschenverachtenden Maßnahmen greift, um friedlich demonstrierende junge Menschen, die an der Verbesserung des sozialistischen Zusammenlebens arbeiten, in die Schranken zu weisen.

Wir solidarisieren uns mit den demonstrierenden chinesischen Studenten. Wir sind sehr traurig und erbost über den tausendfachen Mord an friedlichen junge Menschen. Nichts, aber auch gar nichts rechtfertigt die gewalttätige Politik Ihrer Regierung in den letzten Tagen.

Setzen Sie sich bitte ein, daß in Ihrem Land wieder die friedliebenden Kräfte die Oberhand gewinnen und die todbringende Mordmaschinerie eine gerechte Strafe bekommt.

Diese chinesische Regierung gefährdet die Glaubwürdigkeit des Sozialismus auf der ganzen Welt. Die Völker dieser Erde werden dem Friedenswillen der sozialistischen Völkergemeinschaft keinen Glauben mehr schenken, wenn nicht die Kommunisten Ihres Landes selbst dieser Regierung den Rücken kehren.

In der Hoffnung, daß die Volksrepublik China bald wieder im Frieden leben wird, unterschreiben diesen Brief:.....

(Fortsetzung von Seite 58)

Fraktion im Europaparlament hier die Initiative ergreifen."

Eine Initiative, die ebenfalls eine möglichst breite internationale Solidarität organisieren, aber direkt nach China hineinwirken und den Richtern und Henkern in den Arm fallen will, hatte Ralph Schoenman, der ehemalige Sekretär der Russell Peace Foundation, mit seinem Vorschlag für eine Internationale Untersuchungskommission ergriffen.

Im Mai war er gemeinsam mit demokratischen Persönlichkeiten, Gewerkschaftern und Repräsentanten verschiedener politischer Strömungen mit einem internationalen Appell für die Rettung der verfolgten Arbeiter, Studenten und Demokraten aktiv geworden.

Zur Vorbereitung der Untersuchungskommission hat sich Schoenman in diesem Sommer zu Treffen mit chinesischen Gewerkschaftern in Hongkong aufgehalten und eine Reise nach Peking und Schanghai unternommen. Als Ergebnis seiner Reise nach Hongkong veröffentlichen wir im folgenden seine Presseerklärung vom 5. Juli; ebenso den Appell von Yue Wu, einem nach Frankreich geflüchteten Führer der Unabhängigen Arbeiter-Föderation von Peking, an die französischen Gewerkschaften.

Weitere Informationen zur Internationalen Untersuchungskommission: Heiner Becker, Fontanestr. 20, 6000 Frankfurt am Main 50.

Pressekonferenz mit R. Schoenman, Mya Shone, Li Cheuk Yan

Internationaler Aufruf zur Verteidigung der Demokratiebewegung in China

AD-HOC INTERNATIONAL CHINA APPEAL COMMITTEE
c/o Walnut Publishing Co., Inc. 3435 Army St., Room 308 San Francisco, CA 94110 Tel.: (414) 821-0458

(5.Juli 1989)

Auf einer Pressekonferenz am 4. Juli wurde von Ralph Schoenman und Mya Shone ein internationaler Aufruf zur Verteidigung der chinesischen Demokratiebewegung veröffentlicht. Schoenman ist der frühere Direktor der Bertrand Russell Peace Foundation.

Der Appell fordert die chinesische Regierung auf, das Kriegsrecht aufzuheben, mit den Hinrichtungen aufzuhören, die aufgrund des Kriegsrechtes Verhafteten freizulassen und die für das Massaker an den chinesischen Arbeitern und Studenten Verantwortlichen vor Gericht zu stellen. Dieser Aufruf ist von bedeutenden Schriftstellern, Künstlern, Intellektuellen, Gewerkschaftern, Politikern und Menschenrechtsaktivisten in der ganzen Welt unterzeichnet worden.

Die Pressekonferenz, an der 19 internationale Pressedienste teilnahmen, wurde von Li Cheuk Yan, dem Generalsekretär der Gewerkschaft in der Bekleidungsindustrie Hongkong, organisiert und geleitet.

Li war am 4. Juni auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking anwesend, als das Massaker an tausenden Studenten und Arbeitern stattfand. Er wurde festgehalten und dann abgeschoben. Li hatte mit Arbeitern in Peking zusammengearbeitet, die zur Bildung unabhängiger Gewerkschaften aufgerufen haben.

Träger sozialer Kämpfe

In seinem Einführungsbeitrag unterstrich Li die bedeutende Rolle von Gewerkschaftern und allen Unterstützern der Rechte der Arbeiter im Kampf zur Verteidigung der chinesischen Demokratiebewegung. Er sagte, daß die Gewerkschaften Hongkongs an vorderster Front der internationalen Anstrengungen stünden und bemerkte, daß weitere sorgfältige Arbeit nötig sei, um das Ziel des Appells zu erreichen.

Schoenman nahm zu Fragen der Reporter Stellung, von denen sich viele über die gewichtige Anzahl von Gewerkschaftsführern und Sozialisten unter den Unterzeichnern des Aufrufs wunderten.

„Wir unterstreichen, daß diejenigen, die diesen Aufruf tragen, Leute sind, die in sozialen Kämpfen für Arbeiterrechte, für Studentenrechte und demokratische Rechte in allen Teilen der Welt aktiv gewesen sind", sagte Schoenman. *„Wir haben klargemacht, daß wir die Heuchelei derjenigen bedauern, die über die chinesischen Arbeiter und Studenten Krokodilstränen vergießen, während sie selber die Kämpfe der Arbeiter und Studenten in ihren eigenen Ländern behindern und oft unterdrücken"*, führte Schoenman weiter aus.

„Unser Anliegen ist es, Anwalt der Arbeiter und Stu-

(Fortsetzung auf Seite 60)

Für die Konstituierung einer Internationalen Untersuchungskommission über die Repression in China

Im Rahmen des Tribunals in Lima wird am Samstag, den 23. September, ein Treffen stattfinden, auf dem die Konstituierung einer Internationalen Untersuchungskommission über die Repression in China diskutiert und beschlossen werden soll.

Dies geht auf die Initiative von Ralph Schoenman, ehemaliger Sekretär der »Russel Peace Foundation« und einer der Tagungspräsidenten des Tribunals von Lima, zurück. Im Mai hatte er gemeinsam mit demokratischen Persönlichkeiten, Gewerkschaftern und Repräsentanten verschiedener politischer Strömungen mit einem internationalen Appell für die Rettung der verfolgten Arbeiter, Studenten und Demokraten in China Position ergriffen.

Unter den Unterzeichnern befanden sich u.a.:

Saths COOPER, ehem. Präsident der AZAPO (Südafrika), Luiz Ignacio (Lula) DA SILVA, Präsidentschaftskandidat der Arbeiterpartei PT (Brasilien), der Mediziner Prof. Laurent SCHWARZENBERG (Frankreich), die Schriftsteller Daniel GINSBURG und Norman MAILER (USA), Moises HASSAN, ehem. Mitglied der Junta für den Wiederaufbau (Nicaragua), Andrzej GWIAZDA, *Solidarność* Danzig, der Soziologe und Abgeordnete der Sozialistischen Partei, Prof. Jean ZIEGLER (Schweiz), Petr UHL, Jaroslaw SABATA und Jiri HAJEK, CHARTA '77, (Tschechoslowakei), Boris KAGARLITZKY, Volksfront Moskau,

und aus Deutschland u.a.: Prof. Ossip K. FLECHTHEIM, Eva QUISTORP, MdEP/Die Grünen, Gert WEISSKIRCHEN, MdB/SPD und Freya KLIER, Theaterregisseurin.

Zur Vorbereitung der Untersuchungskommission hat sich Schoenman in diesem Sommer zu Treffen mit chinesischen Gewerkschaftern in Hongkong aufgehalten und eine Reise nach Peking und Schanghai unternommen.

Weitere Informationen zur Internationalen Untersuchungskommission: Heiner Becker, Fontanestr. 20, 6000 Frankfurt/M. 50

(Fortsetzung von Seite 59)

denten in China zu sein, wozu gehört, daß man ein wirklicher Anwalt der Kämpfe der Arbeiter und Studenten überall ist."

Schoenman berichtete, daß Treffen zur Diskussion des Aufrufes mit Andrew To, Präsident des Studentenverbandes Hongkong, Chow Wing Hang, Präsident der Studentengewerkschaft der Universität Hongkong, sowie mit Irene Ng, amtierende Präsidentin des chinesischen Studentenverbandes, stattgefunden haben.

Schoenman und Shone trafen ebenfalls mit Leung Hon Hoi, dem stellvertretenden Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes in Hongkong, des breitesten Zusammenschlusses von Gewerkschaften, zusammen. Alle unterstützten den Aufruf und verpflichteten sich, die Bestätigung ihrer Organisationen zu erhalten.



Abonnement

Für das regelmäßige Erscheinen der Zeitschrift »Offenes Forum«, herausgegeben von der Assoziation „Suche nach einem neuen Weg für die Demokratiebewegung in China":

Name: . . . .

Vorname: . . . .

Adresse: . . . .

. . . .

Postgirokonto: . . . .

. . . .

Preis für 4 Nummern: 100 FF. Unterstützerabo: 200, 300 FF...
Bitte einsenden an: CVNDC, 91, rue du Faubourg-Saint-Denis, F-75010 Paris – Überweisungen an: CCP Paris 24 150 81 U, Frau Cheng Hai Guo.

Brief der chinesischen Assoziation der Demokratiebewegung (im Exil)

„Suche nach einem neuen Weg für die Demokratiebewegung in China"

Die Vereinigung „Suche nach einem neuen Weg für die Demokratiebewegung in China" gibt die Zeitschrift »Offenes Forum« heraus. In einem Brief schreibt sie dazu:

„Liebe Freunde, liebe Genossen!

Mitglieder der demokratischen Bewegung Chinas haben die Veröffentlichung einer Zeitschrift namens »Offenes Forum« organisiert. Dafür haben sie eine Assoziation ›Suche nach einem neuen Weg für die Demokratiebewegung in China‹ organisiert.‹

»Offenes Forum« wird eine unabhängige Zeitschrift sein: unabhängig von der KP China, unabhängig von der Kuomintang.

Ihr Ziel wird es sein, die Entwicklung der Diskussion über die Lehren der heldenhaften Bewegung von Millionen Arbeitern und Jugendlichen Chinas gegen die Korruption, für die Demokratie, zu fördern. Durch diesen Meinungsaustausch soll ermöglicht werden, daß der Kampf für unabhängige Organisationen verstärkt wird. Die Zeitschrift soll außerdem die Organisierung internationaler Solidaritätsaktionen fördern, die nötiger denn je sind.

Erlaubt uns, daß wir Euch kurz den Inhalt der soeben erschienenen Ausgabe darstellen:

– Die Assoziation ›Suche nach einem neuen Weg für die Demokratiebewegung in China‹ stellt sich im Leitartikel der Zeitschrift vor.

– Ein internationaler Aufruf gegen die Repression, verfaßt auf Initiative von Ralph Schoenman, und der Aufruf von Yan Jia Qi und Wuer Kaixi an die Regierungen der Welt. Des weiteren die Erklärung vom 17. Mai von Bao Zun Xin, Yan Jia Qi und Li Nan You.

– Ein Artikel von Ralph Schoenman, in dem er erläutert, wie im Mai 1989 die autonome Arbeitervereinigung von Peking gegründet wurde.

– Ein Artikel von Ng Yok Soon, ›*Erste Gedanken über die Studentenbewegung in China*‹.

– Liu Men zum Thema ›*Der Einfluß der französischen Revolution auf die Demokratiebewegung in China*‹.

– Das Gedicht ›*Zum Gedenken an die Märtyrer des Tiananmen-Platzes*‹ von Lin Xi Ling. Ma Den San ist der Autor des Gedichtes ›*Das Blut kann niemals umsonst fließen*‹.

Schließlich ein langer Artikel von Lin Xi Ling, ›*Genosse Hu Yaobang und ich*‹. Lin Xi Ling hat an der Revolution von 1949 teilgenommen. 1957 in der Periode der ›Hundert Blumen‹ gehörte sie zu den wichtigsten Führerinnen der Studentenbewegung. Für ihr Engagement für die Demokratie wurde sie damals mit 15 Jahren Gefängnis bestraft. Sie setzt heute ihren Kampf fort, indem sie unsere Zeitschrift organisiert.

»Offenes Forum« möchte helfen, die Debatte innerhalb der chinesischen Demokratiebewegung zu beleben, aber auch die Debatte mit allen Menschen in der Welt, die für das Recht auf die Existenz unabhängiger Organisationen aktiv sind. Deshalb erscheint sie dreisprachig: in Chinesisch, Englisch und Französisch.

Liebe Freunde, liebe Genossen!

Wir möchten an Eure Hilfe appellieren. Wir beabsichtigen, 4-5 Nummern jährlich herauszugeben. Ihr werdet verstehen, mit welchen Schwierigkeiten die chinesische Demokratiebewegung heute zu kämpfen hat. Es gibt zahllose Schwierigkeiten, die Artikel zu tippen/setzen, zu übersetzen und zu drucken.

Mit Eurem Abonnement für »Offenes Forum« gebt Ihr uns die Finanzmittel, um das regelmäßige Erscheinen unserer unabhängigen Zeitschrift sicherzustellen.

Wir möchten diesen Brief schließen, indem wir Euch für die große Solidarität danken, die Ihr dem chinesischen Volk gegenüber bewiesen habt."

